



Festung Österreich Festung der Freiheit

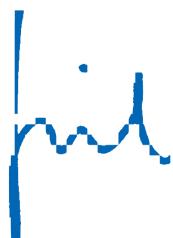
WAHLPROGRAMM
FÜR DIE NATIONALRATSWAHL 2024

FPO

”

Als Volkskanzler werde ich vom ersten Tag an alles tun, um den Österreichern ihre Freiheit zurückzugeben.

Und damit Wohlstand,
Sicherheit und Lebensfreude!





AN DER FESTUNG DER FREIHEIT BAUEN

Unser gemeinsames freiheitliches Ziel ist es, den Auflösungsprozess unseres Staates zu stoppen und unserer Republik Österreich wieder die volle Verfügungsgewalt über die drei wesentlichen Elemente – Regierung, Raum und Volk – zu verschaffen. Diese drei Elemente vereinigen sich zu einer Festung, die unserer geliebten Heimat Österreich und jedem einzelnen Bürger die größtmögliche Freiheit gibt.

Die FPÖ hat in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten zahlreiche Initiativen gesetzt, um die Abwärtsspirale der Zersetzung zu stop-

pen und den Menschen Österreichs Freiheit und Freude zurückzubringen. Wir Freiheitlichen haben aber im Vorfeld der für unsere Zukunft entscheidenden Nationalratswahl 2024 auch neue Ideen entwickelt, die Österreich wieder nach vorne bringen sollen.

In diesem Wahlprogramm legen wir diese Vorschläge und Initiativen als Bausteine einer Festung der Freiheit gesammelt vor. Dabei gehen wir auf die vier wesentlichen Aspekte der Freiheit ein: Individualität, Souveränität, Homogenität und Solidarität.





INDIVIDUALITÄT

Die Freiheit, sich ohne Druck und ohne Zwang Ziele und Zwecke zu setzen und diesen gemäß zu handeln, ermöglicht dem Menschen die Selbstbestimmung über sein Leben und gibt ihm gleichzeitig die damit einhergehende Verantwortung.

Die Freiheit ist Voraussetzung dafür, dass der Mensch im Leben sein Glück findet. Politisch garantiert wird die individuelle Freiheit in Form der Grundrechte und Grundfreiheiten, die als

Abwehrrechte gegen den Staat konzipiert sind. Der Nutzen der Grundfreiheiten reicht dabei über den Einzelnen hinaus. Beschränkungen hemmen auch die gesamte gesellschaftliche, insbesondere auch die ökonomische Entwicklung. Beispielsweise schadet ein gesellschaftliches Klima, in dem Meinungsfreiheit unterdrückt wird, der Entwicklung neuer Technologien, weil neue Ideen einer offenen Diskussionskultur bedürfen, um sich durchsetzen zu können.

ICH WILL MITBESTIMMEN

Der Selbstanspruch der Politik, Problemlöser und Krisenmanager zu sein, wird von der Bevölkerung, die von der Politik in ihren Interessen vertreten und in ihren Bedürfnissen geschützt werden sollte, zunehmend in Frage gestellt. Mehr noch, der vermeintliche Problemlöser wird vielfach als Problemverursacher erkannt, kritisiert und abgelehnt. Dies zeigte sich nicht nur angesichts der Corona-

Krise, sondern auch im Zuge der Energie- und Teuerungskrise sowie anlässlich der schrittweisen Aufgabe der Neutralität durch die schwarz-grüne Bundesregierung. Die Bürger wollen daher nicht nur alle paar Jahre mittels Wahlen das politische Schicksal des Staates mitbestimmen, sondern pochen auf ihr Recht, laufend in wesentliche Entscheidungsprozesse eingebunden zu werden.

sicherung und Steuerreformen, stellt sich Nutzen- und Steuernkritik. Die FPOE ist eine Partei der Ländlichen Planungsprogramme und den d. Ü. in Entwicklungsländern. Die FPOE ist eine Partei der Demokratie [grch. »Herrschaft des Volkes«] und einer Form des polit. Lebens und Freiheit aller Bürger und der Gemeinschaft auf Basis der Anerkennung der Menschenwürde des Volkes ab. Die FPOE ist eine Partei der Demokratie [grch. »Herrschaft des Volkes«] und einer Form des polit. Lebens und Freiheit aller Bürger und der Gemeinschaft auf Basis der Anerkennung der Menschenwürde des Volkes ab.

Direkte Demokratie ausbauen

Direkte Demokratie ist das beste Mittel, um das Vertrauen in die Politik zurückzugewinnen und auch Maßnahmen durchzusetzen, die von den selbsternannten Eliten blockiert werden. In einer demokratischen Gesellschaft müssen die Bürger gemeinsam zu wichtigen Themen Entscheidungen treffen. Dazu müssen endlich die Instrumente der direkten Demokratie ausgebaut werden.

Österreich braucht Bürgerentscheidungen auf allen Ebenen – Bund, Land und Gemeinde. Mehr direkte Demokratie bedeutet auch eine intensivere Auseinandersetzung mit Sachthemen im Rahmen der politischen Diskussionskultur. Die Parteien und deren Repräsentanten werden dadurch angehalten, die Bürger von ihren inhaltlichen Positionen zu überzeugen.

■ VOLKSINITIATIVE EINFÜHREN

Immer dann, wenn ein Volksbegehren vom Nationalrat verworfen wird, soll das Volk selbst entscheiden, ob die Initiative nicht doch Gesetz werden soll – Gesetzgebung unabhängig vom Willen des Nationalrates soll möglich sein. Volksbegehren sollen zu einer verpflichtenden Volksabstimmung führen, wenn vier Prozent der Stimmberechtigten, also rund 250.000 Menschen, ein Anliegen mit ihrer Unterschrift unterstützt haben. Die Volksinitiative ist ein Instrument echter Volksgesetzgebung – das Recht geht vom Volk aus!

■ ABSETZUNGSMÖGLICHKEIT DER REGIERUNG DURCH DIE BÜRGER

Dem Volk sollte die Möglichkeit eingeräumt werden, eine unfähige Regierung oder unfähige Regierungsmitglieder abzuberufen. Es handelt sich somit um einen Misstrauensantrag des Volkes. Vom Ablauf her soll er analog zur Volksinitiative ausgestaltet werden.

= VOLKSBEFRAGUNG ALS MINDERHEITENRECHT UND DIREKT-DEMOKRATISCHES RECHTSINSTITUT

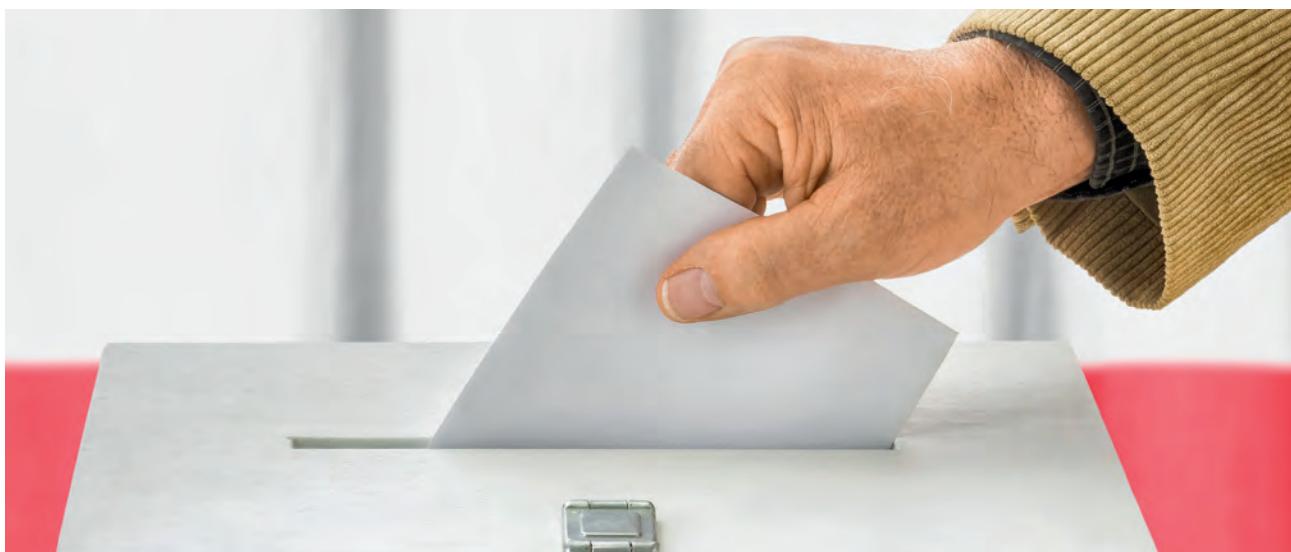
Ein Drittel der Nationalratsabgeordneten oder 100.000 Wahlberechtigte sollen eine Volksbefragung zu einem bestimmten Thema verlangen können.

= VORSCHLAGSRECHT FÜR EU-KOMMISSAR AN STÄRKSTE PARTEI DER EU-WAHL

Derzeit entscheidet die Bundesregierung – aktuell eine Regierung mit einem Zuspruch von weniger als einem Drittel der Wahlberechtigten –, wer EU-Kommissar wird. Ein Vorschlagsrecht für die stimmenstärkste Partei würde die EU-Wahl aufwerten, auch in Hinblick auf die üblicherweise niedrige Wahlbeteiligung, und das Prozedere demokratisieren.

= GESETZE KÖNNEN MIT EINER ABLAUFZEIT VERSEHEN WERDEN

Die gewählten Volksvertreter haben das Selbstbestimmungsrecht des Souveräns zu achten, indem sie ihre Kompetenz als Gesetzgeber nicht dazu nutzen, künftige Generationen zu belasten. Sämtliche Gesetze sind daher nach ihrer Wirkung auf jene zu beurteilen, die noch kein Mitbestimmungsrecht haben. Um die regelmäßige Überprüfung von Gesetzen sicherzustellen, sollen vermehrt „Sunset-Klauseln“ zum Einsatz kommen.



AUFWERTUNG VON WAHLEN & MEHR DEMOKRATIEBILDUNG

= KEINE AUSHÖHLUNG DES WAHLRECHTS ALS STAATSBÜRGERRECHT

EU-Bürger dürfen an Gemeinderatswahlen und EU-Wahlen teilnehmen – das ist völlig ausreichend. Wer seit Jahren in Österreich wohnt und auch hier wählen möchte, der soll sich um die österreichische Staatsbürgerschaft bemühen. Wer das nicht schafft, ist offensichtlich nicht integrationswillig und braucht deshalb bei uns auch nicht zu wählen. Denn die österreichische Staatsbürgerschaft ist nicht nur der amtliche Nachweis der Zugehörigkeit zum Staat, sondern auch ein Ausdruck der gemeinschaftlichen Identität. Für die Erlangung der Staatsbürgerschaft sollte daher künftig ein langer ununterbrochener Aufenthalt in Österreich vorliegen.



■ NEIN ZU BRIEFWAHL UND E-VOTING

Im Zuge der Briefwahl kommt es immer wieder zu Ungereimtheiten und Vorwürfen, dass etwa in „Migranten-Communities“ oder in Pensionistenheimen Stimmen zentral gesammelt und abgegeben werden. Damit sind dem Wahlbetrug Tür und Tor geöffnet. Die massive Abweichung der Briefwahlergebnisse von den Resultaten der Urnenwahl ist statistisch nicht erklärbar. Die Briefwahl soll daher abgeschafft und auch „e-Voting“ keinesfalls zugelassen werden, da es neben den bereits erwähnten Risiken auch noch ein Anziehungspunkt für kriminelle Hacker wäre. Wem die Demokratie ein Anliegen ist, dem kann zugemutet werden, persönlich im Wahllokal zu erscheinen.

■ DEMOKRATIE-OFFENSIVE IN DEN SCHULEN

Der Jugend soll die Bedeutung der Demokratie in den Schulen bewusst gemacht und gleichzeitig verdeutlicht werden, dass es dafür des persönlichen Einsatzes vieler Bürger bedarf. Insbesondere soll so ohne jede ideologische Bevormundung für die politische Beteiligung geworben werden. Junge Menschen sollen ermuntert werden, sich auf allen politischen Ebenen um Mandate zu bewerben.

■ FAIRER ZUGANG ZU ÖFFENTLICHEN JOBS STATT PARTEIBUCHWIRTSCHAFT

Spitzenpositionen im Öffentlichen Dienst sind für Personen ohne das richtige Parteibuch oder die Zugehörigkeit zur richtigen Seilschaft oft unerreichbar. Vielleicht wäre es fairer, Posten im staatlichen und staatsnahen Bereich durch Losentscheide zu vergeben. Unter den Kandidaten, die alle formalen und fachlichen Voraussetzungen erfüllen, entscheidet Fortuna und nicht mehr die Parteizentrale. Dies ist dem aktuellen System vorzuziehen, in dem Ausschreibungen zurechtgebogen werden, um den in Aussicht genommenen Günstling durchzubringen. Das Los-Modell folgt einem antiken Vorbild und sollte ernsthaft erwogen werden.

FREIER UND UNBEEINFLUSSTER ZUGANG ZU INFORMATION

■ VOLLE INFORMATIONSVIELFALT – KEINE BEVORZUGUNG EINZELNER MEDIEN

Um informiert mitbestimmen zu können, müssen die Bürger die Möglichkeit erhalten, sich ohne willkürliche Einschränkungen zu informieren. Medien müssen vom Staat gleich behandelt werden. Die Bevorzugung des von Gesinnungsjournalismus geprägten ORF durch eine Zwangsabgabe ist nicht zu rechtfertigen – ebenso wenig die massive Förderung weniger großer Akteure durch staatliche Presseförderung, Regierungsinserate und das unausgewogene Handeln der Regulierungsbehörde RTR. Inserate durch staatliche oder staatsnahe Stellen müssen betragsmäßig begrenzt und nach einem objektiven Verfahren vergeben werden, an dem sich sämtliche Medien beteiligen können. Ebenso muss eine neue Förderstruktur geschaffen werden, an der sämtliche Medien unabhängig von ideologischen Festlegungen teilhaben können.

■ BEITRÄGE VON BIG-TECH-KONZERNEN ZUR UNTERSTÜTZUNG ÖSTERREICHISCHER MEDIEN

Immer mehr Werbegeld aus Österreich fließt zu den „Big-Tech-Konzernen“ wie Meta Facebook, Instagram oder Google (YouTube). Dafür soll von den Konzernen ein „Digitalwerbeförderungsbeitrag“ geleistet werden. Die Einnahmen aus diesem Beitrag werden in einen nationalen Medienfonds geleitet, aus diesem wiederum österreichische Medien eine Förderung erhalten, gegliedert nach jeweiliger Reichweite. Zusätzlich soll Werbung in heimischen Medien steuerbegünstigt werden.



■ PRIVATES SOLL PRIVAT BLEIBEN – NEIN ZUR CHATKONTROLLE

Die EU will unter dem Deckmantel des Schutzes von Kindern vor sexueller Gewalt die IT-Konzerne zwingen, sämtliche private Chats ihrer Nutzer zu durchforsten. Eine derartige verdachtsunabhängige Massenüberwachung tritt das Recht auf Privatsphäre mit Füßen und ist daher entschieden abzulehnen.

VOLLE TRANSPARENZ ÜBER POLITISCHE EINFLUSSNAHME

■ NGOS MÜSSEN FINANZIERUNG OFFENLEGEN UND REGELN EINHALTEN

Nichtregierungsorganisationen (NGOs) beeinflussen in immer höherem Ausmaß den öffentlichen Diskurs. Dabei bleibt häufig im Dunkeln, wer diese Organisationen finanziert und wessen Interessen damit vertreten werden. Bei den NGOs braucht es daher im Sinne der Transparenz Regeln für die Finanzierung und deren Offenlegung analog zum Parteiengesetz. Ein diesbezüglicher Transparenzbericht ist jährlich dem Nationalrat vorzulegen.

“

ICH WILL SELBST ÜBER MEIN LEBEN ENTSCHEIDEN

Die Grundrechtseingriffe im Zuge der Corona-Politik markierten einen einzigartigen Tabubruch in der Zweiten Republik. Masken-, Test- und insbesondere Impfpflicht stellten unzulässige staatliche Eingriffe in die Selbstbestimmung der Menschen über ihren Körper dar. Begleitet wurden diese Zwänge von einer beispiellosen Indoktrination und Gehirn-

wäsche. Diese Methoden werden nun auch in anderen Bereichen angewendet – vom Genderwahn über die LGBTIQ-Propaganda bis zur Frühsexualisierung von Kindern. Ausufernden Überwachungsphantasien staatlicher und kommerzieller Akteure setzten wir größeren Schutz der Privatsphäre und der persönlichen Daten entgegen.



NEIN ZUR IMPFPFLICHT UND VOLLE AUFARBEITUNG DER CORONA-POLITIK

■ ENTSCÄDIGUNG FÜR ALLE CORONA-SCHÄDEN

Corona und die Corona-Maßnahmen haben das Leben der Österreicher in allen Lebensbereichen mehr als drei Jahre massiv beeinflusst und eine Reihe von Schäden verursacht. Wir treten für die Einführung eines Hilfsfonds für Corona-Folgen nach dem Beispiel Niederösterreichs ein, wo seit 2023 die Möglichkeit besteht, einen Antrag auf eine einmalige Geldleistung im Zusammenhang mit etwa Impfbeeinträchtigungen, „Long-COVID“, psychologischen Behandlungskosten oder Nachhilfestunden für Kinder und Jugendliche zu stellen.

■ VOLLSTÄNDIGE AMNESTIE UND RÜCKZAHLUNG VON CORONA-STRAFEN

Der Verfassungsgerichtshof hat zahlreiche Corona-Maßnahmen nachträglich für verfassungswidrig erklärt. Wir treten daher für eine unmittelbare und ausnahmslose Amnestie für alle von Verwaltungsstrafen Betroffenen, etwa bei Verstößen gegen die Abstandsregeln oder das Maskentragen, und eine Rücküberweisung aller eingehobenen Strafen ein. Einträge im Verwaltungsstrafregister, die immer noch aufscheinen, sind zu löschen.

■ NEIN ZU JEDEM IMPFZWANG UND ZUM WHO-PANDEMIEVERTRAG

Der in Verhandlung befindliche Pandemievertrag der Weltgesundheitsorganisation (WHO) würde die WHO ermächtigen, eine Pandemie auszurufen und restriktive Maßnahmen wie „Lockdowns“ und Impfzwang jederzeit umsetzbar zu machen. Die Durchsetzung durch Österreich könnte zudem mittels Sanktionen erzwungen werden. Österreich darf diesem Abkommen nicht beitreten. Wir treten vielmehr dafür ein, mit einem eigenen Gesetz den Schutz der Souveränität des österreichischen Gesundheitssystems zu gewährleisten.

■ VOLLE POLITISCHE UND JURISTISCHE AUFARBEITUNG DER CORONA-MASSNAHMEN UND IHRER HINTERGRÜNDE

Die Regierung ist aufgefordert, sämtliche Entscheidungsgrundlagen und Protokolle aller Gremien offenzulegen, die in der Corona-Zeit über Einschränkungen und Maßnahmen beraten, diese empfohlen und angeordnet haben. Auf Basis dieser Offenlegung ist in einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss die politische Verantwortung zu klären und sind gegebenenfalls auch strafrechtliche Ermittlungen einzuleiten, wenn wider besseres Wissen freiheitseinschränkende und/oder gesundheitsschädliche Maßnahmen verhängt wurden.

■ AUFKLÄRUNG DER IMPFSTOFF-BESCHAFFUNG AUF EU-EBENE

Gleichfalls völlig offenzulegen und aufzuklären sind die Beschaffungsvorgänge für Corona-Impfstoffe in der EU, insbesondere die Bestellung von Impfstoff zum Preis von rund 35 Milliarden Euro per SMS von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen an den Vorsitzenden des Pharma-Riesen Pfizer. Strafrechtliche Ermittlungen in dieser Causa laufen bereits. Österreich soll sich diesen jedenfalls anschließen und versuchen, den durch die EU zugefügten finanziellen Schaden einzuklagen.



KEINE INDOKTRINATION DURCH GLEICHGESCHALTETE MEDIEN

■ FAIRE FÖRDERPOLITIK STATT BEVORZUGUNG VON REGIERUNGS LAUTSPRECHERN

Die Medienlandschaft in Österreich ist durch Einseitigkeit und Unausgewogenheit geprägt. Durch das Qualitätsjournalismus-Gesetz wird ein Gremium – besetzt durch die Regierung – installiert, das festlegt, wer als Qualitätsmedium gilt, und auch über Medienförderungen entscheidet. Alternative Medien werden als rechtsextrem oder Verschwörungstheoretiker diffamiert und von Fördergeldern abgeschnitten. Wir brauchen eine faire und transparente Förderstruktur, die die Entwicklung und Etablierung alternativer Medienkanäle ermöglicht.

■ ORF-REFORM FÜR OBJEKTIVITÄT STATT PROPAGANDA

Die Berichterstattung des ORF entspricht in keiner Weise der Definition eines öffentlich-rechtlichen Auftrags im ORF-Gesetz. Von objektiv, unabhängig und äquidistant allen Parteien gegenüber ist sie meilenweit entfernt. Stattdessen wird versucht, die Zuschauer in Richtung einer links-grünen Ideologie zu erziehen beziehungsweise zu indoktrinieren – man denke nur an die Rolle des ORF in der Corona-Zeit als Propagandaorgan der Regierung. Es braucht eine umfassende Reform des ORF mit dem Ziel, eine Diskurs- und Informationsplattform für möglichst alle Teile der Gesellschaft zu schaffen.

■ ÖFFENTLICH-RECHTLICHE INHALTE AUCH IN ANDEREN SENDERN FÖRDERN

Wenn trotz intensiver Bemühungen sich das Konstrukt ORF als nicht reformierbar herausstellen sollte, ist es auch denkbar, die vorher definierten öffentlich-rechtlichen Leistungen am freien Medienmarkt auszuschreiben, sodass nach dem Bestbieterverfahren jeder geeignete Bewerber sich um öffentliche Medienaufträge bewerben und nach einem Zuschlag durch eine Vergabekommission auch Leistungen im öffentlich-rechtlichen Sektor bereitstellen kann. Damit könnten der Wettbewerb unter den verschiedenen Medien gefördert, die Kosten für die Leistungserstellung gesenkt und Innovation angekurbelt werden.





NEIN ZUR FRÜHSEXUALISIERUNG UND QUEER-PROPAGANDA

■ KEIN STEUERGELD FÜR DIE BEWERBUNG VON „QUEEREN“ EXPERIMENTEN

Gerade für Kinder ist die traditionelle Familie mit Vater und Mutter umstritten der beste Rahmen, um in Geborgenheit aufzuwachsen. Wer meint, die Anzahl der Geschlechter beliebig festsetzen oder das Geschlecht beliebig wechseln zu können, missachtet das Wesen des Menschen. Die Anzahl jener Personen, die sich weder als Mann noch als Frau identifizieren wollen, ist verschwindend gering. Daher verwehren wir uns gegen permanente Transgender-Gehirnwäsche, die letztlich nur auf eine Zersetzung unserer gesellschaftlichen Grundlagen abzielt. Für die Bewerbung solch „queerer“ Experimente darf kein Steuergeld aufgewendet werden. Denn im Grunde wird hier die Abschaffung der beiden biologischen Geschlechter propagiert – und damit die Auflösung der auf Binärität fußenden gesellschaftlichen und rechtlichen Ordnung. Vor diesem Hintergrund sehen wir keinerlei Veranlassung für die Etablierung eines EU-Kommissars für die Vertretung dieser Minderheit. Es sollte eher einen Kommissar für die Remigration der wesentlich größeren Gruppe an Menschen geben, die uneingeladen nach Europa gekommen sind.

■ STOPP DER FRÜHSEXUALISIERUNG

Unsere Kinder müssen die Möglichkeit haben, sich uneingeschränkt und ungestört entwickeln zu können – auch ihre Sexualität betreffend. In Deutschland werden bereits Lehrbücher für Volksschüler empfohlen, in denen vermittelt wird, dass es mehr als zwei Geschlechter gebe und Transsexualität völlig normal sei. Immer mehr Kinder und Jugendliche sind aufgrund der Propaganda verunsichert, was ihre Geschlechtsidentität angeht, und wünschen sich eine körperliche Veränderung. Wir setzen uns für den Schutz unserer Kinder ein und lehnen die Indoktrinierung mit Transgender-Ideologie entschieden ab. „Drag Queens“ haben in Schulen und Kindergärten nichts zu suchen.



SCHUTZ DER SEXUELLEN INTEGRITÄT

■ VOLLE HÄRTE GEGEN KINDERSCHÄNDER

Der Schutz unserer Kinder steht für uns an erster Stelle. In unserem Kinderschutzbaukasten treten wir für Prävention, bessere Hilfsangebote und Schutz der Opfer sowie drastische Strafverschärfungen für Täter ein. Ein lebenslanges Tätigkeitsverbot für einschlägig verurteilte Sexualstraftäter im Zusammenhang mit Minderjährigen und anderen schutzbedürftigen Personen in Verbindung mit einem lebenslangen Strafregistereintrag ist für uns alternativlos.

■ HERABSETZUNG DER STRAFMÜNDIGKEIT IM KAMPF GEGEN KRIMINELLE JUGENDBANDEN

Es sind nicht nur Erwachsene, die sich an unseren Kindern vergreifen. Zunehmend rücken migrantische Jugendbanden in den Fokus, die Mädchen sexuell missbrauchen, ihre Taten dabei filmen und die Videos verbreiten bzw. die Opfer damit erpressen. Gegen diese widerwärtigen Taten, denen zumeist eine religiös bzw. kulturell bedingte Geringschätzung von Frauen zugrunde liegt, bedarf es der vollen Härte des Rechtsstaats und angesichts des Alters vieler Täter einer Herabsetzung der Strafmündigkeit auf 12 Jahre.

■ SICHERHEIT FÜR FRAUEN UND MÄDCHEN IN DER ÖFFENTLICHKEIT

Vor allem abends und in der Nacht fühlen sich Frauen und Mädchen auf dem Nachhauseweg nicht mehr sicher. In bekannten Problemvierteln muss daher die Polizeipräsenz in den Nachtstunden massiv erhöht werden, anstatt – wie aktuell in Wien – Polizeistationen zu schließen.

SCHUTZ DER PRIVATSPHÄRE VOR SCHNÜFFELEI DURCH STAAT UND KONZERNE

■ KAMPF GEGEN ÜBERWACHUNGSSTAAT UND SOZIALKREDIT-SYSTEME

Wir stehen für Privatsphäre und gegen das weltweite Weitergeben von Daten, weil wir nicht eines Tages im chinesischen Sozialkredit-System enden wollen. Dort wird die Bevölkerung durch ein weitreichendes Netz von Kameras mit Gesichtserkennungstechnologien überwacht und die Daten zur sozialen Kontrolle genutzt. Solchen Tendenzen darf nicht der geringste Raum gegeben werden.

■ NEIN ZUR EXZESSIVEN DATENSAMMLUNG DURCH UNTERNEHMEN

Große Technologieunternehmen wie Google, Facebook (Meta) und Amazon sammeln und analysieren riesige Mengen an Daten über ihre Nutzer. Unser Suchverhalten im Internet hinterlässt wertvolle Informationen, die zu personalisierten Inhalten verarbeitet werden. Wir werden also unbewusst in unserer Wahrnehmung und unserem Verhalten beeinflusst. Das verletzt unsere Privatsphäre und schränkt unsere Autonomie ein.





■ SCHUTZ UNSERER GESUNDHEITSDATEN

„Wearable-Technologien“ wie „Fitness-Tracker“ und „Smartwatches“ sammeln kontinuierlich Daten über die Gesundheit und Aktivitäten ihrer Nutzer. Die Auswirkungen eines missbräuchlichen Einsatzes zeichnen ein düsteres Bild: Arbeitgeber könnten solche Daten nutzen, um Entscheidungen über Einstellungen oder Entlassungen zu treffen. Versicherungen könnten höhere Prämien für Personen verlangen, deren Daten auf ein ungesundes Verhalten hinweisen. An einem vollumfänglichen Datenschutz führt nichts vorbei. Die Nutzer müssen verstärkt für die Gefahren sensibilisiert werden.

■ NEIN ZUR EUROPÄISCHEN DIGITALEN IDENTITÄT

Der EU-Verordnungsvorschlag zu eIDAS will die Einführung einer europäischen digitalen Identitätsbörse, die es den Bürgern ermöglichen soll, die Identität nachzuweisen, Dokumente auszutauschen und die Identität und Dokumente von Unternehmen und anderen Bürgern zu überprüfen. Mehr als 500 Experten für Cybersicherheit und Datenschutz haben ein Schreiben dagegen unterzeichnet und warnen vor einer Massenüberwachung. Wir schließen uns dieser Warnung an.

■ KEINE PFlicht ZUR „DIGITALEN BRIEFTASCHE“

Wir befürchten, dass es bald eine Verpflichtung zur Installation einer digitalen Brieftasche, einer „Wallet“, geben könnte. Neben digitalen Ausweisen soll die „Wallet“ explizit auch Gesundheitsdaten und digitale Währungen beinhalten dürfen. Auch hier drohen weitere Schritte in Richtung Überwachungsstaat und chinesisches Sozialkredit-System.



ICH WILL FREI ÜBER MEINE LEBENSGESTALTUNG DISPONIEREN

Fahre ich mit dem Auto oder mit der Bahn zur Arbeit? Zahle ich bar oder mit Karte? Lebe ich zur Miete oder spare ich aufs Eigentum? Entscheidungsmöglichkeiten bereichern unser Leben. Doch die Regierenden versuchen auf immer unverhohlenere Weise, die Entscheidungsgrundlagen zu beeinflussen und uns die Ergebnisse der Entscheidungen vorzuge-

ben. Dabei schrecken sie nicht einmal davor zurück, Meinungsäußerungen, die ihren Vorgaben widersprechen, zu diskreditieren und zu kriminalisieren.

Wir wollen den Bürgern in jeder Hinsicht die Freiheit zurückgeben, nach persönlichem Geschmack im Rahmen ihrer Möglichkeiten über ihr Leben frei zu disponieren.

FREIE WAHL DES VERKEHRSMITTELS

■ AUSBAU DES ÖFFENTLICHEN VERKEHRS ALS ANREIZ OHNE ZWANG

Der Ausbau und die Förderung des öffentlichen Verkehrs sind sowohl im Sinne des Umweltschutzes als auch zur Bereitstellung echter Alternativen für viele Pendler geboten. Stadtgrenzen überschreitende Projekte sollten derzeit noch bestehende Lücken im öffentlichen Verkehr zwischen den Ballungsräumen und dem ländlichen Raum schließen und die Infrastruktur dadurch verbessern. Wir setzen hierbei klar auf positive Anreize anstatt auf sinnlose Verbote, wie es beispielsweise in Wien gegenüber den Autofahrern an der Tagesordnung ist.

■ NEIN ZUM VERBOT VON VERBRENNERMOTOREN

Wir treten gegen das von der EU ab dem Jahr 2035 geplante Zulassungsverbot von Verbrennermotoren ein. Die Individualmobilität muss gewährleistet und zudem leistbar bleiben. Unzählige Menschen gerade im ländlichen Raum sind täglich auf ihr Auto angewiesen, sei es, um zum Arbeitsplatz zu kommen oder um Einkäufe zu erledigen. Daher bekennen wir uns zur Technologieoffenheit – von Wasserstoff bis hin zu modernen Verbrennermotoren.

■ WEG MIT CO₂-STEUER UND DEUTLICHE REDUKTION DER NOVA

Die Bundesregierung hat den Individualverkehr aus ideologischen Gründen massiv verteuert – etwa durch CO₂-Steuer, Erhöhung der NoVA, Erhöhung der motorbezogenen Versicherungssteuer und Mineralölsteuer. Die Autofahrer werden immer mehr belastet, während zentrale Infrastrukturprojekte wie Schnellstraßen oder Autobahnen nicht gebaut oder gestoppt werden, was ein klarer Verstoß gegen einen bestehenden Auftrag des Bundesstraßengesetzes ist.



■ **ENTLASTUNG DER PENDLER**

Kilometergeld und Pendlerpauschale müssen auf ein zeitgemäßes Niveau angehoben und regelmäßig valorisiert werden. Jede steuerliche Benachteiligung von Diesel- bzw. Benzin-KFZ im Vergleich zu E-KFZ ist zu beseitigen bzw. zu unterlassen.

■ **STRENGE STRAFEN FÜR „KLIMAKLEBER“**

Kilometerlange Staus behindern Menschen auf ihrem Weg zur Arbeit und legen Transitstrecken lahm, Einsatzfahrzeuge bleiben im Stau stecken. All das ist vor dem Hintergrund des Versagens der Bundesregierung zum alltäglichen Bild geworden. Es muss endlich Schluss damit sein, dass uns eine kleine verblendete Gruppe von „Klimaklebern“ weitgehend ungestraft tyrannisieren darf.

FREIE WAHL DES ZAHLUNGSMITTELS



■ **ANALOGE STRUKTUREN ERHALTEN**

Wir lehnen die demokratiefeindlichen Tendenzen der Digitalisierung ab und treten für ein Grundrecht auf analoges Leben ein. Dazu gehört vor allem der Erhalt des Bargelds, aber auch das Recht zum Widerspruch gegen jede Form von elektronischer Datenspeicherung oder das Recht von Privatpersonen, ihre Verwaltungs-, Rechts- und Geschäftsprozesse in analoger Form durchführen zu können. Ebenso muss es legitim sein, im Internet nicht genannt werden zu wollen.

■ **KEINE EINSCHRÄNKUNGEN UND SCHUTZ DER BARGELDNUTZUNG DURCH DIE VERFASSUNG**

Die Verfügungsrechte über das eigene Hab und Gut müssen dem Bürger überlassen bleiben. Wir lehnen daher jede Art von Beschränkungen wie Bargeld-Obergrenzen oder das Einziehen von größeren Euro-Scheinen ausdrücklich ab und fordern eine Verankerung des Bargelds in der Verfassung, gemeinsam mit der Verpflichtung, dieses Zahlungsmittel anzunehmen zu müssen.

■ **FINANZIELLE FREIHEIT DURCH VOLLE VERFÜGBARKEIT VON BARGELD**

Durch die Möglichkeit, mit Bargeld zu bezahlen, bewahren wir einen wesentlichen Teil unserer Privatsphäre. Es geht weder meine Bank noch den Staat noch sonst jemanden etwas an, mit wem ich welches Rechtsgeschäft abschließe. Es ist nötig, das Netz an Bankomaten zu erhalten bzw. weiter auszubauen. In jeder Gemeinde sollte mindestens ein Bankomat stehen. Geld abheben muss außerdem ausnahmslos gebührenfrei sein.

■ **RECHT AUF BANKKONTO**

Der Ausschluss aus dem ökonomischen Leben stellt so etwas wie einen „zivilen Tod“ dar. Wer über kein Bankkonto verfügt und auch nicht die Möglichkeit hat, mit Bargeld zu zahlen, kann am ökonomischen Leben in keiner Weise mehr teilnehmen. Daher fordern wir ein Grundrecht auf ein Bankkonto.



FREIE MEINUNGSÄUSSERUNG

■ MEINUNGSVIELFALT STATT „POLITICAL CORRECTNESS“

Grundidee der „Political Correctness“ ist die Vermeidung von Ausdrucksweisen und Handlungen, durch die sich jemand diskriminiert oder beleidigt fühlt. Durch den permanenten Diskriminierungsvorwurf wurde jedoch der Meinungskorridor von einer Seite her systematisch verengt, während auf der anderen Seite weiterhin alles erlaubt und sagbar ist. Wir treten daher gegen ein Diktat der „Political Correctness“ und gegen eine De-facto-Zensur durch Erscheinungen wie „Cancel Culture“ ein.

■ FREIHEIT STATT ZENSUR IM INTERNET

Zensur- und Maulkorbmaßnahmen wie das Hass-im-Netz-Bekämpfungsgesetz schränken die Meinungsfreiheit weiter ein. Auch das einseitige Einschreiten staatlicher Institutionen wie der RTR/KommAustria behindert die Entwicklung einer echten Medien- und Meinungsvielfalt. Mit dem „Digital Services Act“ der EU ist ein neues Zensurinstrument entstanden, welches die Medien unter die „Staatskontrolle der EU“ zwingt. Kritische und kontroverse Haltungen werden oft als „Desinformation“ oder „Hassrede“ gebrandmarkt, was das genaue Gegenstück von Medien- und Meinungsfreiheit darstellt. Die Situation in Österreich und der EU wird durch Maßnahmen wie die Einführung von KI-gestützter Zensur, wie sie in China praktiziert wird, noch verschärft. Wir treten energisch für den Schutz der Meinungsfreiheit und gegen den Missbrauch von Gesetzen als Zensurwerkzeuge ein.

■ NEIN ZUR GESINNUNGSJUSTIZ

Durch einen überschießenden Verhetzungsparagrafen werden „rechte“ Politik und Meinungen tendenziell kriminalisiert. Er sollte daher auf echte Gewaltaufrufe reduziert werden. Vage Begriffe wie jener des Hasses haben in einem Strafgesetz nichts verloren. Wir wollen in einem Rechtsstaat leben, der strafbare Handlungen verfolgt, nicht in einem Moralstaat mit politischer Verfolgung. Dann und wann gewinnt man überdies den Eindruck, dass die Justiz auf dem linken Auge blind ist. Auffallend oft werden überlange Strafverfahren gegen Politiker rechts der Mitte angestrengt, ohne dass jemals etwas dabei herauskommt. Auch der Zusammenhang zwischen Wahlterminen und der Einleitung bzw. Einstellung von Strafverfahren passt ins Bild. Vor diesem Hintergrund sind wir gegen die Einführung eines Bundesstaatsanwaltes, sondern wollen eine unabhängige Justiz, an deren Spitze ein dem Parlament Verantwortlicher steht.

FREIHEIT ZUM EIGENTUM

■ LEISTBAREN WOHNRAUM FÜR DIE ÖSTERREICHER SCHAFFEN

Immer mehr junge Familien stehen vor dem Problem, dass kind- und familiengerechter Wohnraum für sie nicht bezahlbar ist. Die Wohnbauförderung muss wieder zu einem Instrument der Leistbarkeit werden. Wir bekennen uns zum geförderten Eigenheim ebenso wie zu einem breiten, geförderten Mietwohnungsbestand.

■ STARTERWOHNUNGEN FÜR JUNGE FAMILIEN

Eine nachhaltige Familienpolitik muss Unterstützung für Familien in allen Lebenslagen bereitstellen. Wir möchten junge kinderreiche Familien mit Starterwohnungen unterstützen: Wer viele Kinder hat, zahlt entsprechend weniger.



■ VERGABEKRITERIEN FÜR KREDITE LOCKERN

Das Schaffen von Wohnraum muss wieder finanziert werden. Die Vergabekriterien der KIM-Verordnung (Kreditinstitute-Immobilienfinanzierungsmaßnahmen-Verordnung) verhindern die Vergabe von Krediten und damit das Schaffen von Eigentum. Wir fordern die ersatzlose Streichung dieser eigentumsfeindlichen Verordnung.

■ BANKEN ZU FAIREN KREDITBEDINGUNGEN ZWINGEN

Die heimischen Banken müssen im Sinne der Fairness endlich zur Kasse gebeten werden. Maßnahmen für Kreditnehmer wie Einführung eines Zinsdeckels, Senkung der Kreditkosten, Laufzeitverlängerungen und Stundungen statt voreiliger Fälligstellung von Krediten, sofortige Weitergabe von Zinssenkungen sind angesichts der aktuellen Situation Gebot der Stunde. Schließlich haben die Bürger vor einigen Jahren den Banken mit ihrem Steuergeld die Existenz gerettet.

= VERMÖGENSAUFBAU FÜR EIGENHEIMERWERB MÖGLICH MACHEN

Voraussetzung für den Erwerb eines Eigenheims ist das Ansparen eines Kapitalstocks, um überhaupt die Chance auf eine Kreditfinanzierung des restlichen Immobilienpreises zu haben. Dazu bedarf es der Aussetzung der Besteuerung von Sparbuchzinsen, solange die Inflation höher ist als die Zinsen, einer Erhöhung der Bausparprämie sowie der Einführung einer mehrjährigen Behaltefrist (z. B. drei Jahre) für Wertpapiere, nach deren Ablauf diese steuerfrei verkauft werden können. Nebenkosten beim Kauf/Verkauf von Wertpapieren müssen steuerlich berücksichtigt werden.

= STEUERLICHE BEGÜNSTIGUNG PRIVATER INVESTITIONEN

Wer in die Schaffung oder Erhaltung seines Eigenheims, aber auch in die Verbesserung eines Mietobjekts investiert, soll steuerlich davon profitieren.

= NEIN ZUM SANIERUNGSZWANG

Wir wollen selbst entscheiden, wie wir mit unserem Eigentum umgehen. Daher lehnen wir jegliche Tendenz zu Zwangssanierungen ab. Stattdessen soll es attraktive Förderungen geben, um langfristig Energie zu sparen und die Umwelt zu entlasten. Das ist auch im Interesse der Mieter, die unter den generell hohen Betriebskosten leiden.

= KEINE ERBSCHAFTS- UND SCHENKUNGSSTEUER

Seit 1. 8. 2008 gibt es in Österreich keine Erbschafts- und Schenkungssteuer mehr – Erbschaften und Schenkungen von Grundstücken unterliegen jedoch der Grunderwerbsteuer. SPÖ-Vorsitzender Babler hat die Wiedereinführung der Erbschaftssteuer auf seine Agenda gesetzt. Unsere Bürger sind bereits jetzt einer extrem hohen Steuerbelastung ausgesetzt – wir lehnen eine Erbschafts- und Schenkungssteuer genauso wie eine Vermögenssteuer dezidiert ab. Auch die Grundsteuer darf unter keinen Umständen angehoben werden.

= NEIN ZUR LEERSTANDSABGABE

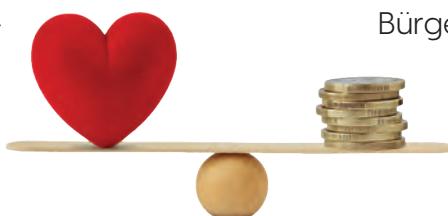
Einige Bundesländer heben bereits seit Jahren eine Abgabe auf leerstehende Wohnungen ein. Die jüngste verfassungsrechtliche Kompetenzänderung räumt den Ländern mehr Spielraum bezüglich Höhe der Abgabe ein. Wir sehen Leerstandsabgaben als verdeckte Vermögenssteuer und als massiven Eingriff in das Grundrecht auf Eigentum.





ICH WILL GUT, GESUND UND GLÜCKLICH LEBEN

Gesundheit, Sicherheit und Wohlstand sind Voraussetzungen für ein gutes und glückliches Leben. Der Staat kann nicht jedem einzelnen Bürger diese Voraussetzungen garantieren, aber er kann und muss die Rahmendbedingungen dafür schaffen: Ein funktionierendes Gesundheitssystem, das Vorbeugung und Heilung von Krankheit ermöglicht, ohne die Menschen in ihrer Lebensweise zu bevormunden; einen starken Sicherheitsapparat, der Schutz vor Kriminalität bietet, ohne in die Grundrechte



der Bürger einzugreifen; und ein Wirtschafts- und Arbeitsumfeld, das Leistung fördert und sich mit Steuern, Abgaben und Bürokratie zurückhält.

Denn für ein glückliches Leben benötigen die Bürger auch einen finanziellen Spielraum, der nach Jahren enormer Teuerung für viele nicht mehr vorhanden ist. Wer Leistung bringt, hat daher ein

Anrecht auf ein gutes Gehalt und einen sicheren Job. Um die Mitarbeiter gerecht entlohnen zu können, müssen endlich die Lohnnebenkosten sinken.

GESUND BLEIBEN

■ SCHUTZ DES LEBENS STEHT IM MITTELPUNKT

Das Lebensrecht des Menschen, seine Gesundheit und seine Würde sind Nützlichkeitserwägungen nicht zugänglich. Deshalb darf der Mensch in seiner Existenz weder durch wirtschaftliche Erwägungen in Frage gestellt werden noch durch den Missbrauch von Medizin und Gentechnik oder durch Vernachlässigung im Rahmen von Krankheit oder Behinderung seiner Würde beraubt werden. Der Schutz des Lebens sowie der Erhalt und die Wiederherstellung geistiger und körperlicher Gesundheit sind unsere Ziele für das staatliche Gesundheitswesen.

■ MEHR LEBENSQUALITÄT DURCH AKTIVE VORSORGE

Jede vernünftige Gesundheitsvorsorge basiert auf Eigenverantwortung. Das betrifft nicht nur Vorsorgeuntersuchungen, sondern vor allem eine gesundheitsfördernde Lebensweise. Eine individuelle Präventionsplanung und -beratung sowie eine Stärkung der Gesundheitskompetenz schaffen mehr gesunde Lebensjahre für die Bevölkerung. Kostenlose Vorsorgetermine sollen einmal im Jahr aktiv angeboten werden. Verbunden mit attraktiven (finanziellen) Anreiz-/Belohnungsmodellen können wir so einer Überlastung des Gesundheitssystems vorbeugen und mehr Lebensqualität für die Bürger schaffen.

ZAHLEN UND FAKTEN



ZAHL DER SUIZIDE STEIGT WIEDER KRÄFTIG AN

Die Corona-Politik und die teilweise darauf zurückzuführende Wirtschaftskrise hinterlassen Spuren. Ging die Zahl der Suizide bis ins Jahr 2020 zuletzt kontinuierlich auf 1.072 Fälle pro Jahr zurück, so stieg sie seither wieder deutlich auf 1.310 Personen im Jahr 2023.

■ LEBENSFREUDE FÖRDERN – SUIZIDE VERHINDERN

Während der Corona-Jahre hat sich die Zahl der Suizide in Österreich von einem Tiefstand auf ein neuerliches Hoch entwickelt (siehe ZAHLEN UND FAKTEN). Dafür mitverantwortlich sind psychische Erkrankungen, die durch Isolation und Einsamkeit um sich gegriffen haben. Hier braucht es ein größeres und zielgerichtetes Angebot an Psychotherapie und Psychiatrie. Um den Menschen mehr Lebensfreude zu geben, ist ein generelles Umdenken von Zwängen und Vorschriften hin zu Freiheit und Selbstbestimmung notwendig.

■ NULL TOLERANZ GEGENÜBER DROGEN

Eine schrittweise Öffnung des Drogenmarkts am Beispiel Deutschlands mit der Legalisierung von Cannabis ist für uns undenkbar. Cannabis stellt nicht nur eine Einstiegsdroge dar, sondern ist in seiner Wirkung unberechenbar und oft mit psychotischen Langzeitschäden verbunden. Darüber hinaus zeigt sich, dass eine Legalisierung von Drogen nicht in der Lage ist, die kriminellen Drogen-Netzwerke lahmzulegen. Im Gegenteil: Ihr Markt wird noch vergrößert.

■ GESUNDE LEBENSFÜHRUNG DURCH SPORT UND ERNÄHRUNG

Wer sportlich lebt und sich gesund ernährt, tut sowohl sich selbst als auch der Gesellschaft Gutes. Eine entsprechende Lebensweise soll daher bereits den Jüngsten vermittelt werden – durch gesunde Jausenbuffets sowie die flächendeckende Einführung der täglichen Bewegungseinheit in den Schulen. Unternehmen, die ihre Mitarbeiter bei einer sportlichen Lebensweise unterstützen (z.B. Bezahlung von Sportvereins- oder Fitnessstudio-Mitgliedschaften), sollen für diese Aufwendungen keine Lohnsteuer und sonstige Abgaben abführen müssen.. Der Zugang zu sportlichen Aktivitäten für alle Bevölkerungsgruppen soll erleichtert werden. Dies umfasst auch den Ausbau und die Instandhaltung öffentlicher Sportstätten, die Schaffung von niederschwelligen Angeboten für Hobbysportler sowie die Integration von Bewegung in den Alltag durch die Schaffung bewegungsfreundlicher Infrastrukturen.

■ JUNGE MENSCHEN FÜR SPORT UND BEWEGUNG BEGEISTERN

Um Kinder und Jugendliche frühzeitig für Sport und Bewegung zu begeistern, sind gezielte Programme und Initiativen notwendig, die Spaß an der Bewegung vermitteln und ein breites Spektrum an Sportarten zugänglich machen. Schulen und Vereine spielen hierbei eine Schlüsselrolle. Die tägliche Bewegungseinheit muss ausgebaut und im Regelschulsystem etabliert werden.





SICHER LEBEN

■ BESONDERER SCHUTZ FÜR FRAUEN UND KINDER

Sicherheit ist ein Grundbedürfnis und eine wichtige Voraussetzung für eine positive menschliche Entwicklung. Unsere Bevölkerung muss vor Gewalt, Verbrechen und anderen Gefahren geschützt werden – auch angesichts der immer größeren Probleme mit importierter Kriminalität. Wenn sich Frauen in der Nacht nicht mehr allein auf die Straße trauen, so ist das ein Alarmsignal für gravierende Fehlentwicklungen in unserer Sicherheits- und Migrationspolitik. Frauen und Kinder verdienen besonderen Schutz.

■ KONSEQUENTES VORGEHEN GEGEN IMPORTIERTE KRIMINALITÄT

Nationale Grenzen stellen für Straftäter keine entscheidenden Hindernisse dar, unter anderem infolge zunehmender illegaler Migration. 2023 wurde in Österreich ein erheblicher Anstieg der Kriminalität verzeichnet – knapp die Hälfte der Tatverdächtigen stammte nicht aus Österreich. Anfang 2024 stellten Ausländer mehr als die Hälfte aller Gefängnisinsassen. Der ausufernden Ausländerkriminalität muss mit besonderen Maßnahmen gegengesteuert werden – beispielsweise mit der Fußfessel für Risiko-Asylanten, die bereits besondere Gefährlichkeit erkennen ließen. Der Missbrauch des Gastrechts muss ein Erschwerungsgrund sein; Haft soll primär in der Heimat verbüßt werden.

■ KAMPF DEN JUGENDBANDEN

Gewalttätige Jugendbanden haben an Österreichs Schulen nichts verloren. Unsere Schulkinder dürfen nicht länger Raub, Erpressung oder schwerer Körperverletzung ausgesetzt sein. Junge Gewalttäter sollten in Erziehungscamps diszipliniert und von Sozialarbeitern oder Psychologen betreut werden. Die Herabsetzung der Strafmündigkeit auf 12 Jahre ist angesichts der bedrohlichen Entwicklungen das Gebot der Stunde.

= ENTGLITTENE GEBiete WIEDER SICHER MACHEN

Gerade in den größeren Städten verliert der österreichische Staat samt seiner Polizei zunehmend die Kontrolle, wie sich am Beispiel Wien-Favoriten zeigt. Die Problemzonen in den betroffenen Bezirken haben sich durch Migrantenströme und die unkontrollierte Einreise von illegalen Einwanderern massiv ausgeweitet. Dem muss mit maximaler polizeilicher Repression entgegengewirkt werden. Wir brauchen die Polizei dort, wo sie benötigt wird. Wo die Österreicher sich nachts nicht mehr auf die Straße trauen, weil sie Sorge haben, Opfer der importierten Gewalt zu werden, braucht es Schutz und Hilfe.

= KRIMINALITÄTSMONITOR NACH BEZIRKEN, GEMEINDEN, ORTEN UND GRÄTZELN

Die Bürger haben ein Recht auf Sicherheit und auf transparente Information über die Sicherheitslage in ihrer Wohngegend. Es soll daher ein aktueller Kriminalitätsmonitor eingeführt werden, der über die Kriminalitätsbelastung, aufgeschlüsselt auf einzelne Deliktgruppen, in den einzelnen Bezirken, Gemeinden, Orten und Grätzeln Auskunft gibt. Dies ist auch ein wichtiges Instrument zur Unterstützung der Wohnortwahl.

= REKRUTIERUNGSOFFENSIVE UND BESSERE BEZAHLUNG FÜR DIE EXEKUTIVE

Seit Jahren ist die Polizei am personellen Limit – auch weil der Polizeidienst immer gefährlicher wird und für Einsätze mehr Beamte als früher ausrücken müssen. Wir müssen nicht nur die Zahl der Bewerber steigern, sondern den Polizeidienst insgesamt attraktiver machen, damit mehr Polizeischüler die Ausbildung auch abschließen. Dazu bedarf es dringend eines neuen Exekutivdienstrechts. Für den Einsatz in Ballungsräumen und besonders kriminätsbelasteten Gebieten müssen Zulagen bezahlt werden.

= NEIN ZU DIFFAMIERUNG UND VERNADERUNG DER POLIZEI

Mit der Schaffung der Beschwerdestelle gegen Polizeigewalt mit NGO-Beteiligung werden Polizisten unter massiven Generalverdacht gestellt. Es gibt bereits bewährte rechtsstaatliche Überprüfungseinrichtungen (Disziplinarbehörde, Volksanwaltschaft, Gerichte) für Vorwürfe gegenüber Polizeibediensteten. Unsere Polizisten erbringen eine gefährliche und oft unbedankte Leistung im Dienste der Allgemeinheit und haben sich Vernaderung und Diffamierungen nicht verdient.



■ KEIN MISSBRAUCH DER POLIZEI

Unsere Polizisten sind für die Aufrechterhaltung der Sicherheit in unserem Land zuständig. In der Corona-Zeit wurden die Exekutivbeamten aus politischen Gründen zweckwidrig eingesetzt. Willkürliche Kontrollen unbescholtener Bürger, ohne dass diese ein erkenntliches Fehlverhalten gesetzt haben, sind in totalitär regierten Ländern an der Tagesordnung, haben aber in einer hoch entwickelten Demokratie wie Österreich sicher nichts verloren.

■ UNTERSTÜTZUNG DER JUSTIZWACHE DURCH MEHR PERSONAL UND HAFT IN DER HEIMAT

Die Justizwache erfüllt eine wichtige und nicht immer ungefährliche Aufgabe im Strafvollzug. In diesem geschlossenen Bereich wirkt sich Personalmangel besonders dramatisch aus. Wir brauchen mehr Planstellen für die Bediensteten der Justizwache, um die Sicherheit in den Justizanstalten zu gewährleisten. Zusätzlich muss angesichts von rund 50 Prozent ausländischer Gefängnisinsassen das Modell einer Verbüßung der Haft im jeweiligen Heimatland vorangetrieben werden.

WOHLSTAND BEWAHREN

■ WOHLSTAND VERBESSERT DIE INDIVIDUELLEN LEBENSBEDINGUNGEN

Wir müssen den über Generationen hart erarbeiteten Wohlstand Österreichs sichern, denn dieser ermöglicht uns ein gutes Leben, Zukunftschancen für unsere Kinder und ein Altern in Würde. Ehrliche Leistung muss sich wieder lohnen und die Bildung von Eigentum und Wohlstand zulassen.

■ WIRTSCHAFTSPOLITIK IST POLITIK FÜR ARBEITNEHMER UND ARBEITGEBER

Österreich muss als Wirtschafts- bzw. Erwerbsstandort für Arbeitnehmer und Arbeitgeber attraktiv und international wettbewerbsfähig sein. Freiheitliche Wirtschaftspolitik lehnt eine Trennung in Arbeitgeber- und Arbeitnehmerpolitik ab, da dieser Ansatz für ein kleines Land wie Österreich „antiquiert“ ist und den verstaubten „rot-schwarzen Kammerstaat“ widerspiegelt. Wir betrachten dies als untrennbares Gesamtsystem – als „kommunizierende Gefäße“, denen es beiden gut gehen muss.

■ GERECHTE GEHÄLTER – RUNTER MIT DEN LOHNNEBENKOSTEN

Nur wer für seine Arbeitsleistung fair bezahlt wird, hat die Chance, Eigentum zu erwerben und Wohlstand aufzubauen. Die Kaufkraft des Einkommens sinkt, während notwendige Ausgaben wie jene für Wohnraum überdurchschnittlich stark steigen. Ein wesentlicher Schritt hin zu höheren Gehältern ist die schon von zahlreichen Regierungen versprochene Senkung der Lohnnebenkosten. Weitere wichtige Maßnahmen sind die Erhöhung des Werbungskostenpauschales und des Veranlagungsfreibetrages, die dauerhafte Steuerbefreiung für Mitarbeiterprämien bis 5.000 Euro mit jährlicher Valorisierung, eine Abgabenentlastung für Pflegekräfte sowie die Abschaffung verpflichtender Arbeiterkammerbeiträge.

■ FÖRDERUNG FÜR UNTERNEHMEN, DIE ATTRAKTIVE ARBEITSPLÄTZE BIETEN

Unternehmer, die attraktive, gut bezahlte und sichere Arbeitsplätze anbieten, sollen gefördert werden. Mit der Beschäftigung von Leiharbeitskräften und Subunternehmen minimieren Unternehmer ihr ökonomisches Risiko. Unternehmer, die sichere Jobs anbieten, haben im Vergleich dazu höhere Fixkosten und somit ein höheres Risiko, dass Verluste eintreten können.

■ LEHRLINGSEINKOMMEN ZUM AUSKOMMEN

Die Lehre muss wieder attraktiver werden – nur so kann dem Fachkräftemangel mittel- und langfristig erfolgreich entgegengewirkt werden. Mit 5.000 Euro staatlicher Leistungsabgeltung an die Lehrabsolventen und weiteren 5.000 Euro für weiterführende Ausbildungen wäre die Meisterprüfung finanziert und der Weg in die Selbständigkeit offen. Unabhängig von der Höhe soll das Einkommen von Lehrlingen generell von der Lohnsteuer befreit werden.

■ FUNKTIONIERENDE INFRASTRUKTUR FÜR UNSERE WIRTSCHAFT

Verkehrswege sind die Lebensadern der Wirtschaft. Kein Verkehrsträger darf dabei bevorzugt werden. Wir sind gegen das Ausspielen von Schiene gegen Straße, denn die Sicherstellung der Warenlieferkette hat für die Menschen und die Wirtschaft oberste Priorität. Menschen, die täglich zu ihrem Arbeitsplatz pendeln müssen, dürfen nicht benachteiligt werden. Der Ausbau der digitalen Infrastruktur ist Grundvoraussetzung für Innovation und die Teilhabe an der Digitalisierung. Deshalb müssen wir den Breitbandausbau – insbesondere durch Glasfaser – rasch vorantreiben, um dadurch die Versorgung auch in den ländlichen Regionen sicherzustellen.

■ ENTLASTUNG DES GÜTERGEWERBES

Am täglichen Gütertransport hängt die ganze Wirtschaft. Bricht dieser zusammen, dann droht ein massiver Wohlstandsverlust mit einem existenzgefährdenden Versorgungsnotstand. Wir fordern Versorgungssicherheit durch die Abschaffung der CO₂-Abgabe und in Phasen besonderer Teuerung eine Preisdeckelung für Treibstoff sowie ein temporäres Aussetzen oder Senken der Mineralölsteuer.





■ ENTLASTUNGEN FÜR KLEIN- UND EIN-PERSONEN-UNTERNEHMER

Eine Ausweitung der Pauschalierungsmöglichkeiten inklusive Erhöhung der Umsatzgrenzen bzw. der Pauschalen schafft steuerliche Vereinfachung und Entlastung für Kleinunternehmen. Es braucht einen Steuerfreibetrag bzw. eine Reduktion der Körperschaftsteuer auf 10 Prozent für operative Kleinst-GmbHs. Schnellere Abgabenverfahren sollen für Rechts- und Planungssicherheit sorgen, die Abschaffung verpflichtender Wirtschaftskammerbeiträge für mehr finanziellen Spielraum.

ZAHLEN UND FAKTEN



ÖSTERREICHS WIRTSCHAFT VERLIERT AN BODEN

Die wirtschaftliche Entwicklung in Österreich ist seit Beginn der Corona-Krise 2020 weit schlechter als im EU-Schnitt. Im internationalen Ranking der Wettbewerbsfähigkeit ist unser Land von Platz 16 (2020) auf Rang 26 (2024) abgerutscht. In diesen Jahren war das BIP-Wachstum pro Kopf wesentlich geringer als im EU-Schnitt. Dafür war die Inflation deutlich höher und die Immobilienpreise sind viel stärker gestiegen.

■ INTERNATIONALE WETTBEWERBSFÄHIGKEIT WIEDERHERSTELLEN

Seit 2019 verzeichnet Österreich einen starken Anstieg der Lohnstückkosten, der deutlich über dem EU-Durchschnitt liegt. Diese Entwicklung mindert die Attraktivität Österreichs als Standort für wertschöpfende Tätigkeiten erheblich. Die Wettbewerbsfähigkeit geht stark zurück (siehe ZAHLEN UND FAKTEN). Unternehmen, die höhere Lohnstückkosten zu tragen haben, sehen sich in vielen Fällen gezwungen, ihre Produktionskosten zu senken, was oft zu einer Abwanderung ins Ausland führt. Eine der effektivsten Methoden zur Senkung der Lohnstückkosten besteht darin, die Produktivität der Arbeitnehmer zu erhöhen. Dies kann durch verstärkte Investitionen in Kapitalgüter und effizientere Produktionsmethoden erreicht werden. Erfolgreichen Unternehmen soll daher ermöglicht werden, so viel wie möglich ihres Gewinns in Automatisierung, Digitalisierung und innovative Produktionsverfahren zu investieren. Erreicht werden kann dies beispielsweise durch die Einführung eines attraktiven steuerlichen Innovations-Investitionsfreibetrages.

BERUF, FAMILIE UND FREIZEIT MITEINANDER VEREINBAREN

■ ARBEIT ENTLASTEN – MEHR NETTO VOM BRUTTO

Es ist alarmierend, dass die Abgabenlast in Österreich stärker gestiegen ist als unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. 2022 war die Abgabenlast unter den OECD-Ländern nur in Frankreich und in Norwegen höher. Neue Steuerbelastungen lehnen wir entschieden ab. Was wir brauchen, sind Entlastungen unserer Leistungsträger, damit am Ende des Monats wieder mehr im Börserl bleibt. Der Faktor Arbeit muss auch bei den Lohnnebenkosten entlastet werden.

■ LEISTUNG MUSS SICH WIEDER LOHNEN

Arbeitszeitverkürzung für die breite Masse und dafür höhere Steuern für die Leistungsträger ist ein todssicheres Konzept, wie man die Konjunkturmaschine dauerhaft zum Stehen bringt. Wir müssen wieder die Leistungsträger in den Mittelpunkt stellen und den Leistungsverweigerern ihre finanzielle Basis massiv kürzen. Wer bereit ist, mehr zu arbeiten, soll auch steuerlich entlastet werden, zum Beispiel mit einer massiven Ausweitung der steuerbefreiten Überstundenzuschläge.

■ STEUERENTLASTUNG FÜR BERUFSEINSTEIGER UND FAMILIENGRÜNDER

Gerade zu Beginn des Berufslebens reicht das Einkommen häufig nicht, um den sehnlichen Familienwunsch erfüllen zu können. Wir möchten daher Berufseinsteiger bis 25 Jahre massiv von Steuern entlasten – gleiches gilt für Menschen, die in jungen Jahren ein Unternehmen gründen. Wer eine Familie gründet, hat Anspruch auf darüber hinausgehende Steuerermäßigungen, abhängig von der Kinderzahl.

■ ERWERBSEINKÜNFTEN VON ÄLTEREN ARBEITNEHMERN

ATTRAKTIV GESTALTEN

Eine schnell wirksame Maßnahme gegen den dramatischen Arbeitskräfte- und Fachkräftemangel könnte sein, Menschen länger im Erwerbsleben zu halten. Wir fordern daher für Arbeitnehmer ab dem vollendeten 60. Lebensjahr einen steuerlichen „Alters-Bonus“, eine Reduzierung der Beiträge zur Sozialversicherung und eine Reduzierung der Arbeitgeberbeiträge.



■ STEUERBEFREIUNG FÜR ÄLTERE, DIE ÜBER DAS PENSIONSALTER HINAUS ARBEITEN

Steuerlich bevorzugt sollen auch ältere Arbeitnehmer werden, wenn sie über das gesetzliche Pensionsalter hinaus arbeiten. Viele Senioren sind gesundheitlich dazu in der Lage und verspüren noch die nötige Tatkräft, um länger im Arbeitsleben zu verbleiben. Ihr Einsatz soll entsprechend belohnt werden.

■ MEHR FLEXIBILITÄT, ABER AUCH MEHR INTEGRATION KRANKER UND BEHINDERTER MENSCHEN AM ARBEITSMARKT

Eine Deregulierung des Arbeitsmarktes kann die Flexibilität und Anpassungsfähigkeit der Unternehmen erhöhen und auch den Arbeitnehmern mehr Möglichkeiten geben, ihr Berufsleben mit dem Privatleben zu vereinbaren. Je schneller sich Unternehmen an einem bestimmten Standort an Veränderungen anpassen können, umso attraktiver ist dieser Standort. Dies umfasst beispielsweise die Flexibilisierung von Arbeitszeitgesetzen, aber auch Flexibilität hinsichtlich des Dienstortes („Home-Office“). Weil durch solche Maßnahmen die Produktion in Österreich attraktiver wird, würden mehr Arbeitsplätze geschaffen. Auch daraus ergeben sich mehr Alternativen für Arbeitnehmer, wodurch diese zum größten Teil nach einer Flexibilisierung des Arbeitsmarktes bessergestellt sind als zuvor. Zugleich bedürften Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen und Behinderungen besonderer Unterstützung am Arbeitsmarkt (siehe ZAHLEN UND FAKTEN). Dies kann beispielsweise durch Förderungen ihrer Beschäftigung oder Steuererleichterungen für die Arbeitgeber erfolgen.

ZAHLEN UND FAKTEN



IMMER MEHR KRANKE ARBEITSLOSE

Im Jahr 2004 litten 29.010 Arbeitslose unter einer Behinderung oder sonstigen gesundheitlichen Einschränkung. Bis 2024 wuchs diese Zahl um 135 Prozent auf 68.225 Personen. Die Zahl der gesunden Arbeitslosen blieb hingegen weitgehend unverändert. Damit hat fast jeder vierte Arbeitslose mit gesundheitlichen Problemen zu kämpfen.





SOUVERÄNITÄT

So wie das Individuum Rahmenbedingungen für die Entfaltung seiner Freiheit benötigt, muss auch der Staat selbst frei sein. Die Freiheit des Staates ist die Souveränität. Sie gewährleistet, dass die aufgrund freier Wahlen gebildete Regierung alleinverantwortlich Ent-

scheidungen treffen kann, die für das Staatsgebiet und für die Staatsbürger ihre Wirkung entfalten. Immer größere Abhängigkeiten von internationalen Organisationen schränken diese Souveränität erheblich ein. Österreich muss sich daher aus diesen Zwängen lösen.



ÖSTERREICH MUSS SEINE ANGELEGENHEITEN SELBST REGELN

Das Subsidiaritätsprinzip besagt, dass höhere Institutionen nur dann zuständig sein sollen, wenn für die Erledigung einer Aufgabe die Kompetenzen und Möglichkeiten auf den unteren Ebenen nicht ausreichen. Entscheidungen sollen möglichst bürgernah getroffen werden. Die EU hat also nur dann als Gesetzgeber zu handeln, wenn es im Nationalstaat wenig sinnvoll erscheint. Was besser auf regi-

onaler bzw. einzelstaatlicher Ebene geregelt werden kann, ist auch dort zu bestimmen.

Doch dieses Prinzip ist längst durchbrochen, indem internationale Organisationen – allen voran die EU – mehr und mehr Kompetenzen ohne Not an sich reißen. Es braucht daher eine Richtungsumkehr – weg von den überstaatlichen Einrichtungen, zurück nach Österreich.



KOMPETENZEN AUS DER EU ZURÜCKHOLEN

■ EINSTIMMIGKEITSPRINZIP MUSS BLEIBEN, VETORECHT GENUTZT WERDEN

Die Europäische Union höhlt das Subsidiaritätsprinzip systematisch aus, obwohl weder die Kommission noch der Europäische Gerichtshof (EuGH) demokratisch legitimiert sind. Gleichzeitig ist die EU nicht in der Lage, die an sich gezogenen Aufgaben befriedigend zu lösen. Beispielsweise gibt sie lediglich vor, die Massenmigration in den Griff bekommen zu wollen. Um die Übertragung von Kompetenzen an die EU nicht noch einfacher zu machen, muss das Einstimmigkeitsprinzip jedenfalls erhalten bleiben und das Vetorecht von Österreich konsequent genutzt werden. Bereits vollzogene Kompetenzabtretungen an die EU müssen evaluiert und nötigenfalls rückgängig gemacht werden.

GERICHTSHÖFE SIND KEINE GESETZGEBER

■ GEWALTENTRENNUNG WIEDERHERSTELLEN – SUPRANATIONALE GERICHTSHÖFE BESCHRÄNKEN, UM NICHT DIE FALSCHEN ZU SCHÜTZEN

Über die eigenen Kompetenzen hinaus greift auch der Europarat, insbesondere durch den von ihm eingerichteten Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR). Dieser überschreitet – ebenso wie der Europäische Gerichtshof (EuGH) – regelmäßig die Grenzen der Gewaltenteilung und befeuert durch entsprechende Entscheidungen, etwa zum Familiennachzug, die Massenimmigration. Supranationale Gerichtshöfe sind somit zur treibenden Kraft der gesellschaftspolitischen Zersetzung geworden. Das kann nicht länger akzeptiert werden. Das Recht hat dem Souverän zu folgen, der durch Wahlen seine Vertreter bestimmt.

NEIN ZUR ALLMACHT DER WELTGESUNDHEITSGESELLSCHAFT

■ PANDEMIEVERTRAG UND INTERNATIONALE GESUNDHEITSVORSCHRIFTEN ABLEHNEN

In der Weltgesundheitsorganisation (WHO) wird im Wege der internationalen Gesundheitspolitik versucht, massiv in nationale Regelungen einzugreifen, die – wie im Falle von „Pandemien“ – weit über die Gesundheitsvorsorge hinausgehen und bis hin zu massiven und dauerhaften Eingriffen in die Grundrechte reichen. In Zusammensetzung mit dem österreichischen Krisensicherheitsgesetz steht unsere parlamentarische Demokratie dadurch auf dem Spiel. Österreich muss daher unbedingt den geplanten Pandemievertrag ablehnen und die Möglichkeit des Opting-Out aus den neuen Internationalen Gesundheitsvorschriften wahrnehmen.

FEHLGELEITETE FINANZPOLITIK VON EU UND EZB STOPPEN

■ STABILITÄTSKRITERIEN EINHALTEN – SCHULDENPOLITIK STOPPEN

Die Europäische Zentralbank (EZB) handelt willkürlich, weil sie sich an die eigenen Stabilitätskriterien zu Gunsten von Staaten wie Frankreich oder Italien nicht hält. Sie kann geldpolitisch nicht zwischen Mitgliedstaaten mit ausgeglichenem Budget und notorischen Schuldenkaisern differenzieren. Wir Freiheitliche haben mit unserer Befürchtung recht behalten, dass sich der Euro zum Inflationstreiber entwickeln würde.

■ NEIN ZUR SCHULDEN- UND KAPITALMARKTUNION

Wir sagen deutlich Nein zu jeder Form von gemeinsamer Schuldenaufnahme, wie sie etwa durch den Corona-Wiederaufbaufonds „Next Generation EU“ erfolgt. Auch die Kapitalmarktunion, die eine Gleichschaltung von Insolvenz-, Banken- und Unternehmenssteuerrecht samt Aufsicht bedeuten würde, lehnen wir ab.

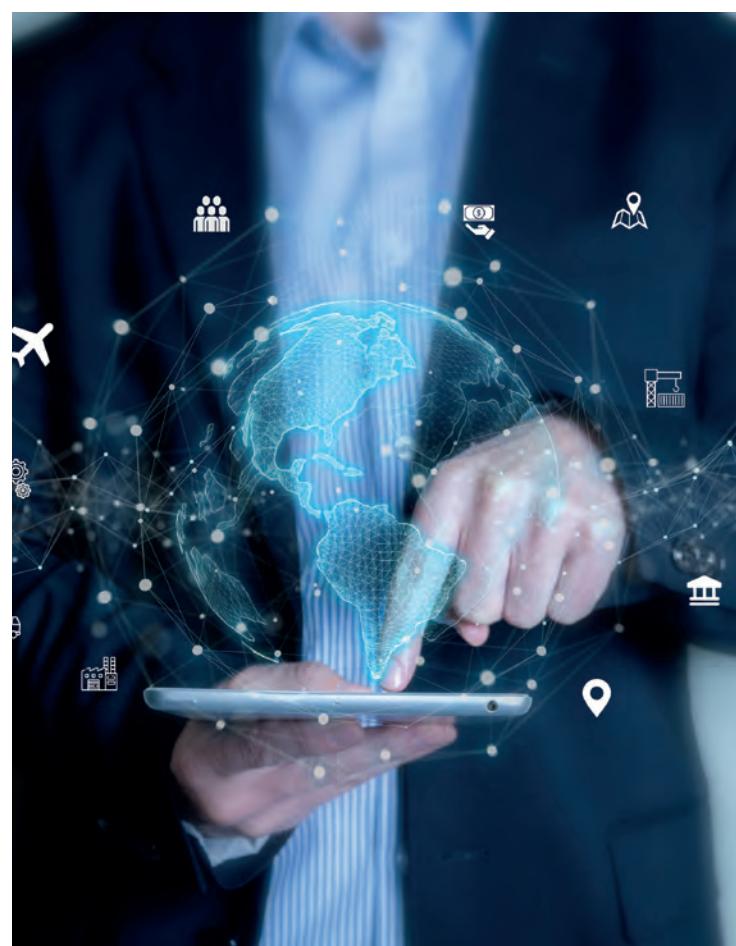
■ RUNTER MIT DER INFLATION

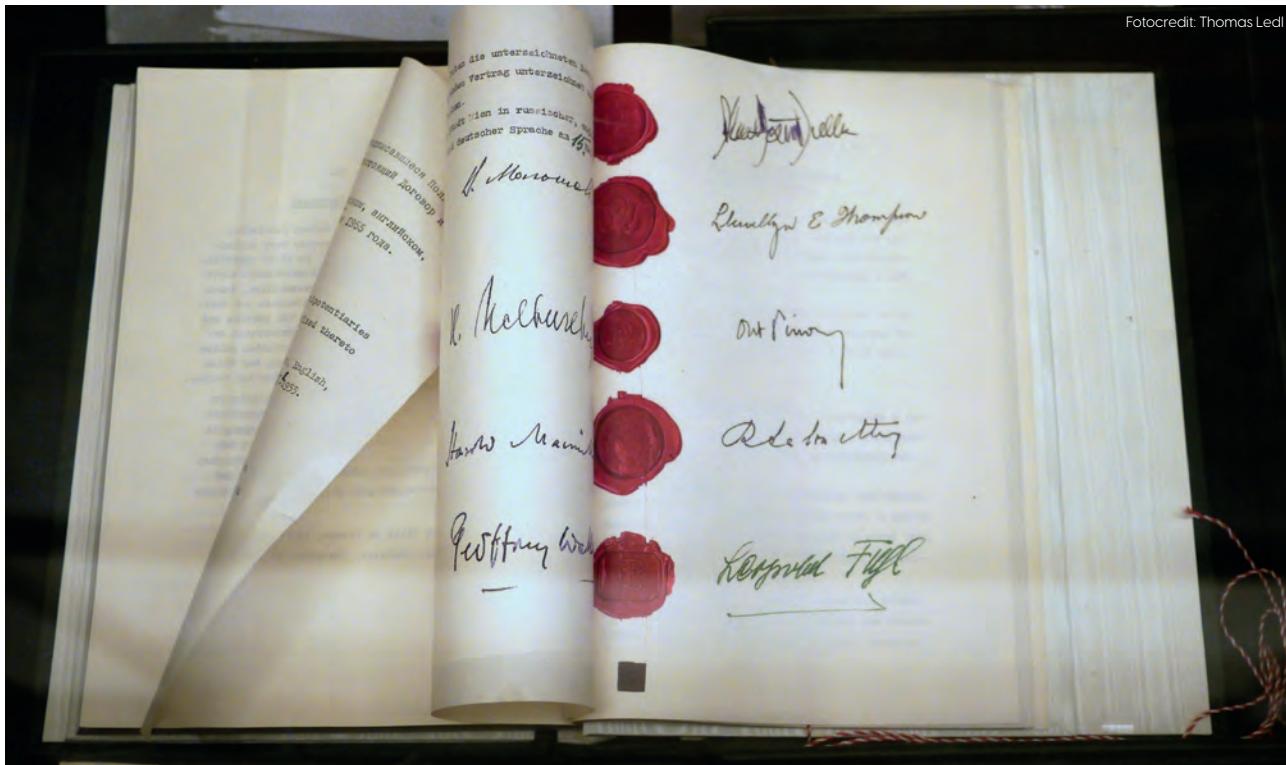
Seit 2022 war die Inflationsrate in Österreich immer über dem EU-Durchschnitt und dem Eurozonen-Durchschnitt. Das ist das Resultat einer verantwortungslosen Politik: Einer übergriffigen Corona-Politik, mit der unsere heimischen Betriebe massiv geschädigt wurden, einer neutralitätsfeindlichen Haltung im Ukraine-Krieg, die uns mehr schadet als Russland und dabei den Krieg nicht beendet, und nicht zuletzt einer Klimapolitik, die nur zusätzliche Belastungen bringt und die Energiepreise anheizt.

INTERNATIONALE ABKOMMEN NUR ZUM WOHLE ÖSTERREICH'S

■ EVALUIERUNG ALLER INTERNATIONA- LEN ABKOMMEN UND VÖLKER- RECHTLICHEN VERTRÄGE

Sämtliche bestehenden internationalen Abkommen und völkerrechtlichen Verträge sind auf souveränitätsbeschränkende Komponenten und mit besonderem Fokus auf Auswirkungen für künftige Generationen zu überprüfen und gegebenenfalls aufzukündigen. Ebenso ist vor Abschluss neuer internationaler Abkommen vorzugehen, die zum Zwecke regelmäßiger Überprüfung mit „Sunset-Klauseln“ auszustatten sind.





Fotocredit: Thomas Ledl



ÖSTERREICH MUSS NEUTRAL BLEIBEN

Die immerwährende Neutralität versetzt Österreich in die Lage, in Kriegen und Konflikten als neutraler Vermittler aufzutreten und damit Frieden zu stiften, während andere den

Krieg befeuern. Sie schützt unsere Heimat aber auch davor, in fremde Kriege hineingezogen zu werden, was beispielsweise im Falle einer NATO-Mitgliedschaft jederzeit möglich wäre.

VERFASSUNG ZUR RECHTLICHEN FESTUNG AUSBAUEN

■ SPEZIELLER SCHUTZ VON NEUTRALITÄT UND SOUVERÄNITÄT DURCH DIE VERFASSUNG

Neutralitätsgesetz und Souveränitätsprinzip müssen zum Baugesetz der Verfassung erhoben werden, um uns vor Fremdbestimmung zu schützen. Die Verfassung muss ausgebaut werden zu einer Festung gegen Angriffe von außen durch die EU und andere supranationale Organisationen, aber auch von innen durch eine schwache und globalistischen Eliten hörige Bundesregierung.

AKTIVE FRIEDENSPOLITIK STATT NATO-ANNÄHERUNG

■ KEIN NATO-BEITRITT – KEINE BETEILIGUNG AN „SKY SHIELD“

Keinesfalls darf Österreich einem Militärbündnis beitreten. Die Beteiligung Österreichs am NATO-Luftverteidigungssystem „Sky Shield“ ist genauso wie die Durchfuhr von NATO-Ausrüstung durch Österreich nicht mit der immerwährenden Neutralität Österreichs vereinbar und höhlt diese sukzessive aus.

■ BEKENNTNIS ZU NEUTRALITÄT, DIPLOMATIE UND DIALOG

Gerade angesichts eines Krieges, der nur einige hundert Kilometer von unserer Grenze entfernt stattfindet, muss uns bewusst sein, dass Österreichs Neutralität nicht auf ihren militärischen Kern reduziert werden darf. Ihr politischer Bestandteil, zu dem sich Österreich 1955 verpflichtet hat, ist besonders wertvoll: Unser Bekenntnis zur immerwährenden Neutralität ist ein Bekenntnis zu Diplomatie und Dialog.

■ VERNUNFT STATT KRIEGSTREIBEREI IM INTERESSE FREMDER MÄCHTE

Derzeit fährt die Europäische Union an allen Ecken und Enden einen Eskalationskurs, der in einem dritten Weltkrieg enden könnte. Als neutraler Staat wollen wir in der NATO-dominier-ten EU die Stimme der Vernunft sein. Unsere Kinder haben etwas Besseres verdient als die Perspektive, einen Krieg im Interesse fremder Mächte miterleben oder gar selbst führen zu müssen.

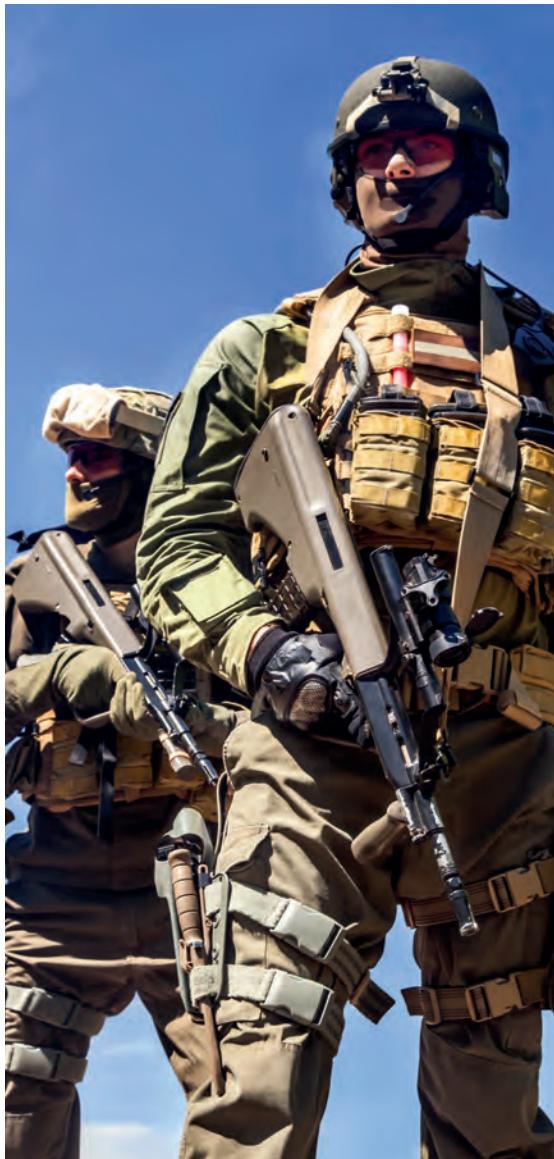
KEIN BEITRAG ZU WAFFENLIEFERUNGEN

■ NEIN ZUR EUROPÄISCHEN FRIEDENSFAZILITÄT

Die Europäische Friedensfazilität (EPF) unterstützt schwerpunktmäßig die ukrainischen Streitkräfte – auch mit tödlichen Angriffswaffen. Anstatt sich neutral zu verhalten, leistet auch Österreich einen finanziellen Beitrag an die EPF. Wir treten für eine aktive Friedens- und Neutralitätspolitik ein – die Zahlungen an die EU-Friedensfazilität sind zu stoppen. Österreich soll sein Geld für das eigene Heer einsetzen.



KLARES BEKENNTNIS ZU EINEM FUNKTIONIERENDEN HEER



■ AUSREICHENDE FINANZIERUNG EINES LEISTUNGSFÄHIGEN BUNDESHEERS

Das österreichische Bundesheer ist aufgrund jahrzehntelanger Unterfinanzierung nicht mehr in der Lage, seinen verfassungsmäßigen Auftrag, die militärische Landesverteidigung, zu erfüllen. Wir treten für eine ausreichende und langfristige finanzielle Ausstattung (2 Prozent des BIP), die Wiedereinführung verpflichtender Milizübungen und die konsequente Attraktivierung des Soldatenberufes ein. Denn als neutrales Land brauchen wir ein Heer, das Österreich selbstbestimmt (jenseits von „Sky Shield“) verteidigen kann.

■ ATTRAKTIVIERUNG DES SOLDATENBERUFS UND DER MILIZ – HEER VOLLER MÖGLICHKEITEN

Das größte Problem des österreichischen Bundesheers ist der Mangel an Personal. Um den Heeresdienst wieder attraktiver zu machen, muss die Bezahlung von Unteroffizieren und Offizieren endlich angehoben werden. Der Soldatenberuf soll wieder eine echte Wahlmöglichkeit für junge Männer und Frauen darstellen und die Verankerung der Streitkräfte in der österreichischen Gesellschaft deutlich machen.

ZAHLEN UND FAKTEN



IMMER MEHR BURSCHE TAUGEN NICHT FÜR'S HEER

Alarmierende Zahlen kommen von den Stellungskommissionen des Österreichischen Bundesheeres. Bis 2013 pendelte der Anteil der für den Heeresdienst untauglichen Burschen um die zehn Prozent. Seither steigerte er sich bis 2022 auf 16,9 Prozent, lag 2018 sogar über 20 Prozent. Massiv gestiegen ist dabei die Zahl der Übergewichtigen von 3,1 Prozent (1990) auf 11,9 Prozent (2022). Der Anteil der Raucher ist hingegen erfreulicherweise von rund der Hälfte auf etwa 16 Prozent zurückgegangen.

■ KAMPF GEGEN DIE GRASSIERENDE UNTAUGLICHKEIT

Um das Personalproblem zu lösen, muss mit einer besseren Bezahlung auch ein Kampf gegen die Untauglichkeit von immer mehr jungen Männern einhergehen – Sportverein statt Computerspiel ist angesagt (siehe ZAHLEN UND FAKTEN).

71

ÖSTERREICH MUSS MÖGLICHST AUTARK UND EIN ATTRAKTIVER WIRTSCHAFTSSTANDORT SEIN

Durch die zunehmende internationale Verflechtung bei der Energieversorgung droht Österreich im Fall von Störungen – beispielsweise großflächigen Blackouts – massive Gefahr. Daher sind eine größtmögliche Unabhängigkeit und Autarkie ein wesent-

liches Ziel. Dies umfasst jedoch viel mehr als nur die Energieversorgung. Auch die Unternehmer und Bauern müssen in die Lage versetzt werden, ohne Gängelung und sinnlose Vorschriften ihren Aufgaben nachzukommen.

EIGENE ENERGIERESSOURCEN ERSCHLIESSEN UND NUTZEN

■ ABHÄNGIGKEIT VON ANDEREN STAATEN REDUZIEREN – NACHHALTIGE ENERGIEGEWINNUNG MIT AUGENMASS

Österreich muss im Bereich der Energie die Abhängigkeit von anderen Staaten senken – gerade angesichts des Russland-Ukraine-Krieges und der damit verbundenen Risikoszenarien. Die Nutzung erneuerbarer Energieträger ist zu fördern. Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist dabei so zu gestalten, dass unsere Wirtschaft davon profitiert. unabdingbare Voraussetzung für die Versorgungssicherheit ist, dass unsere Infrastruktur im Eigentum der Republik Österreich bleibt.

ZAHLEN UND FAKTEN



ERNEUERBARE ENERGIEN STAGNIEREN

Der Anteil erneuerbarer Energieträger am gesamten Energiebedarf Österreichs wurde in den letzten zwanzig Jahren nur geringfügig erhöht – von einem Viertel auf ein Drittel. Seit 2015 stagniert der Anteil und war zuletzt sogar leicht rückläufig. Lediglich die Stromgewinnung erfolgt mit etwa 75 Prozent zum Großteil aus erneuerbaren Energieträgern. Ganz anders sieht es beim Energiebedarf für Wärme und Kühlung (30,6 Prozent) und für den Verkehr (10,1 Prozent) aus.





■ FOSSILE ENERGIEN SIND TEIL DES GESAMTPAKETS

Erneuerbare Energieträger können trotz ihrer Förderung nicht den gesamten Bedarf Österreichs decken (siehe ZAHLEN UND FAKTEN, S. 61). Russisches Gas wird weiterhin einen wichtigen Beitrag zu unserer Versorgungssicherheit leisten. Durch die verantwortungslosen Sanktionen, die einen kontraproduktiven Eingriff in den Markt darstellen, hat sich der Gaspreis vervielfacht. Das stellt nicht nur die privaten Haushalte, sondern auch die Industrie, vor allem aber die KMU und EPU, vor zum Teil unlösbare Probleme. Dasselbe gilt für den Strompreis, der sich durch das internationalistische „Merit-Order-Prinzip“ (durch das sich der Strompreis am teuersten Kraftwerk orientiert) ausschließlich zu Lasten der Konsumenten entwickelt hat, während die Konzerne Megagewinne einfahren.

■ BEREITSTELLUNG LEISTBARER ENERGIE, NOTFALLS DURCH PREISDECKEL

Die Energiepreise in Österreich sind in den letzten Jahren überbordend angestiegen. Energie muss jedoch für alle leistbar sein, das gilt für Privathaushalte genauso wie für die Industrie. Dekarbonisierung, also das Minimieren des Einsatzes fossiler Brennstoffe, darf nicht zu Lasten unserer Wettbewerbsfähigkeit gehen und Unternehmen dazu zwingen, in Länder mit niedrigeren Energiekosten abzuwandern. Gegen die Teuerung im Bereich Energie und Treibstoff müssen im Bedarfsfall Preisdeckel zum Einsatz kommen.

■ NEIN ZU IDEOLOGISCH MOTIVIERTER ENERGIEPOLITIK

Unter dem Deckmantel des Klimaschutzes werden utopische Maßnahmen vorangetrieben, die unseren über Jahrzehnte erarbeiteten Wohlstand massiv gefährden. Dieser Wohlstand basiert zu einem großen Teil auf energieintensiven Industriebetrieben und der Automobilindustrie, die niemals vollständig mit erneuerbarer Energie zu betreiben sind. Wir brauchen eine entideologisierte Energiepolitik, die die österreichischen Privathaushalte und Unternehmen unterstützt, statt sie um ihre Existenz zu bringen. Über Importe entscheiden wirtschaftliche, nicht moralische Interessen.

■ INVESTITION IN FORSCHUNG STATT BEZAHLUNG VON „KLIMASTRAFEN“

Anstatt Milliarden-Klimastrafen an die EU zu überweisen und diese im Rachen der EU-Bürokratie versinken zu lassen, wollen wir dieses Geld verwenden, um es in die österreichische Forschung zu investieren. Es muss wieder möglich sein, durch ein Vorantreiben von Wissenschaft und Technik zum Gemeinwohl beitragen zu können, anstatt in einem repressiven Klima des unerträglichen Kostendrucks und der Bevormundung zu leben.

SICHERE VERSORGUNG MIT LEBENSWICHTIGEN GÜTERN

■ PRODUKTIONSSSTANDORT ÖSTERREICH FÜR LEBENSMITTEL, ENERGIE, MEDIKAMENTE ETC. STÄRKEN

Ein zentraler sicherheitspolitischer Aspekt ist die Versorgung der Bevölkerung mit allen lebenswichtigen Gütern. Der Produktions- und Wirtschaftsstandort Österreich muss gestärkt werden, denn ein hoher Selbstversorgungsgrad und eine vorausschauende Vorratshaltung sind die besten Voraussetzungen, um die Versorgung der Menschen mit Lebensmitteln, Energie, Wasser, Medikamenten und anderen lebensnotwendigen Gütern krisenfest zu gewährleisten.

■ STÄRKUNG DES WIRTSCHAFTSSTANDORTS FÜR UNTERNEHMEN UND INDUSTRIE

Neben gut ausgebildeten und motivierten Arbeitnehmern sind vor allem die Faktoren Energie, Investitionsklima und -sicherheit, Infrastruktur, Bürokratie, Innovationsfähigkeit und -anreize, Abgabenlast und internationale Wettbewerbsfähigkeit für eine positive langfristige Standortentscheidung wesentlich. Wir wollen den Unternehmen in Österreich ein attraktives Umfeld bieten und Abwanderung von Kapital entgegentreten. Unternehmen schaffen produktive und innovative Arbeitsplätze – Staaten meist nur administrative bzw. systemnotwendige Arbeitsplätze.

■ WIRTSCHAFTSPATRIOTISMUS DURCH BEVORZUGUNG ROT-WEISS-ROTER BETRIEBE

Betriebe in österreichischem Besitz, die in Österreich rot-weiß-rote Produkte erzeugen oder verarbeiten, sollen steuerliche Vorteile genießen. Das ist ein wesentlicher Anreiz, zur Versorgungssicherheit beizutragen, und erzeugt einen dringend nötigen österreichischen Wirtschaftspatriotismus.

■ SCHUTZ FÜR DIE KRITISCHE INFRASTRUKTUR GEGEN TERROR UND CYBER-ATTACKEN

Auch in die Blackout-Vorsorge muss ausreichend investiert werden. Gemeinsam mit Gemeinden, Feuerwehren, Zivilschutzverband und allen Einsatzorganisationen sind Katastrophenschutzpläne zu erstellen. Besonderes Augenmerk muss in diesem Zusammenhang auf den Kampf gegen Cyber-Kriminalität gelegt werden.



BLÜHENDE GEMEINDEN, VIELFÄLTIGE LANDWIRTSCHAFT

■ ABSIEDELUNG VERHINDERN – GEMEINDEÄMTER ZU SERVICEZENTREN AUSBAUEN

Es ist unsere dringende Aufgabe, den ländlichen Raum vor seiner anhaltenden Entleerung zu schützen. Dazu braucht es etwa Steueranreize für Unternehmer in abwanderungsgefährdeten Regionen. Die Gemeindeämter müssen zu Servicestellen mit Bankomat und Internetzugang ausgebaut werden. Um sich voll auf diese Aufgaben konzentrieren zu können, sollen die Gemeinden von hoheitlichen Aufgaben so weit wie möglich entlastet werden. Dies umso mehr, als diese in Bereichen wie Raumordnung, Baurecht oder Katastrophenschutz zunehmend komplexer werden.

■ FAIRER LOHN FÜR DIE HARTE ARBEIT UNSERER BAUERN – PRODUKTION ZU FAIREN PREISEN ERMÖGLICHEN

Wir treten dafür ein, dass sich die Arbeit auch für unsere Bauern lohnt und sie gut davon leben können. Das Bauernsterben muss endlich gestoppt werden (siehe ZAHLEN UND FAKTEN). Für 365 Tage harte Arbeit im Jahr sind die Einkommen viel zu niedrig, während die Bürokratie durch überbordende Vorschriften immer größer wird. Die landwirtschaftliche Produktion muss zu fairen Preisen möglich sein – sowohl in der biologischen als auch in der konventionellen Landwirtschaft.

ZAHLEN UND FAKTEN



MASSIVES BAUERNSTERBEN

Immer weniger bäuerliche Betriebe können überleben. In den fünfzig Jahren seit 1970 wurden fast 60 Prozent aller Bauernhöfe geschlossen. Heute werden deshalb nur noch knapp mehr als 150.000 landwirtschaftliche Betriebe gezählt.

■ LANDWIRTSCHAFT MUSS UNS AUTARK ERNÄHREN KÖNNEN – KEINE DE-FACTO-ENTEIGNUNG DURCH EU-RENATURIERUNGSVERORDNUNG

Anstatt unsere Bauern zu verpflichten, agrarische Flächen stillzulegen, muss die heimische Produktion unterstützt und gestärkt werden. Wir brauchen eine autarke Landwirtschaft, die vielfältig ist und uns im Krisenfall ernähren kann. Dazu muss die Renaturierungsverordnung der EU bekämpft und aufgehoben werden, denn sie zwingt die Landwirte, Flächen aus der Produktion zu nehmen, was einer Enteignung gleichkommt.

■ MEHR UNTERSTÜTZUNG DER BAUERN BEI DER PFLEGE UNSERER LANDSCHAFT

Durch ihre Arbeit tragen die Bauern auch entscheidend zur Pflege unserer Landschaft bei, die Österreich zu einem beliebten Tourismusziel macht. Dennoch ist der Staat gefordert, sich beim Erhalt unseres Tourismus und unserer alpinen Infrastruktur stärker zu engagieren.





NATUR- UND UMWELTSCHUTZ STATT IDEOLOGISIERTER KLIMASCHUTZ

■ UMWELTSCHUTZ IN EIGENVERANTWORTUNG STATT GRÜNER VERBOTSWAHN

Eine intakte Umwelt bringt Lebensqualität und Wohlbefinden. Es ist im Interesse jedes Einzelnen, für sein Umfeld, die Umwelt, Sorge zu tragen. Dies gelingt am besten, indem man eigenverantwortlich handelt und neue Technologien im Sinne der Nachhaltigkeit einsetzt. Grüner Verbotswahn und staatliche „Umerziehungssteuern“ wie die CO₂-Steuer sind jedoch schlechte Ratgeber.

■ UMWELTSCHUTZ IST MEHR ALS KLIMAHYSTERIE – KEINE DEINDUSTRIALISIERUNG UNTER DEM DECKMANTEL DES KLIMASCHUTZES

Klimaneutralität ist kein Selbstzweck, sondern muss aus freiheitlicher Sicht stets im Einklang mit Arbeit, Wirtschaft und Forschung gedacht werden. Statt abstrakter Ideen und Ziele oder des Rufs nach mehr Steuern braucht es konkretes und praktisches Handeln. Keinesfalls darf alles dem Klimaschutz untergeordnet und dabei die Deindustrialisierung unseres Kontinents samt massiver Wohlstandszerstörung in Kauf genommen werden. Umweltschutz bedeutet viel mehr als Klimaschutz. Dazu zählen etwa auch der Schutz unseres Trinkwassers vor beabsichtigten Zentralisierungsmaßnahmen durch die EU, aber auch vor Arzneimittellücken, Maßnahmen gegen das Bienen- und Insektensterben sowie der Schutz unserer Almwirtschaft vor dem Wolf.

MARKTWIRTSCHAFT STATT ÖKO-PLANWIRTSCHAFT

■ BEFREIUNG VOM WOHLSTANDSZERSETZENDEN „GREEN DEAL“ DER EU

Durch den „Green Deal“ der EU wird unsere Wirtschaft schwer geschädigt. Vom 2019 versprochenen neuen „grünen“ Wachstum mit dem Ziel, Europa zum Weltmarktführer bei „Green Tech“ zu machen, kann keine Rede sein: Die EU ist wirtschaftlich weit zurückgefallen, Sonnenkollektoren und Windräder werden mittlerweile in China produziert und energieintensive Unternehmen sind in die USA ausgewandert oder planen, dies zu tun. Das Korsett aus EU-Verordnungen muss gesprengt werden. Es braucht effiziente und wirtschaftliche Lösungen, um den Wohlstand der österreichischen Bevölkerung nicht zu gefährden.

“

ÖSTERREICH KÜMMERT SICH ERST UM SEINE STAATSBÜRGER UND ERST DANN UM FREMDE

Wer die Vorteile einer Gemeinschaft nutzen will, muss auch etwas dazu beitragen. Wir sprechen uns klar gegen einen Rechtsanspruch auf Erlangung der Staatsbürgerschaft

aus. Wir möchten uns aussuchen können, wen wir einbürgern. Und wir möchten unsere Staatsbürger auch besser behandeln dürfen als zugewanderte Fremde.

BEVORZUGUNG IM SOZIALRECHT

■ KEINE ZUWANDERUNG UND KEIN FAMILIENNACHZUG INS SOZIALSYSTEM

Um den österreichischen Sozialstaat leistungsfähig zu erhalten, muss dieser geschützt werden und leistungsfähig bleiben. Wir lehnen eine Zuwanderung samt Familiennachzug ins Sozialsystem strikt ab. Zwischen denen, die dieses Land aufgebaut haben, und jenen, die noch nie einen Cent einbezahlt haben, muss eine klare Grenze gezogen werden.

■ AUSZAHLUNG NUR AN STAATSBÜRGER – SACHLEISTUNGEN FÜR ASYLANTE

Wir treten dafür ein, die Auszahlung von Sozialleistungen an die österreichische Staatsbürgerschaft zu koppeln. Damit schützen wir unsere Sozialsysteme und setzen Anreize für eine echte Integration. Im Asylwesen sind Schutzberechtigten ausschließlich Kernleistungen der Sozialhilfe zu gewähren, die das Niveau der Grundversorgung nicht übersteigen. Wenn wir Sachleistungen statt Geldleistungen vergeben, sinkt die Attraktivität für Zuwanderer, in unser Sozialnetz einzuwandern.





GERECHTIGKEIT IM GESUNDHEITSWESEN

■ NUR ELEMENTARVERSORGUNG FÜR ILLEGALE ZUWANDERER UND ASYLANTE

Unser Gesundheitssystem entwickelt sich immer mehr in Richtung Mehrklassenmedizin. Uns fehlt es an Kassenärzten, die Spitäler sind dramatisch überlastet, nicht zuletzt dadurch, dass ein unverhältnismäßig hoher Anteil an Nicht-Österreichern auch bei Bagatellerkrankungen direkt das Krankenhaus anstelle eines Hausarztes aufsucht. Es ist ein klares Anliegen, dass es keine medizinische und pflegerische Versorgung von illegalen Migranten und Asylwerbern geben soll – ausgenommen Elementarversorgung und Schwangere. Es kann nicht sein, dass immer mehr Staatsfremde, Nichtversicherte oder Illegale medizinische Dienstleistungen auf unsere Kosten erhalten und unsere Versorgungsstrukturen kollabieren.

HEIMVORTEIL IM BILDUNGSWESEN

■ DEUTSCH IN DER SCHULE UND VOR SCHULEINTRITT

Unsere Kinder haben ein Recht auf Bildung, und dieses Recht hat vor dem Recht auf Familiennachzug zu stehen, der aktuell vor allem aus Syrien und Afghanistan ungebremst stattfindet. Unsere Kinder haben auch ein Recht darauf, deutschsprachig unterrichtet zu werden.

■ KAMPF GEGEN MOBBING UND GEWALT

Wo ein Sprachenwirrwarr herrscht, ist ein sinnvoller Unterricht nicht möglich. Das führt nicht selten zu Konflikten bis hin zu Mobbing und Gewalt. Daher bleibt unsere Forderung „Deutsch vor Schuleintritt“ selbstverständlich aufrecht.

■ TRADITIONELLES BRAUCHTUM WEITERGEBEN – DAS KREUZ BLEIBT IM KLASSENZIMMER

Das Kreuz als Symbol unserer christlich-abendländischen Geschichte und Kultur gehört seit langer Zeit in unsere Klassenzimmer und darf weder verleugnet noch versteckt werden. Ebenso muss unser traditionelles Brauchtum gelebt und weitergegeben werden, etwa durch Nikolausfeiern und Martiniumzüge im Kindergarten.



BESSERSTELLUNG AUF DEM WOHNUNGSMARKT

■ VERGABE VON GEMEINDEWOHNUNGEN UND GEFÖRDERTEN WOHNUNGEN PRIMÄR AN ÖSTERREICHER

Es muss gesetzlich gewährleistet sein, dass Österreicher bei der Vergabe von Gemeindewohnungen bevorzugt werden. Derzeit ist vor allem in Wien das Gegenteil der Fall (siehe ZAHLEN UND FAKTEN). Der Fokus der Wohnungsvergabe muss sich ändern und auf österreichische Staatsbürger ausgerichtet sein. Auch im ländlichen Raum sollten geförderte Wohnungen nur an Personen vergeben werden, die schon länger ihren Hauptwohnsitz in Österreich und sich als gut integriert erwiesen haben.

ZAHLEN UND FAKTEN



WIENER GEMEINDEBAU: IMMER WENIGER ÖSTERREICHER

Lebten 2011 15,5 Prozent Ausländer in Wiener Gemeindewohnungen, so verdoppelte sich der Anteil bis 2021 auf 30,1 Prozent. Bei einer annähernd gleichen Wohnungszahl bedeutet das, dass die Zahl der Staatsbürger in geförderten Gemeindewohnungen um rund 60.000 auf 308.097 zurückging.

HOMOGENITÄT

Geht man davon aus, dass sich Personen zu einem Staatswesen zusammenfinden, die Ähnlichkeiten aufweisen, so gilt vice versa, dass das Staatswesen leidet, wenn diese Bedingung aufhört zu bestehen. Vor diesem Hintergrund muss man erkennen, dass die gesellschaftliche Basis des Staates nicht gespalten wird, sondern vielmehr erodiert. Wir können nicht mehr entscheiden, mit wem wir

zusammenleben wollen, weil die relevanten politischen Kompetenzen an die internationale Ebene abgetreten wurden. Wir können auch nur sehr schwer uneingeladene Fremde loswerden, weil supranationale Gerichte ihre schützende Hand über sie halten. Unter der daraus resultierenden, von den Österreichern aber zu keinem Zeitpunkt gewünschten „Multikulti“-Gesellschaft leidet die Homogenität.



SCHUTZ DER GRENZEN – SELBSTBESTIMMUNG ÜBER UNSER STAATSGEBIET

Ein Staat, der die Kontrolle über sein Staatsgebiet verloren hat, ist nicht mehr souverän. Wir erinnern uns mit Schrecken an die Bilder aus den Jahren 2015/2016, als Polizisten an den Staatsgrenzen von tausenden illegalen Einwanderern einfach ignoriert wurden. Zwar müssen wir diese Bilder nicht mehr ertragen, doch die Zahlen beweisen, dass unsere Gren-

zen nach wie vor offenstehen wie Scheunentore. Wer es bis zur Grenze schafft, kann Asyl begehrn und zumeist bleiben, auch wenn er in keiner Weise schutzwürdig ist. Das völlig seinem ursprünglichen Zweck widersprechende Asylrecht ist zum Haupttreiber dafür geworden, dass das österreichische Staatsvolk seine Homogenität immer mehr verloren hat.



SICHERE GRENZEN UND PUSHBACKS

■ AUSBAU DES GRENZSCHUTZES – „FESTUNG ÖSTERREICH“

Jeder illegale Grenzübertritt muss unterbunden werden.

Solange die EU dies nicht gewährleisten kann, lautet die Lösung „Festung Österreich“.

Sensible Grenzabschnitte sind mit Zäunen zu sichern, und die Grenzschutzeinheit Puma muss massiv aufgestockt werden.



■ ZURÜCKWEISUNGEN AN DER GRENZE

Zurückweisungen an der Außengrenze (Pushbacks) sind bereits in vielen Ländern gängige Praxis und müssen auch in Österreich rechtlich ermöglicht werden. Asylanträge von Fremden, die aus einem anderen EWR-Staat oder der Schweiz eingereist sind, dürfen gar nicht mehr zugelassen werden. Denn unsere Heimat ist ausschließlich von sicheren Drittstaaten umgeben – und daher nicht zuständig!

■ MIGRATIONSENTREN AUF ANDEREN KONTINENTEN SCHAFFEN

Für Fluchtbewegungen ist zuvorderst der Kontinent zuständig, auf dem sie stattfinden. Langfristig soll mit gleichgesinnten EU-Ländern ein Remigrationsbündnis geschlossen werden. Gemeinsam können außereuropäische Migrationszentren errichtet werden. Diese könnten Millionen von Menschen eine sichere Unterkunft, Grundversorgung und Ausbildungsmöglichkeiten bieten und uns vor deren illegaler Einreise aus rein wirtschaftlichen Gründen bewahren. Solche Migrationszentren wären billiger und zugleich nachhaltiger als der Bau tausender innereuropäischer Asylheime und Zeltstädte. Auch über Familien-nachzug muss im Ausland entschieden werden, und zwar ausnahmslos mithilfe von DNA-Tests. Unser Vorbild ist Dänemark.



ABSTELLEN ALLER MAGNETEFFEKTE

■ ASYLRECHT DURCH NOTGESETZ AUSSETZEN, SOLANGE ÖSTERREICH ÜBERLASTET IST

Österreich liegt bei den Asylantragszahlen bezogen auf die Einwohnerzahl seit vielen Jahren im europäischen Spitzensfeld. Unsere Heimat ist chronisch überlastet. Es bedarf daher einer gesetzlichen Möglichkeit, das Asylrecht temporär vollständig auszusetzen, solange Österreich bezogen auf die letzten zehn Jahre überdurchschnittlich viele Asylanträge zu bewältigen hatte.

■ ANNAHME VON ASYLANTRÄGEN NUR VON PERSONEN, DIE KEIN SICHERES DRITTLAND PASSIERT HABEN

Es können in Österreich keine Asylanträge gestellt werden, außer die Asylwerber stammen aus einem Nachbarland, was faktisch ausgeschlossen ist. Für Afghanen, Syrer und Marokkaner sind wir nicht zuständig. Die Zuständigkeit liegt im nächstgelegenen sicheren Land.

■ RIGOROSE BESEITIGUNG ALLER PULL-FAKTOREN FÜR ZUWANDERUNG

Österreich als entwickeltes Industrieland zieht Wirtschaftsflüchtlinge und Scheinasylyanten an, die sich von Pull-Faktoren wie sozialer Unterstützung in Form von Geldleistungen, Unterbringung, Sozialhilfe, Gesundheitsversorgung, Familienförderung oder einer gut ausgebauten Infrastruktur inklusive Freifahrt eine Verbesserung ihrer Lebensumstände erhoffen. Diese Pull-Faktoren sind umgehend abzustellen. Zusätzlich ist endlich Transparenz zu schaffen, was ein durchschnittlicher Asylwerber/Wirtschaftsflüchtling Österreich und damit die steuerzahlende Bevölkerung monatlich kostet.



■ FAMILIENNACHZUG STOPPEN

Asyl bedeutet Schutz für Personen, die individuelle Verfolgung nachweisen können. Dieser Schutz soll nicht automatisch auf die gesamte Familie ausgedehnt werden. Vielmehr muss regelmäßig geprüft werden, ob das Schutzbedürfnis nach wie vor besteht. Wenn nicht, steht einer Familienzusammenführung im Herkunftsland des Migranten nichts im Wege.

SACHLEISTUNGEN STATT BARGELD

Wenn illegale Migranten Bargeld erhalten, schicken sie dies häufig in die Heimat oder bezahlen ihre Schlepper damit. Daher ist die Grundversorgung im Asylwesen ausschließlich mittels Sachleistungen bereitzustellen.

ASYL MIT ABLAUFDATUM UND AUFHEBUNGSMÖGLICHKEIT BEI VERBESSERTER LAGE IM HERKUNFTSLAND

Asylbescheide sollen dem Zweck als Schutz auf Zeit entsprechend mit einem Ablaufdatum (z. B. drei Jahre) ausgestattet werden und sind dann neu zu prüfen. Bei signifikanter Verbesserung der Lage im Heimatland – insbesondere in Ländern wie Afghanistan, Syrien und der Ukraine, in denen Krieg und nicht individuelle Verfolgung der Grund für die Flucht war – sollen Aufenthaltstitel pauschal aufgehoben werden und nur diejenigen neuerlichen Schutz erhalten, die weiterhin einen individuellen Verfolgungsgrund nachweisen können.

KEINE STAATSBÜRGERSCHAFT FÜR ASYLANTE

Asyl kann als Schutz auf Zeit nicht die Grundlage für den Erwerb der Staatsbürgerschaft bilden. Ist keine Verfolgung im Heimatland mehr gegeben, so können nur jene Asylberechtigten bei uns bleiben, die sich vollständig in unsere Gesellschaft eingefügt haben und durch ihre Arbeit ihren Beitrag zum Gemeinwesen leisten.

KONSEQUENTER KAMPF GEGEN SCHLEPPEREI

Die „Operation Fox“, die zur Schlepperbekämpfung in Zusammenarbeit mit ungarischen Behörden ins Leben gerufen wurde, muss auf österreichisches Staatsgebiet ausgeweitet werden. Die Ausläufer der internationalen Schleppermafia in Österreich müssen zerschlagen, die Aktivitäten der Schleuser-NGOs beendet und in den Herkunftsländern großangelegte „No-Way“-Aufklärungskampagnen organisiert werden. Auch die illegale Einreise und der rechtswidrige Aufenthalt gehören als Delikte ins gerichtliche Strafrecht, mit Haftstrafen von sechs Monaten bis zwei Jahren. Neben einer Strafverschärfung für Schlepper sind auch die Geschleppten als Anstifter zu bestrafen.



MIGRATION SELBST STEUERN STATT ZWANGSVERTEILUNG DURCH DIE EU

■ SCHLUSS MIT ASYL-EINWANDERUNG

Nur Verfolgte aus Nachbarländern sollen künftig temporären Schutz genießen können. Alle anderen Asylanträge sind abzulehnen. Bereits gewährte Asylbescheide sind erneut zu prüfen und gegebenenfalls aufzuheben oder nach Ablauf nicht zu erneuern. Familienzusammenführungen und Duldungen müssen abgeschafft oder umfassend reformiert werden. Die Erschleichung des Daueraufenthalts durch lange Verfahrensdauer ist künftig zu verhindern. Asyl darf keine Abkürzung zur Staatsbürgerschaft darstellen.

■ NEIN ZUM ASYL- UND MIGRATIONSPAKT ZUR EU

Anstatt illegale Migration zu verhindern, versucht die EU mit ihrem Asyl- und Migrationspakt im Wesentlichen, das Problem anders zu verwalten und die illegalen Einwanderer auf die Mitgliedstaaten zu verteilen. Der Schlüssel zur Lösung der Massenmigration nach Europa kann nur darin liegen, dass nicht jedem ein Asylverfahren zugestanden wird – ganz gleich, woher er kommt und durch wie viele sichere Länder er bereits gereist ist. Wir müssen an den Außengrenzen konsequent zurückweisen.

■ STAATSBÜRGERSCHAFT NUR FÜR ASSIMILIERTE

Das Staatsbürgerschaftsrecht ist nach dem Vorbild Liechtensteins und der Schweiz zu reformieren. Die Anforderungen und Wartefristen sind deutlich anzuhaben. Neben dem Einkommen müssen Staatsbürgerschaftswerber auch Vermögen nachweisen. Assimilation muss Leitprinzip jeder Einbürgerung werden. Dies ist nicht nur durch erweiterte Kurse und ein Bekenntnis zu unserer Heimat Österreich sicherzustellen, sondern auch in einem „Einbürgerungsvertrag“ festzuhalten. Bereits erteilte Staatsbürgerschaften sind gründlich zu überprüfen. Wer durch Verbrechen, Missbrauch des Sozialstaates oder Geringachtung unseres Landes und Volkes gegen diesen Einbürgerungsvertrag verstößt, kann seine erworbene Staatsbürgerschaft auch nachträglich wieder verlieren. Ein Verbot der Doppelstaatsbürgerschaft (abseits von Ausnahmefällen wie Südtirol) muss ebenfalls durchgesetzt werden. So wird die Staatsbürgerschaft vom bloßen Stück Papier wieder zu einem hohen Gut.



= WETTBEWERB UM DIE BESTEN KÖPFE STATT SOZIALER HÄNGEMATTE

Wo es erforderlich ist, soll eine qualifizierte Zuwanderung in den österreichischen Arbeitsmarkt möglich sein. Strikt lehnen wir eine Zuwanderung in unser Sozialsystem ab. Entscheidend ist, dass wir zwischen eingeladenen und nicht eingeladenen Fremden unterscheiden. Gerade bei jenen Menschen, die unaufgefordert nach Österreich kommen, ist der Anteil an Niedrigqualifizierten erschreckend hoch. Asylwerbern vorab eine Aufenthaltsverfestigung über die Rot-Weiß-Rot-Karte zukommen zu lassen, die eine Abschiebung zusätzlich verhindert, ist gegen jede Vernunft und würde das Asylsystem unterwandern.

= STEUERN RUNTER STATT SOZIALER HÄNGEMATTE

Um qualifizierte Arbeitskräfte zu halten und Österreich für diese attraktiv zu machen, sollte der Fokus darauf liegen, die Abgabenquote zu senken. Qualifizierte Arbeitskräfte sind nämlich weniger stark an staatlichen Leistungen (die mit hohen Abgaben einhergehen) interessiert als weniger qualifizierte Arbeitskräfte. Hohe Abgaben sorgen deshalb auch bei guten staatlichen Leistungen für einen mangelnden Anreiz bei qualifizierten Arbeitskräften, in Österreich zu bleiben oder sich in Österreich niederzulassen, was wiederum den Fachkräftemangel verschärft.





7

REMIGRATION UNEINGELADENER FREMDER – RESPEKT FÜR DIE GASTGEBER

Österreich steht heute an einem entscheidenden Wendepunkt. Die fehlgeleitete Migrationspolitik der Vergangenheit hat tiefgreifende Schäden angerichtet und bedroht die kulturelle Identität und den sozialen Frieden unseres Heimatlandes.

Remigration ist ein Überbegriff für einen Paradigmenwechsel in der derzeitigen, Asyl-, Grenz- und Migrationspolitik. Sie ist die Folge einer identitätsbezogenen Migrationspolitik und umfasst ein Bündel an Maßnahmen zur Umkehr der Migrationsströme. Die Beseitigung aller Anreize für versorgungssuchende

Wirtschaftsflüchtlinge soll in Verbindung mit Leitkulturpolitik und hohem Anpassungs- und Assimilationsdruck die „Push- und Pull-Faktoren“ für Zuwanderung umkehren.

Konkret sieht Remigration die Rückführung aller illegal Eingereisten auf Grundlage gesetzlicher Bestimmungen, die Sicherung der Grenzen, eine Reform des Asyl-, Ausländer- und Staatsbürgerschaftsrechts sowie die Schaffung und Förderung von Programmen zur freiwilligen Rückkehr vor. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf islamischen Parallelgesellschaften.

ZWANG UND ANREIZE ZUR RÜCKKEHR IN DIE HEIMAT

■ KRIMINELLE UND EXTREMISTISCHE AUSLÄNDER AUSWEISEN

Nichtstaatsbürger, die in Österreich kriminell werden, sind auszuweisen. Ist die Ausweisung in ihr Herkunftsland nicht möglich, soll ein extraterritoriales Gefängnis mit Abschreckungswirkung für Kriminaltouristen zur Unterbringung dienen. Dänemark errichtet hierzu beispielsweise bereits Gefängnisse auf dem Balkan. Ist nach Verbüßung der Haftstrafe weiterhin keine Abschiebung möglich, so werden die Betroffenen in außereuropäische Migrationszentren überführt. Ausländischen Extremisten, die fremden Nationalismus oder Fundamentalismus verbreiten, ist ebenfalls das Aufenthaltsrecht zu entziehen.

■ KONSEQUENTE ABSCHIEBUNG BEI NEGATIVEN ASYLBESCHEIDEN

Alle ausreisepflichtigen Personen sind zu erfassen. Darunter fallen „Wirtschaftsflüchtlinge“, Asylanten, die sichere Drittländer durchquert haben, und jene, deren Asylgrund nicht mehr aufrecht ist. Sie müssen kurz- bis mittelfristig in ihre Heimat zurückkehren. Dafür sind zahlreiche bilaterale Rücknahmeverträge notwendig. Bis zur Rückführung der illegalen Migranten muss konsequent das Sachleistungsprinzip eingeführt werden.

■ AUSREISEZENTREN MIT ANWESENHEITSPFLICHT – SCHLIESUNG KLEINER ASYLHEIME

In Ausreisezentren mit Anwesenheitspflicht sollten möglichst schnell Reiseroute und Fluchtgründe geprüft werden, um die Verfahren zu beschleunigen. Auch eine Rückkehrberatung soll verpflichtend in Anspruch genommen werden. In Richtung Ausland kann das Zentrum jederzeit verlassen werden. Asylwerber haben sich grundsätzlich in solchen Zentren aufzuhalten. Kleinere Heime, die zahlreiche Gemeinden schwer belasten, sind zu schließen.

■ RÜCKKEHRVERBOT FÜR HEIMATURLAUBENDE ASYLANTE

Asylwerber oder Asyl- bzw. subsidiär Schutzberechtigte, die in ihrem Heimatland urlaufen, soll die Rückkehr nach Österreich verweigert werden. Eine neuerliche Einreise ist als illegal zu qualifizieren und zu verhindern.



ENTWICKLUNGSHILFE AN KOOPERATIONSBEREITSCHAFT AUSRICHTEN

■ ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT NUR BEI RÜCKNAHME ILLEGALER EINWANDERER

Entwicklungshilfe soll situationsangepasste, gezielte Hilfe sein. Das Geld der Steuerzahler darf nicht ohne Bedingungen verschenkt werden oder in hinterfragenswerten Projekten versickern, sondern soll vielmehr einem Interessenausgleich zwischen der Republik Österreich und den Empfängerländern dienen. Verweigert ein Herkunftsland die Rücknahme seiner Bürger, so sind diesem Staat etwaige Entwicklungshilfen zu streichen und weitere politische Maßnahmen zu setzen, bis eine Kooperation gelingt.



RESPEKT FÜR DIE GASTGEBER DURCHSETZEN

■ KEINE TOLERANZ BEI INTEGRATIONSVERWEIGERUNG

Kulturelle und sprachliche Unterschiede, die Einstellung gegenüber Frauen sowie Gewaltbereitschaft und Kriminalität sind die zentralen Herausforderungen im Zusammenleben mit Einwanderern, insbesondere aus muslimisch geprägten Weltregionen. Wer gegen unsere Regeln, unsere Gesetze verstößt oder eine strafbare Handlung begeht, hat in Österreich keinen Platz und verwirkt jedenfalls sein Recht auf die österreichische Staatsbürgerschaft.

■ STRAFERSCHWERUNG BEI MISSBRAUCH DES GASTRECHTS

Wer nach Österreich kommt und hier kriminell wird, missbraucht unser Gastrecht. Dies soll als Erschwerungsgrund in die Strafbemessung einfließen. Über Fremde verhängte Haftstrafen sollen in der Heimat der Straftäter verbüßt werden.

■ ASYL-ABERKENNUNGSTATBESTÄNDE IM STRAFRECHT AUSWEITEN

Wer kriminell wird, hat jedes Recht auf unseren Schutz verwirkt und muss abgeschoben werden – und das schon bei der ersten Straftat und nicht erst nach einer ganzen kriminellen Karriere. Auch wenn Scheinasylwerber keine Asylgründe haben oder im Asylverfahren lügen, haben sie jegliches Recht auf Schutz verwirkt und müssen als Asylbetrüger verurteilt und rigoros abgeschoben werden.

■ AKTION SCHARF GEGEN SCHEINEHEN UND SCHWARZARBEIT

Scheinehen und Identitätsbetrug sind weit verbreitet. Durch Heirat erwirkte Aufenthaltstitel müssen daher gründlich überprüft und bei Bedarf aufgehoben werden. Ebenso ist entschieden gegen die von Schleppern organisierte Schwarzarbeit von Ausländern vorzugehen.

■ FREMDEN-SCHNELLGERICHTSHOF ENTSCHEIDET ÜBER AUFENTHALTSRECHT

Fremde, insbesondere abgelehnte Asylwerber, legen unsere Höchstgerichte (Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshof) mit immer neuen Eingaben lahm, die sie häufig mit Unterstützung von Asyl-NGOs einbringen. Wir Freiheitliche plädieren daher für die Schaffung eines Fremden-Schnellgerichtshofs, der das Aufenthaltsrecht von Fremden abschließend klärt und feststellt, wer unter welchen Bedingungen bleiben darf und wer das Land zu verlassen hat.



„MINUS-ZUWANDERUNG“ IST DAS GEBOT DER STUNDE

■ FREMDENPOLITISCHEN KOMPASS AUF „NORD-SÜD“ DREHEN

Es ist kein Naturgesetz und der Gesellschaft auch keineswegs zuträglich, dass die Zahl der in Österreich lebenden Menschen kontinuierlich ansteigt. Die Einwanderung überwiegend unqualifizierter Fremder ist das schlechteste aller möglichen Mittel, die sinkende Geburtenrate unter den Österreichern auszugleichen. Die Leistungsträger im Land werden jedenfalls profitieren, wenn von den durch sie erwirtschafteten Steuern weniger Personen über unser Sozialsystem versorgt werden müssen. Daher sind die Bemühungen, illegal aufhältige Fremde außer Landes zu bringen, maximal zu erhöhen, während gleichzeitig bei der Zuwanderung strengste Maßstäbe dahingehend anzulegen sind, ob die Gesellschaft von ihren künftigen Mitgliedern profitieren kann.



“

BILDUNG UNSERER JUGEND – BEWUSSTSEIN FÜR SPRACHE, KULTUR UND GESUNDHEIT

Fernunterricht und Schulschließungen während der Corona-Zeit haben Schüler, Studenten und Lehrer vor große Herausforderungen gestellt. Der Mangel an direktem Kontakt hat sowohl den Lernerfolg als auch die soziale Entwicklung beeinträchtigt. Außerdem hatten nicht alle Schüler und Studenten gleichberechtigten Zugang zu digitalen Lernressourcen. Doch es gilt nicht nur, das durch überschießende Corona-Maßnahmen Versäumte

aufzuholen, sondern unser Bildungssystem grundlegend zu reformieren. Das Erlernen von Kernkompetenzen sowie eine auf das Berufsleben vorbereitende fachliche Ausbildung müssen im Mittelpunkt stehen. Bildung muss bis in den Hochschulbereich jedem Österreicher zugänglich sein. Unsere Schulen und Universitäten dürfen nicht länger Experimentierfelder für Genderwahnsinn und Wokismus sein.

RECHT AUF LEISTUNGSORIENTIERTE BILDUNG

■ HÖHERE LEBENSERWARTUNG DURCH GUTE BILDUNG

Gut ausgebildete Menschen haben meist besser bezahlte Arbeit und geben mehr Geld für qualitativ hochwertige Nahrung, sportliche Aktivitäten und Erholungsurlaube aus. Sie achten auf ihre Gesundheit und gehen eher zu Vorsorgeuntersuchungen als geringer Qualifizierte.

■ POSITIVES UND LEISTUNGSORIENTIERTES LERNUMFELD

Es ist von großer Bedeutung, Kindern beizubringen, dass ihre Leistung gefordert und auch wertgeschätzt wird. Sie werden so ermutigt, ihr Bestes zu geben und ihre Fähigkeiten zu entwickeln. In einem solchen Lernumfeld werden auch Fehler als Teil des Lernprozesses und als Chance zur Weiterentwicklung akzeptiert. Um die Aufmerksamkeit zu erhöhen, sollen Schüler ihre Mobiltelefone während des Unterrichts abgeben.

GEZIELTE FÖRDERUNG VON TALENTEN UND BEGABUNGEN

Das Bildungssystem sollte darauf abzielen, Talente zu fördern und maximale Leistungen zu fordern, anstatt gleiche Ergebnisse anzustreben. Ein differenziertes Bildungsangebot, das individuelle Begabungen und Interessen berücksichtigt, kann dazu beitragen, dass Schüler und Studenten ihre Fähigkeiten optimal entwickeln. Leistungsorientierte Stipendien und Förderprogramme können zusätzlich Anreize schaffen.

DEUTSCH IN DER SCHULE UND VOR DEM SCHULEINTRITT

Wesentlich ist, dass in unseren Schulen Deutsch gesprochen wird. Nur so kann ein sinnvoller Unterricht für alle Kinder stattfinden. Gerade der Familiennachzug hat das System in den Metropolen an einen Kippunkt gebracht. Daher fordern wir unverändert „Deutsch vor Schuleintritt“. Dabei haben unsere Kinder das Recht, die deutsche Sprache ohne ideologische Verbrämungen, insbesondere ohne „Gender-Experimente“, zu erlernen.

RESPEKT STATT MOBBING

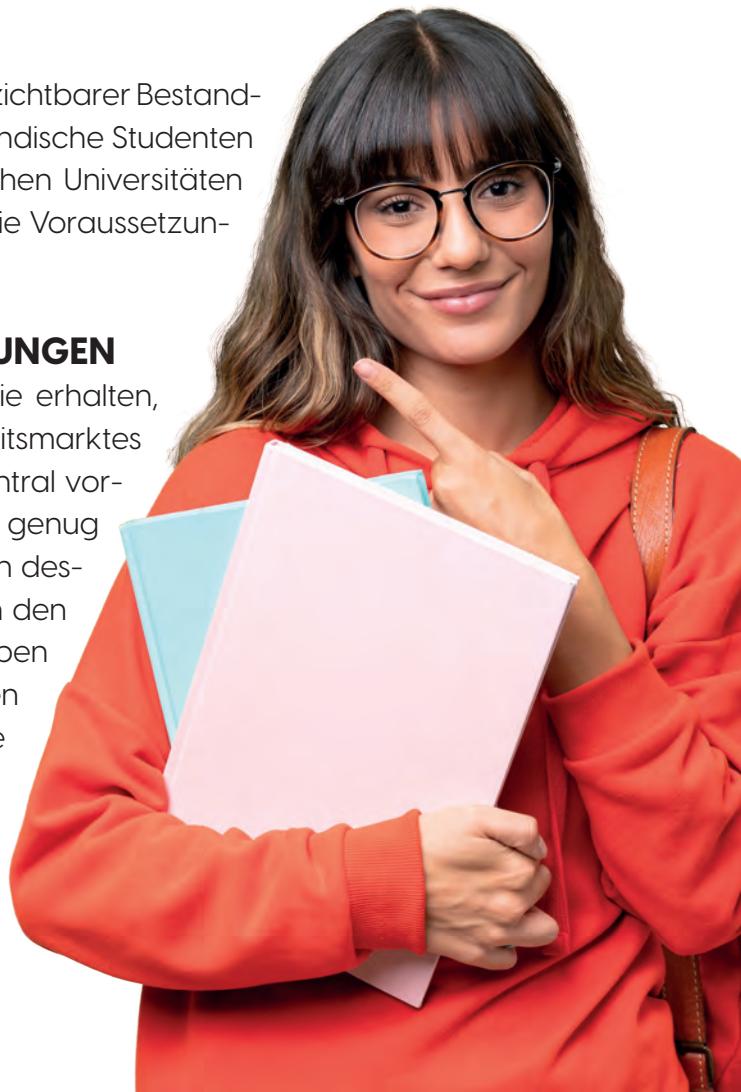
Vor allem aus Migrantenfamilien stammende Schüler haben ein massives Autoritätsproblem mit Lehrkräften. Es kommt immer wieder zu gewalttätigen Übergriffen. Schulen sollen als Orte des Respekts und des Miteinanders erlebt werden, in denen Gewalt und Psycho-terror keinen Platz haben. Gewalttätige Schüler müssen aus dem Klassenverband entfernt werden. Umgekehrt dürfen auch problematische Lehrer nicht einfach von Schule zu Schule weiterversetzt werden.

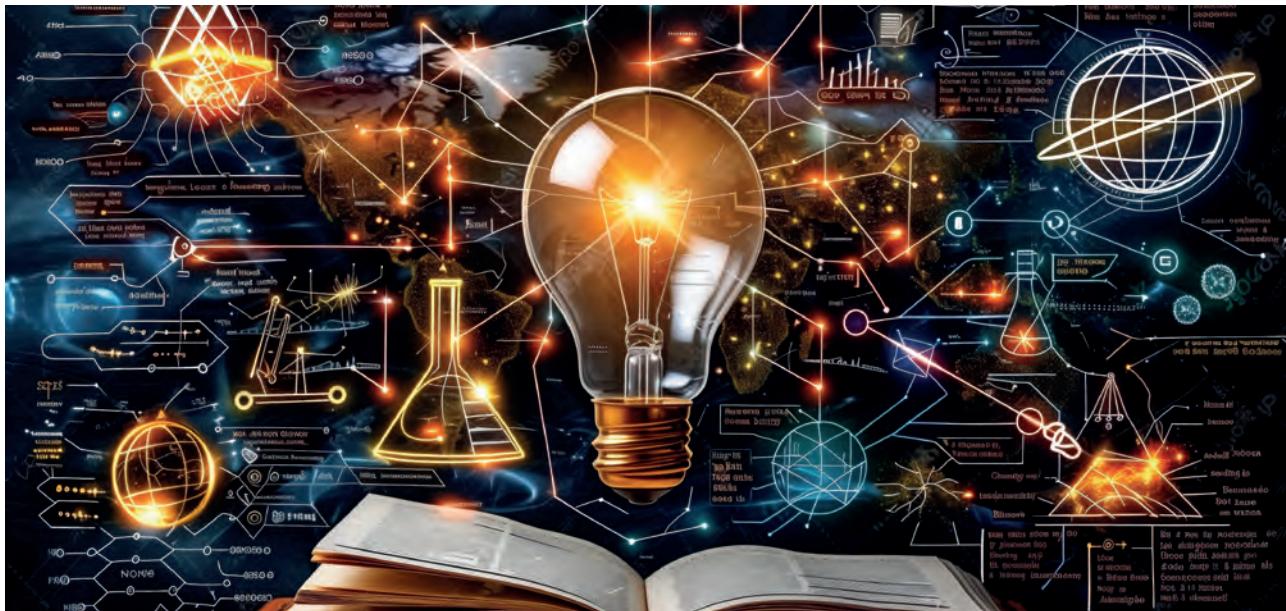
STUDIENPLÄTZE FÜR UNSERE BESTEN

Der freie Hochschulzugang ist für uns ein unverzichtbarer Bestandteil des österreichischen Bildungswesens. Ausländische Studenten sollten nur dann Zugang zu den österreichischen Universitäten erhalten, wenn sie auch in ihrem Heimatland die Voraussetzungen dafür erfüllen.

AUTONOMIE FÜR BILDUNGSEINRICHTUNGEN

Bildungsinstitutionen sollten größere Autonomie erhalten, um auf die spezifischen Bedürfnisse des Arbeitsmarktes besser reagieren zu können. Lehrpläne, die zentral vorgegeben werden, können meist nicht schnell genug auf neue Anforderungen eingehen und bergen deshalb die Gefahr, dass die erlernten Fähigkeiten den notwendigen Fähigkeiten im späteren Berufsleben nicht entsprechen. Schulen und Universitäten sollten daher in der Lage sein, ihre Lehrpläne so flexibel wie möglich zu gestalten. Dies ermöglicht eine praxisnahe Ausbildung, die den aktuellen Anforderungen des Arbeitsmarktes entspricht.





= VERMITTLUNG VON WISSEN STATT NEBULÖSER „KOMPETENZEN“ – BILDUNG ALS VORBEREITUNG AUF EIN SELBSTBESTIMMTES LEBEN IN EINER LEISTUNGSGESELLSCHAFT

Gerade angesichts sich schnell wandelnder Anforderungen der Wirtschaft soll in den Bildungseinrichten der Schwerpunkt auf die Vermittlung von Allgemeinwissen gelegt werden, anstatt sich auf die Entwicklung nebulöser Kompetenzen zu konzentrieren. Wer über eine hohe Allgemeinbildung verfügt, ist rasch in der Lage, neue Kompetenzen zu erwerben, wenn es die Situation erfordert.

= BILDUNGSZIELE STATT SCHULPFlicht

Wenn sich Eltern dazu entschließen, ihre Kinder selbst zu bilden, soll das weiterhin möglich sein. Politisch-ideologisch motivierte Einmischungen in dieses Recht sind nicht zulässig. Festgelegte Bildungsziele für die einzelnen Schulstufen sind nachzuweisen.

= ADMINISTRATIVE ENLASTUNG UNSERER LEHRER

Unsere Lehrer müssen immer mehr branchenfremde Aufgaben übernehmen. Das Ergebnis sind unzufriedene Pädagogen, die immer öfter den Beruf wechseln. Es braucht rasch genügend administrative Kräfte, damit eine ausgebildete Lehrkraft ihrem pädagogischen Auftrag nachkommen und unterrichten kann.

= STUDENTEN SIND KEIN ERSATZ FÜR GENÜGEND LEHRER

Bereits ein Drittel der Jugendlichen sind von den Auswirkungen des dramatischen Lehrermangels in Österreich betroffen: Sie werden zum Teil von unzureichend qualifiziertem Lehrpersonal unterrichtet, damit der Lehrbetrieb überhaupt aufrechterhalten werden kann. Unter anderem werden Studenten ohne abgeschlossenes Studium in die Schulklassen geholt. Das Schönreden der unhaltbaren Zustände in unserem Bildungssystem muss endlich ein Ende haben.

WEG MIT REGENBOGENKULT, GENDER- UND WOKE-WAHNSINN

■ IDEOLOGIEFREIE BILDUNG IN KINDERGARTEN UND SCHULE

Gender-Ideologie, Regenbogenkult und frühkindliche Sexualisierung haben in unseren Kindergärten und Schulen nichts verloren. Aktionen wie Lesungen von „Drag Queens“ versichern Kinder in ihrer Geschlechtsidentität – diese Transgender-Propaganda lehnen wir ausdrücklich ab.

■ MELDESTELLE GEGEN POLITISIERENDE LEHRER

Immer häufiger missbrauchen Lehrer ihre Tätigkeit für die politische Beeinflussung der Schüler, zumeist in Richtung des linken Mainstreams. Um die gebotene Neutralität im Unterricht zu gewährleisten, soll eine Meldestelle gegen politisierende Lehrer eingerichtet werden, die Verdachtsfälle eingehend untersuchen und notfalls Konsequenzen ziehen soll.

■ VERFASSUNGSBESTIMMUNG: ES GIBT NUR ZWEI GESCHLECHTER

Es ist völlig skurril, dass laut Meldegesetz die Auswahl zwischen sechs Geschlechtsbezeichnungen möglich ist. Biologisch gesehen gibt es zwei Geschlechter. Entsprechend wenige Menschen nehmen von der vom Verfassungsgerichtshof erzwungenen Möglichkeit Gebrauch, sich anders zu definieren (siehe ZAHLEN UND FAKTEN). Es braucht eine Klarstellung durch die Verfassung analog zum jüngsten Urteil des italienischen Verfassungsgerichts. Dieses hat die Anerkennung einer nicht-binären Geschlechtsidentität abgelehnt, weil auf der Zweigeschlechtlichkeit das gesamte Rechts- und Gesellschaftssystem aufgebaut ist.

ZAHLEN UND FAKTEN



ES GIBT NUR ZWEI GESCHLECHTER

Der Verfassungsgerichtshof zwang Österreich, neben „männlich“ und „weiblich“ auch weitere Geschlechtseinträge im Personenstandsregister zuzulassen. Davon macht jedoch nur eine verschwindende Minderheit Gebrauch. Mit Jahresbeginn 2024 bekannten sich 9.159.915 in Österreich lebende Menschen weiterhin dazu, Männer oder Frauen zu sein. Nur 78 wollten das nicht sein und deklarierten sich als „divers“ (23), „inter“ (5), „offen“ (7), machten keine Angaben (40) oder sind unbekannten Geschlechts (3).



■ NEIN ZUM GENDERZWANG – GENDERVERBOT IM ÖFFENTLICHEN BEREICH

Wir bekennen uns dazu, dass die deutsche Sprache der wichtigste Träger unserer Kultur ist. In Niederösterreich haben wir uns für die Paar-Bezeichnung entschieden (Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher), lehnen aber jede Verwendung des Binnen-I oder anderer skurriler Sonderzeichen ab. Es ist nicht einzusehen, dass Studenten schlechter benotet werden, weil sie die deutsche Sprache grammatisch richtig anwenden wollen.

■ WIR SPRECHEN DEUTSCH – ANGLIZISMEN VERMEIDEN

Unsere Zeit ist davon geprägt, krampfhaft deutsche Begriffe durch englischsprachigeersetzen zu wollen. Sogar im Nationalrat wurde jüngst ein Gesetz ohne jegliche sachliche Rechtfertigung mit einem englischen Titel versehen, obgleich unsere Amtssprache Deutsch ist. Es wäre gerade die Aufgabe des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, dieser schleichenden Verdrängung unserer Sprache entgegenzuarbeiten.

■ RETTET DEN FRAUENSPORT: KEINE TRANSGENDER-ATHLETEN ZULASSEN

Wir Freiheitliche setzen uns dafür ein, die Gesetzmäßigkeiten der Biologie einzuhalten. Wir werden uns daher daher bei den Sportfachverbänden und Sportvereinen dafür engagieren, dass inter- oder transsexuelle Athleten nicht bei Frauensport-Wettbewerben antreten dürfen. Dies dient dem Schutz der Chancengleichheit und gewährleistet, dass die sportlichen Leistungen von Frauen angemessen anerkannt und gefördert werden.



FACHLICHE AUSBILDUNG STATT PSEUDO-AKADEMISIERUNG

■ NEIN ZUR AKADEMISIERUNG ALLER LEBENSBEREICHE

Wir erleben seit Jahren eine sozial suggerierte und von der Politik befeuerte Abwertung der Lehre. Wer die Grundrechnungsarten und einfachste Umgangsformen beherrscht, schlägt lieber eine Akademikerlaufbahn ein. Das betrifft mittlerweile alle Branchen. Hinter einer wachsenden Flut hochtrabender Titel stecken jedoch oft eher fragwürdige Qualifikationen, gepaart mit wachsenden Ansprüchen der Absolventen an den Arbeitsmarkt.

■ FACHLICHE BILDUNG STATT POLITISCHER UMERZIEHUNG

Schüler fürchten um ihre Ausbildung und verlieren ihre Zukunftsperspektive, Eltern sorgen sich um die Zukunft ihrer Kinder: Unser Schulsystem steht an der Kippe. Wir wollen eine Bildungspflicht, die gewährleistet, dass Schüler am Ende ihrer Schullaufbahn ordentliche Kenntnisse im Lesen, Schreiben und Rechnen erlangen. Die Talente der Kinder, auch jene im musischen Bereich, müssen während ihrer Schulzeit entsprechend gefördert werden.

■ FACHARBEITER UND HANDWERKER SIND DAS RÜCKGRAT UNSERER WIRTSCHAFT

Wir sehen die Lösung des Fachkräftemangels nicht in der Arbeitsmigration. Es braucht eine Lehrlingsoffensive, die Lehre mit Matura erleichtert und die Jugendarbeitslosigkeit senkt. Unsere Jugend muss motiviert werden, einen Beruf zu erlernen. Gleichzeitig muss für Facharbeiter mehr Nettolohn vom Bruttobezug übrigbleiben – wir fordern eine Steuerentlastung in den Tarifstufen der mittleren Verdienste.



■ BEDARFSGERECHTE SCHWERPUNKTSETZUNG

Schulen sollen ihre Schwerpunkte so setzen, dass sie den Absolventen ein gutes Rüstzeug für das Berufsleben mitgeben. Beispielsweise soll die Vermittlung von elementarem Wissen in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT) bereits in den Volksschulen erfolgen. Höhere technische Lehranstalten (HTL) sind ein österreichisches Erfolgsmodell und sollen Jugendlichen daher besonders schmackhaft gemacht werden (siehe ZAHLEN UND FAKTEN).

ZAHLEN UND FAKTEN



ZU WENIGE MÄDCHEN ABSOLVIEREN EINE HTL

Die Höheren Technischen Lehranstalten (HTL) gelten als österreichisches Erfolgsmodell im Bildungssystem. Fast 25 Prozent der Reifeprüfungen werden in einer HTL abgelegt. Allerdings gibt es einen massiven Unterschied zwischen den Geschlechtern: Während 41 Prozent der Burschen ihre Matura in einer HTL machen, sind es nur 12,7 Prozent der Mädchen.

ANALOG UND DIGITAL – SCHULE MUSS BEIDES VERMITTELN

■ ANALOG STATT ANALPHABETISCH

Eines der großen Probleme an den heimischen Schulen sind die mangelnden oder fehlenden Sprachkenntnisse. Das Beherrschung der deutschen Sprache muss Voraussetzung für den Schuleintritt sein – sonst ist eine erfolgreiche Vermittlung der Grundkompetenzen Lesen, Schreiben, Rechnen und Sprechen nicht möglich.

■ KI-FÜHRERSCHEIN IN DER SCHULE

KI-Anwendungen gewinnen in rasantem Tempo an Bedeutung. Daher ist es immens wichtig, dass Schüler lernen, damit umzugehen, aber auch, sie kritisch zu hinterfragen. Für einen nachgewiesenen verantwortungsvollen Umgang könnten Lehrkräfte einen KI-Führerschein ausstellen. Es darf jedoch nicht passieren, dass die Kreativität durch übermäßigen und ungeregelten Einsatz von KI auf der Strecke bleibt – und damit auch die Freude am Lernen.

■ LEBENSLANGE WEITERBILDUNG FÜR LEHRER

Lehrkräfte sind gefordert, sich kontinuierlich über den aktuellen Stand der Technik und Wissenschaft zu informieren, um ihren Schülern aktuelles Wissen zu vermitteln. Wir sollten Lehrer dazu ermutigen, innovative Unterrichtsmethoden einzusetzen und digitale Ressourcen zu nützen, um den Schülern ein zeitgemäßes Lernerlebnis zu bieten.





KÖNNEN FÖRDERN STATT STAATSKÜNSTLER SUBVENTIONIEREN

■ KULTUR WEITERGEBEN STATT „CANCELN“

Kunst und Kultur in allen ihren Ausprägungsformen sind wesentliche Identitätsstifter unserer Gesellschaft. Unsere abendländische Kultur ist reichhaltig und vielfältig. Es gilt, die freie Weiterentwicklung unserer eigenen Kultur zu ermöglichen und unsere Muttersprache als wichtigstes kulturstiftendes Element zu schützen.

■ KULTURELLES ERBE SCHÜTZEN

Wir wollen, dass unser Geld für die Bewahrung der heimischen Kultur verwendet wird. Das abendländische Erbe Österreichs ist von Weltruhm und verdient die größte Wertschätzung. Künstler, die etwas können, sollen gefördert werden, nicht jedoch sogenannte Staatskünstler, die wenig mehr aufzuweisen haben als „die richtige Gesinnung“.

■ KRITISCH STATT KONFORM

Die Ausgaben für Kulturschaffende müssen dringend evaluiert werden. Es ist nicht einzusehen, dass Künstler, die sich während der Corona-Krise maßnahmenkritisch gezeigt haben, von der Kulturschickeria wie Aussätzige behandelt werden, während „woke Events“ wie der sogenannte „Song Contest“ oder die „Wiener Festwochen“ mit Zwangsabgaben finanziert werden. Nebst den ORF-Skandalgehältern muss daher auch die Förderpolitik kritisch unter die Lupe genommen werden.

■ LANDESKULTUR STÄRKEN

Das um knapp 50 Millionen Euro erhöhte Kulturbudget muss gerecht in allen Bereichen der österreichischen Kulturlandschaft verteilt werden. Es ist beschämend, dass in den Bereich Volkskultur gerade einmal 55.000 Euro fließen. Wir fordern eine sofortige Erhöhung der Förderungen aus Bundesmitteln zur Unterstützung heimischer Musikverbände, Chöre und Musikkapellen.

SPORT FÖRDERN HEISST GESUNDHEIT, WIRTSCHAFT UND NATIONALBEWUSSTSEIN FÖRDERN

■ MEHR EFFIZIENZ UND ENTPOLITISIERUNG DER SPORTFÖRDERUNG

Effektivität und Effizienz der Mittelvergabe müssen erhöht werden. Dazu trägt auch eine Entpolitisierung der Vergabestrukturen bei, die sicherstellt, dass die Fördermittel ausschließlich auf Basis von Leistung, Potential und Bedarf verteilt werden. Nötig ist auch die Einführung digitaler Plattformen zur Antragstellung und Abwicklung, die einen leichteren Zugang und eine bessere Übersicht über Fördermöglichkeiten bieten. Ein einheitliches, transparentes und leicht verständliches Fördersystem soll helfen, die Mittel gezielter einzusetzen und ihre Wirkung zu maximieren.

■ STANDARDISIERTE RAHMENBEDINGUNGEN FÜR ERFOLGE IM SPITZENSPORT

Die Schaffung standardisierter Rahmenbedingungen für den Spitzensport ist essenziell, um internationale Wettbewerbsfähigkeit und Erfolge zu fördern. Dazu gehören die Bereitstellung und Sicherstellung von adäquaten Trainingsbedingungen, finanzieller Unterstützung und wissenschaftlicher Begleitung. Ein besonderes Augenmerk muss auf der Nachwuchsförderung liegen, um talentierte Sportler frühzeitig zu identifizieren und systematisch aufzubauen.



■ SPORT-SPONSORING JEGLICHER ART STEUERLICH ABSETZBAR MACHEN

Um dem Vereinssterben entgegenzuwirken, soll das Sponsoring von Sportvereinen durch Privatpersonen und Unternehmen – auch ohne Nachweis des Werbewerts – als Betriebs- oder Sonderausgabe steuerlich absetzbar werden.

■ POTENTIALE DES SPORTS FÜR WOHLSTAND UND ZUSAMMENHALT NUTZEN

Sport hat das Potential, über die individuelle Gesundheitsförderung hinaus einen bedeutenden Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt und zum Wohlstand zu leisten. Sportliche Großereignisse sowie lokale Sportangebote stärken die Wirtschaft, fördern den Tourismus und schaffen Arbeitsplätze. Gleichzeitig fördert der Sport Werte wie Fairness, Teamgeist und Respekt und kann als integratives Mittel in der Gesellschaft fungieren. Um Österreich als führende Sportnation zu etablieren, ist eine gezielte Bewerbungsstrategie und der Aufbau einer ständigen Basisstruktur für die Ausrichtung von Sportgroßveranstaltungen notwendig.

“VERTEIDIGUNG UNSERER WERTE – KAMPF DEM POLITISCHEN ISLAM

Der radikale Islam stellt aktuell im Bereich der Zuwanderung die größte Gefahr für die Homogenität des Volkes dar. Er steht nicht nur in Konkurrenz zur traditionellen Religion des Christentums, sondern als Rechts- und Gesellschaftssystem auch im Widerspruch zu dem in Österreich gelebten politischen System

einer auf Grund- und Freiheitsrechten fußenden Demokratie.

Muslimen muss daher wie allen anderen Zuwanderern abverlangt werden, sich unserer Kultur und unserem Wertesystem unterzuordnen, anstatt Parallelgesellschaften zu bilden.

KEINE TOLERANZ GEGENÜBER DEN FEINDEN UNSERES STAATES

■ VERBOTSGESETZ GEGEN DEN POLITISCHEN ISLAM

Wir fordern ein Verbotsgebot gegen den politischen Islam, zumal die Rufe nach der Errichtung eines Kalifates in Europa immer lauter werden. Wer unsere demokratische Verfassung nicht respektieren will, sondern offen ihre Beseitigung verlangt, darf nicht mit Steuergeld subventioniert werden, sondern hat Österreich zu verlassen.



KAMPF DEN HASSPREDIGERN

■ SCHUTZ VOR UNTERWANDERUNG DURCH ISLAMISTISCHEN EXTREMISMUS

Der politische Islam lehnt die österreichischen Grundwerte von Freiheit und Demokratie ab. Die damit verbundene Unterwanderung unserer Gesellschaft mit Parallel- und Gegengesellschaften dürfen wir nicht hinnehmen und müssen mit voller Entschlossenheit dagegen vorgehen.

■ AKTIONSPLAN GEGEN ÖFFENTLICHE FÖRDERUNGEN UND BEWILLIGUNGEN ISLAMISTISCHER EINRICHTUNGEN

Es kann nicht sein, dass religiöse Einrichtungen und Vereine gefördert werden, deren Zielsetzungen der Demokratie und dem Rechtsstaat zuwiderlaufen. Derartigen Einrichtungen sind rigoros Bewilligungen zu entziehen und Förderungen zu streichen. Dazu bedarf es einer engen Zusammenarbeit zwischen Kultusamt, Polizei- und Verfassungsschutzbehörden und den einzelnen Stellen, die Förderungen vergeben. Um diesem Zweck gerecht zu werden, ist auch eine Verschärfung des Islamgesetzes dringend geboten.

■ KEIN KULTURKAMPF IM KLASSENZIMMER

Hassprediger haben in unserem Land nichts zu suchen und schon gar nicht in unseren Schulen. Wer mit Lehrerinnen ein Problem hat oder meint, unsere Schulen als Verkündungsstätte einer totalitären Gesinnung missbrauchen zu können, genießt nicht länger unsere Gastfreundschaft. Koranschulen als parallelgesellschaftliche Bildungseinrichtungen sind generell zu verbieten.

SCHUTZ VON FRAUEN UND MÄDCHEN

■ RESPEKT GEGENÜBER FRAUEN UND GLEICHBERECHTIGUNG DER GESCHLECHTER

Die Selbstbestimmung von Mädchen und Frauen ist eine wesentliche Errungenschaft des aufgeklärten Europas. Ein kultureller Rückschritt, wie ihn die Islamisierung mit sich bringt, bedeutet Fremdbestimmung und den Ausschluss aus dem gleichberechtigten Bildungs- und Berufsleben. Die vornehmste Aufgabe des Feminismus müsste es daher sein, klar gegen die Islamisierung Europas aufzutreten.

■ KAMPF GEGEN KOPFTUCH, ZWANGSEHEN UND GENITALVERSTÜMMELUNG

Sämtliche archaische Erscheinungsformen des frauenfeindlichen Gedankenguts im Islam müssen bekämpft und streng bestraft werden. Dazu zählen insbesondere Zwangsehen und Genitalverstümmelung, aber auch der Ausschluss von Frauen aus dem Berufs- und Gesellschaftsleben. Kopftuch, Burka und Niqab sind ebenfalls Formen der Unterdrückung und daher in allen staatlichen Bereichen zu verbieten.





HOMOGENITÄT, NICHT HEGEMONIE EINER FREMDEN KULTUR

■ VERSCHÄRFUNG DES STAATSBÜRGERSCHAFTSRECHTS

Die Zahl der Muslime in Österreich ist innerhalb von vierzig Jahren geradezu explodiert (siehe ZAHLEN UND FAKTEN). Die insbesondere aus muslimisch geprägten Ländern anhaltende Massenzuwanderung ist daher zu stoppen. Zusätzlich ist das Staatsbürgerschaftsrecht zu verschärfen. Für Asylberechtigte darf es keinen Zugang zur Staatsbürgerschaft mehr geben, denn Asyl ist immer Schutz auf Zeit.

ZAHLEN UND FAKTEN



ZAHL DER MUSLIME IN 40 JAHREN VERZEHNFACHT

In Österreich leben immer mehr Muslime. Bekannten sich 1981 noch 76.900 Menschen zum Islam, so verzehnfachte sich die Zahl bis 2021 auf 745.600 Personen, was einem Anteil von 8,3 Prozent der Gesamtbevölkerung entspricht. In Wien kam es ebenfalls zu einer Verzehnfachung, wobei 284.900 Muslime bereits 14,8 Prozent der Wohnbevölkerung ausmachen.

■ KONSEQUENTE REMIGRATION NACH SYRIEN, AFGHANISTAN ETC.

Insbesondere seit den Jahren 2015/16 kommt ein überwiegender Teil der Asylwerber aus den islamischen Ländern Syrien und Afghanistan. Die Fluchtgründe sind überwiegend nicht mehr vorhanden, Abschiebungen steht daher nichts im Wege. In diese beiden Länder müssen daher Remigrations-Schwerpunkte gesetzt werden, wobei mit jenen Personen zu beginnen ist, die sich jeder Integration widersetzen und Österreich nicht nur als soziale Hängematte, sondern auch für diverse kriminelle Aktivitäten missbrauchen, darunter schwerste Straftaten wie Mord und Vergewaltigung bis hin zu offen ausgetragenen Bandenkriegen.

SOLIDARITÄT

Der vierte Aspekt der Freiheit ist die Solidarität. Sie entwickelt sich auf der Grundlage der individuellen Freiheit, in den eigenen Handlungen nicht nur das eigene Interesse zu berücksichtigen, sondern auch das Wohlergehen der eigenen Familie, der Dorfgemeinschaft, letztlich der gesamten Gesellschaft. Die Freude am Schaffen, am Bauen und Sichern war und ist die Basis dieses Handelns der Gesellschaft. Aber wieder gilt: Diese Freude ist eine Freude der Freiheit. Der Freiheit der Entscheidung, es zu tun, und der Freiheit, die sich aus diesem Tun ergibt. Der Ordnungs- und Schutzrahmen ist hier nicht errichtet, um Menschen in ihrer Freiheit einzuschränken, sondern um die Freiheit des Einzelnen und der Gesellschaft zu maximieren.

Solidarität setzt ein Gefühl der Verbundenheit mit jenen voraus, denen sie zuteil wird. Man

hilft Verwandten und Bekannten, man unterstützt die eigenen Nachbarn. Nicht umsonst trägt eine bekannte ORF-Spendenaktion den Namen „Nachbar in Not“, selbst wenn das gesammelte Geld Menschen am anderen Ende der Welt zugutekommt.

Diese Perspektive wird auch im Umgang der Österreicher mit Flüchtlingen sichtbar: Während es 1956 (Ungarn), 1968 (Tschechien) und zuletzt 1989 vor dem Zusammenbruch der DDR freie Entscheidungen der Menschen waren, zu helfen – und sich damit das Gefühl von Glück und Freude, geholfen zu haben, einstellte –, war es 2015 die Entscheidung der deutschen Kanzlerin, dem Druck der Massenzuwanderung zu weichen und Europas Grenzen willenlos zu öffnen. Die Folgen dieser fatalen Entscheidung überfordern die Solidarität der Österreicher bei Weitem.



‘ ALLES FÜR UNSERE KINDER

Die Entscheidung für Familie und Kinder darf nicht zu persönlichen, finanziellen oder beruflichen Nachteilen führen. Wir möchten ein breites Angebot schaffen, um Kinder in unse-

rer Gesellschaft willkommen zu heißen und Eltern unter die Arme zu greifen, damit die Familie ein Ort sein kann, wo Kinder ungezwungen und behütet aufwachsen.

TRADITIONELLES FAMILIENBILD VERTEIDIGEN

■ FAMILIE ALS FUNDAMENT UNSERER GESELLSCHAFT STÄRKEN

Zukunftsweisende Familienpolitik ist verantwortlich für das harmonische Zusammenleben beider Geschlechter und aller Generationen, denn die Familie bildet das Fundament unserer Gesellschaft. Sie gibt Halt, Sicherheit und Geborgenheit. Daher soll die Entwicklung, dass immer weniger Kinder geboren werden, gestoppt werden (siehe ZAHLEN UND FAKTEN). Unsere Kinder werden in unterschiedliche Lebensrealitäten hineingeboren. Sie und ihre Eltern brauchen für besondere Situationen ein breites Spektrum an Unterstützung und Förderung. Die Betreuung von Kindern in familiärer Geborgenheit wird von uns staatlichen Ersatzmaßnahmen vorgezogen, wohl wissend, dass dies nicht immer möglich und daher die Bereitstellung von Alternativen unumgänglich ist.

ZAHLEN UND FAKTEN



IMMER WENIGER KINDER PRO FAMILIE

Österreichs Familien bekommen immer weniger Kinder. Dabei setzt sich der Trend vorangegangener Generationen fort. Wer als Einzelkind aufgewachsen ist, bleibt zu 55 Prozent kinderlos oder hat selbst nur ein Kind. Wer hingegen mit Geschwistern aufgewachsen ist, gründet mit 57-prozentiger Wahrscheinlichkeit selbst eine Familie mit mindestens zwei Kindern.





KINDERBETREUUNG SICHERSTELLEN

■ VEREINBARKEIT VON FAMILIE UND BERUF ERMÖGLICHEN

Eine echte Familienpolitik hilft Familien spürbar und verleiht damit der Gesellschaft langfristig Stabilität. Berufstätigen Eltern müssen hochwertige und leistbare Kinderbetreuungsangebote zur Verfügung gestellt werden, welche auf die Bedürfnisse der Familie ausgerichtet sind. Wir stehen für eine echte Wahlfreiheit für Familien bei der Betreuung ihrer Kinder: Nicht nur die Fremdbetreuung, sondern auch familieninterne und generationenübergreifende Kinderbetreuung soll finanziell unterstützt werden. Wer seine Kinder bis zum Eintritt in das Pflichtschulalter zu Hause betreut, bekommt diese Zeit pensionstechnisch angerechnet.

■ KINDERBETREUUNGSANGEBOTE 24/7 IM GANZEN LAND

Um sich das Leben leisten zu können, sind viele Mütter darauf angewiesen, zu arbeiten. Es sollte daher eine Selbstverständlichkeit sein, dass während der üblichen Arbeitszeit Kindergärten flächendeckend vorhanden und geöffnet sind. Dort, wo außerhalb der üblichen Arbeitszeit gearbeitet werden muss, zum Beispiel in Spitäler, soll der Betrieb eine Kinderbetreuung anbieten.

JUNGEN ELTERN FINANZIELL UNTER DIE ARME GREIFEN

■ STEUERENTLASTUNGEN ALS ANREIZ FÜR JUNGE FAMILIEN

Mit der Gründung einer Familie sind viele existenzielle Sorgen verbunden. Wir wollen zukünftigen Jungfamilien das Ja zur Familie erleichtern und eine proaktive Familienpolitik betreiben, mit konkreten Steuerentlastungen für Verheiratete. Junge Menschen sollen überdies zu Beginn ihres Berufslebens von Steuern entlastet werden, um finanziellen Spielraum für die Familiengründung zu schaffen.



RESPEKT FÜR DIE ÄLTERE GENERATION

Um das Leben möglichst lange in Gesundheit und Selbstbestimmung genießen zu können, müssen punktgenaue präventive Maßnahmen für die Zielgruppe der Älteren in den Mittelpunkt gerückt werden. Dazu zählen die Vermeidung

körperlicher und psychischer Erkrankungen, die Erhaltung der körperlichen und geistigen Leistungsfähigkeit sowie einer aktiven, selbständigen Lebensführung und die Aufrechterhaltung eines angemessenen Unterstützungssystems.

PFLEGE MIT LIEBE

IN WÜRDE ALTERN

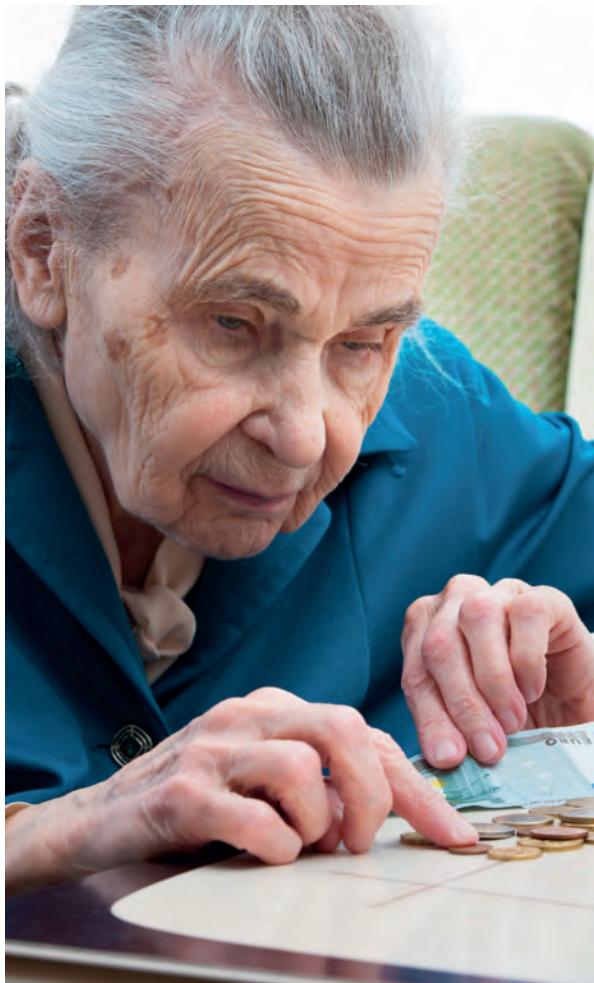
Die Selbständigkeit und Selbstbestimmtheit älter werdender Menschen soll so lange wie möglich erhalten werden. Technische Hilfsmittel wie Rollatoren, alle Arten von Haltegriffen und Aufstehhilfen sowie Assistenzsysteme wie Hausnotrufe helfen dabei, ein langes Leben im vertrauten Umfeld zu sichern.

PFLEGE DAHEIM VOR STATIONÄR

Die vertraute Umgebung ist gerade für ältere Menschen wichtig und sollte so lange wie möglich erhalten werden. Mobile Dienste, 24-Stunden- oder Tagesbetreuungsmodelle unterstützen beim Leben zuhause und müssen weiter ausgebaut werden.



MENSCHENWÜRDIGE PENSIONEN SICHERSTELLEN



■ FAIRE PENSIONSERHÖHUNGEN

Menschen mit einer kleinen Pension sind von Teuerung, Inflation und hohen Energiekosten besonders betroffen. Anstatt angemessen zu reagieren und die Pensionen über das gesetzliche Mindestmaß hinaus zu erhöhen, gefährdet die aktuelle Regierung Existenz und treibt unsere Mindestpensionisten immer weiter in die Verarmung.

■ PENSIONSRAUB DURCH ALIQUOTIERUNG ABSTELLEN

Es hängt vom Pensionsantrittsmonat ab, um wie viel der Ruhensbezug im ersten Pensionsjahr erhöht wird: Nur wer im Jänner in Pension geht, erhält im darauffolgenden Jahr 100 Prozent der festgelegten Anpassung; danach wird es schrittweise weniger. Die Regierung hat zwar beschlossen, die Aliquotierung auszusetzen, aber nur für 2024 und 2025. Die Regelung stellt aber eine lebenslange Pensionskürzung dar, von der besonders Frauen betroffen sind.

■ ZUVERDIENST VON PENSIONISTEN ATTRAKTIV GESTALTEN

Eine schnell wirksame Maßnahme gegen den dramatischen Arbeitskräfte- und Fachkräftemangel könnte sein, Menschen länger im Erwerbsleben zu halten. Viele Senioren sind gesundheitlich dazu in der Lage und verspüren noch die nötige Tatkraft, um länger im Arbeitsleben zu verbleiben. Ihr Einsatz soll entsprechend belohnt werden. Für jene, die über das gesetzliche Pensionsantrittsalter hinaus arbeiten oder etwas dazuverdienen möchten, muss sich das aber auch auszahlen. Wir fordern daher einen steuerlichen „Pensionszuverdienst-Bonus“, eine Befreiung von Beiträgen zur Sozialversicherung und eine Reduzierung der Arbeitgeberbeiträge.

■ FÖRDERUNG DER BETRIEBLICHEN UND PRIVATEN PENSIONSVORSORGE

Um sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer zu ermutigen, über die gesetzliche Säule hinausgehende Altersvorsorge zu betreiben, bedarf es gezielter steuerlicher Anreize: Erhöhung des Freibetrages für Zukunftssicherungsmaßnahmen des Arbeitgebers für seine Arbeitnehmer, Senkung der Versicherungssteuer für Lebensversicherungen und Pensionskassen, Einführung eines gesperrten und steuerfreien Vorsorgedepots für die Altersvorsorge.

GESELLSCHAFTLICHE TEILHABE GEWÄHRLEISTEN

■ LEBENSERFAHRUNG DER ÄLTEREN GENERATION NUTZEN

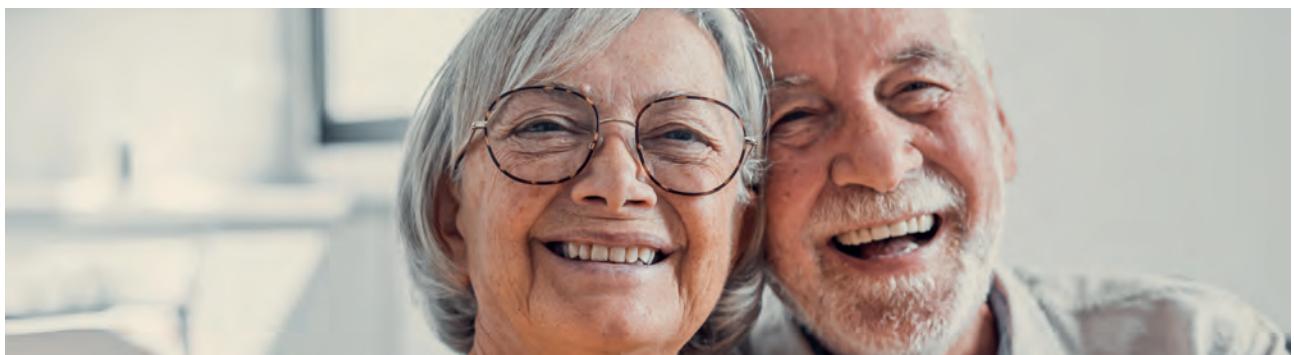
Je entwickelter ein Land, desto höher ist die Lebenserwartung: Sie hat sich seit dem 19. Jahrhundert in Europa in etwa verdoppelt. Viele Senioren engagieren sich nach dem Ende des Arbeitslebens in einer Freiwilligenarbeit und tragen dabei nicht nur zum Funktionieren unserer Gesellschaft bei, sondern auch zu ihrer eigenen körperlichen und geistigen Gesundheit. Wir müssen diese Menschen bestmöglich unterstützen und fördern.

■ GENERATIONEN ZUSAMMENFÜHREN

Um den Austausch zwischen Jung und Alt zu fördern und damit die Isolation älterer Menschen zu verhindern, braucht es gemeinsame Projekte, bei denen Jugendliche den Älteren zuhören und ihnen helfen, dabei aber genauso von der Erfahrung und den Geschichten der Großeltern-Generation profitieren. Solche Berührungspunkte bieten Schulen, Vereine oder lokale Gemeinschaftsinitiativen wie Generationensportfeste, die deshalb unterstützt und gefördert werden sollten.

■ KAMPF GEGEN JEDE FORM DER ALTERSDISKRIMINIERUNG

Die ältere Generation muss vor jeder Art von systematischer Diskriminierung geschützt werden. Das betrifft etwa die Ungleichbehandlung bei der Vergabe von Krediten, aber auch Versuche, die Gültigkeit des Führerscheins für Senioren zu begrenzen. Auch dürfen ältere Menschen nicht bei der zunehmenden Digitalisierung auf der Strecke bleiben.



ANALOGE WELT BEIBEHALTEN

■ RESPEKT VOR DEM LEBEN OHNE INTERNET

Wir müssen Menschen davor schützen, im Zuge der fortschreitenden Digitalisierung aus dem öffentlichen Leben ausgesperrt zu werden, weil sie weder Smartphone noch Computer nutzen oder nicht alles über Apps abwickeln möchten. Wir treten deshalb für das Recht auf ein analoges Leben ohne strukturelle Nachteile ein. Es ist unerlässlich, dass Menschen, die das Internet nicht nutzen wollen oder können, auch analoge Zugangswege vor allem zur öffentlichen Verwaltung oder zu Bürgerdiensten haben. Das betrifft hauptsächlich, aber nicht nur die ältere Generation: Wir dürfen uns nicht zu Sklaven der digitalen Entwicklung degradieren lassen. Es muss möglich bleiben, auch ohne Smartphone an der modernen Gesellschaft teilhaben und seinen Alltag bestreiten zu können.



‘

UMVERTEILUNG MIT VERANTWORTUNG

Die Österreicher sind für ihre Hilfsbereitschaft bekannt. Sie leisten hunderte Millionen ehrenamtliche Arbeitsstunden. Und sie sind auch bereit, von ihrem Arbeitseinkommen einen

Beitrag dafür zu leisten, dass es Menschen, die unverschuldet in Not geraten sind, wieder besser geht. Diese Solidarität darf jedoch nicht ausgenutzt werden.

KEINE UMVERTEILUNG INS SYSTEM, SONDERN ZU DEN MENSCHEN

■ KEINE ZWANGSMITGLIEDSCHAFT

Wir sind gegen jede Art von Zwangsmitgliedschaft und treten daher für die Möglichkeit eines Opting-out von der Pflichtmitgliedschaft bei Wirtschaftskammer und Arbeiterkammer ein. Auch die Österreichische Hochschülerschaft sollte diese Möglichkeit für die Studierenden verankern.

■ LEISTBARE STEUERN UND ABGABEN

Österreich gilt als Höchststeuerland, und die Abgabenquote steigt kontinuierlich. Dadurch werden nicht nur das verfügbare Einkommen und die individuelle Kaufkraft künstlich verringert, sondern auch der Vermögensaufbau erschwert. Wir fordern ein Ende der Steuerungerechtigkeit: Abschaffung der CO₂-Strafsteuer, echte und vollständige Abschaffung der kalten Progression, Abschaffung der ORF-Zwangsteuer und eine Valorisierung des Pendlerpauschales und des amtlichen Kilometergelds.

KEINE NEUEN STEUERN – EINFACHES UND FAIRES STEUERRECHT

Wesentliches Prinzip jeder Umgestaltung des Steuersystems muss es sein, dass keine neuen Steuern eingeführt werden – keine Erbschafts- und Schenkungssteuern, keine Vermögenssteuern, keine „Häuselbauersteuer“! Das Steuerrecht muss insgesamt einfacher und gerechter werden. Es bedarf einer Entbürokratisierung des Steuerrechts und einer Neukodifizierung des Einkommensteuergesetzes. Steuerentlastungen darf es nur für Steuerzahler geben.

FÖRDERUNG DES UNTERNEHMERTUMS

Niedrige Steuern und Leistungsanreize sind Voraussetzung für ein erfolgreiches Wirtschaften und einen gesunden Arbeitsmarkt. Sie sind Subventionen und Umverteilung vorzuziehen. Anstatt ihnen bürokratische Hürden in den Weg zu legen, sollten die österreichischen Jungunternehmer Starthilfen und Steuererleichterungen erhalten.

VOLLE HÄRTE GEGEN STEUERBETRÜGER

Die fleißigen Bürger möglichst gering zu besteuern ist ein Ziel, das nur erreicht werden kann, wenn der Druck auf jene, die den Staat betrügen, maximal erhöht und die Schlupflöcher geschlossen werden. Es bedarf dazu entschlossener Maßnahmen gegen Steuerbetrug und grenzüberschreitende Steuervermeidungsstrategien, einer Bekämpfung des illegalen Glücksspiels und als Grundvoraussetzung einer besseren Ausstattung und personeller Aufstockung der Finanzpolizei.

EU-ZAHLUNGEN NUR DANN, WENN DIE EU IHRE AUFGABEN ERFÜLLT

Österreich überweist jährlich rund 3,6 Milliarden Euro an EU-Beiträgen und erhielt als Nettozahler zuletzt 1,13 Milliarden Euro weniger zurück. Trotz des ständig steigenden EU-Budgets scheitert die EU bei wesentlichen Aufgaben – etwa beim Schutz der EU-Außengrenzen. Die Folge ist ein anhaltender Zustrom illegaler Einwanderer, von dem Österreich weit überproportional betroffen ist. Die dafür anfallenden Kosten sollen daher vom EU-Beitrag in Abzug gebracht werden, solange diese wesentliche Aufgabe durch die Europäische Union nicht gelöst ist.



UNSER GELD FÜR DIE, DIE HILFE WIRKLICH BRAUCHEN

■ PREISDECKEL UND MEHRWERTSTEUERSENKUNGEN

ALS SCHUTZ VOR HOHER INFLATION

Die massive Teuerung der letzten Jahre hat insbesondere geringverdienende Haushalte in die Armut getrieben und stellt auch Durchschnittsverdiener vor beträchtliche Herausforderungen. Inflation muss – anders als von der gescheiterten Regierung betrieben – grundsätzlich bei den Preisen bekämpft werden. Es braucht in Phasen galoppierender Inflation Preisdeckel bei Grundnahrungsmitteln, Energie und Treibstoffen sowie die konsequente Aussetzung von Mieterhöhungen. Auch die Mehrwertsteuer auf Grundbedürfnisse muss gesenkt werden.

■ KEIN „HELIKOPTERGELD“ – ABSCHAFFUNG DES KLIMABONUS

Insbesondere in den letzten Jahren gefiel sich die Regierung als Verteiler von Geldbeträgen an alle Bürger, ohne die Ursachen der massiven Teuerung systematisch zu bekämpfen. Diese Strategie ist völlig untauglich. Unterstützung soll jenen zuteil werden, die ihrer bedürfen. Auch der Klimabonus als völlig sinnentleerte Umverteilung des den Bürgern durch die CO₂-Steuer aus der Tasche gezogenen Geldes soll umgehend eingestellt werden.

■ RECHTSANSPRUCH AUF SCHNELLE HILFE UND FINANZIELLE ENTSCHEIDIGUNG IM KATASTROPHENFALL

Zahlreiche Bürger sind in den letzten Jahren völlig unschuldig zu Opfern von Naturkatastrophen geworden. Ob Erdrutsch, Überflutung, Sturm oder Hagel: Der Staat steht in der Verantwortung, rasche Hilfe bereitzustellen und die entstandenen Schäden zu ersetzen. Ein Rechtsanspruch auf Hilfe und Schadenersatz soll daher unabhängig von der Dotierung allfälliger Katastrophenfonds oder sonstiger Hilfstöpfe eingeführt werden.

■ EHRENAMT NICHT NUR BEKLATSCHEN, SONDERN AUCH FÖRDERN

Das ehrenamtliche Engagement in Österreich ist außergewöhnlich und genießt in der Bevölkerung viel Vertrauen und hohes Ansehen. Es ist ein wichtiger Bestandteil unserer Gesellschaft und trägt zum Zusammenhalt innerhalb einer Gemeinde bei. Ohne die Leistungen der freiwilligen Helfer in allen Blaulichtorganisationen wäre eine Bewältigung von Katastrophen aller Art nicht möglich. Österreichs Feuerwehren, Rettungsorganisationen, Berg-, Flug- oder Wasserrettung dürfen nicht als eine Selbstverständlichkeit angesehen werden, sondern müssen bestmöglich unterstützt und gefördert werden. Es ist hoch an der Zeit, dass eine angemessene Regelung zum Rechtsanspruch auf Entgeltfortzahlung für Helfer geschaffen wird sowie eine Steuerbegünstigung („Freiwilligen-Bonus“) für Ehrenamtliche (Angehörige von Blaulichtorganisationen, Sportfunktionäre, Milizsoldaten, etc.) eingeführt wird. Außerdem braucht es bei möglichen Rechtsstreitigkeiten nach einem Einsatz ein Sicherheitsnetz für die Freiwilligen.



FREIHEIT VON BÜROKRATIE UND REGULIERUNGSWAHN

= STAATLICHE VERWALTUNG MUSS IN ERSTER LINIE SERVICE FÜR DIE BÜRGER BIETEN

Der Staat hat als Verwaltung eine Serviceeinrichtung für die einzelnen Bürger zu sein. Diese haben ein Recht auf umfassende Information – beispielsweise auch über sämtliche Möglichkeiten, Hilfe und Förderungen zu erhalten. Dafür eignen sich besonders die Gemeindeämter. Für komplexere Anliegen – etwa von Unternehmen – haben spezialisierte Stellen eingerichtet zu werden. Der Staat hat bei sich selbst Effizienz und Sparsamkeit in allen Bereichen zu leben und möglichst wenig an Ressourcen für sich selbst aufzufressen.

= BÜROKRATIEABBAU JETZT!

Die umfangreiche Bürokratie und die Vielzahl an regulatorischen Hürden stellen eine erhebliche Belastung für Unternehmen dar. Verwaltungsprozesse sind in vielen Fällen komplexer und zeitaufwändiger als in anderen Ländern. Die überbordende Bürokratie ist Ausdruck eines allgemeinen Misstrauens gegenüber den Bürgern und muss schleunigst beseitigt werden. Allgemein sollten bürokratische Prozesse auf ihre Notwendigkeit hin untersucht werden, und zwar unter Abwägung des Nutzens und der Kosten (auf staatlicher sowie auf privatwirtschaftlicher Ebene). Jedes Gesetz sollte anstatt auf „Gendergerechtigkeit“ auf seinen Beitrag zum Bürokratieabbau hin überprüft werden. Um konsequent auf dieses Ziel hinzuarbeiten, schlagen wir ein jährliches Bürokratieabbaugesetz – als Teil des Budgetbegleitgesetzes – vor.

= EFFIZIENZSTEIGERUNG DURCH DEREGULIERUNG

Überflüssige und veraltete Regulierungen sollten abgeschafft oder modernisiert werden, um Unternehmen mehr Spielraum für Innovationen und Wachstum zu geben. Die Gewerbeordnung wäre in dem Zusammenhang ein erster Ansatzpunkt. Auch die Idee, für jede neu geschaffene Regulierung (mindestens) zwei Regulierungen abzuschaffen, kann eine dringend notwendige Deregulierung befeuern.

= SCHLUSS MIT DER SCHÄDIGUNG UNSERER WIRTSCHAFT DURCH EU-REGULIERUNGSWUT

Unsere Wirtschaft leidet unter der erdrückenden EU-Überregulierung. Regelungen wie die extrem berichtsintensiven ESG-Kriterien oder die EU-Taxonomie, ein Klassifizierungssystem für „grünes“ Wirtschaften, mit Hilfe dessen Investitionen in Richtung Nachhaltigkeit gelenkt werden sollen, haben uns in ein Korsett aus administrativen Zwängen gesteckt, das Innovation und wirtschaftliche Entwicklung erstickt und uns mit unnötigen Kosten belastet. Wir fordern eine sofortige Überprüfung und drastische Vereinfachung der bestehenden EU-Vorschriften. Klare, pragmatische und flexible Regelungen fördern die wirtschaftliche Freiheit und unternehmerische Initiative. In der Region weiß man am besten, was für eine erfolgreiche Standortpolitik notwendig ist.



■ VEREINFACHUNG VON UNTERNEHMENSGRÜNDUNGEN UND UNTERNEHMENSÜBERGABEN

Unternehmensgründungen sind in Österreich im europäischen Vergleich sehr bürokratisch und mit vielen Hürden verbunden. Die Gründung von Unternehmen sollte so einfach und schnell wie möglich gestaltet werden, ähnlich wie in Estland. Digitale Anmeldeverfahren und eine zentrale Anlaufstelle für Gründer können den Prozess erheblich beschleunigen. Aber auch Unternehmensübergaben müssen entbürokratisiert und von der Grunderwerbsteuer entlastet werden (Erhöhung des Freibetrages).

WIR WOLLEN FÜR UNSERE ZUKUNFT, NICHT FÜR DEN UNTERRAUM ZAHLEN

■ SCHUTZ DER ÖSTERREICHER VOR ÜBERFÜLLUNG UNSERER HEIMAT

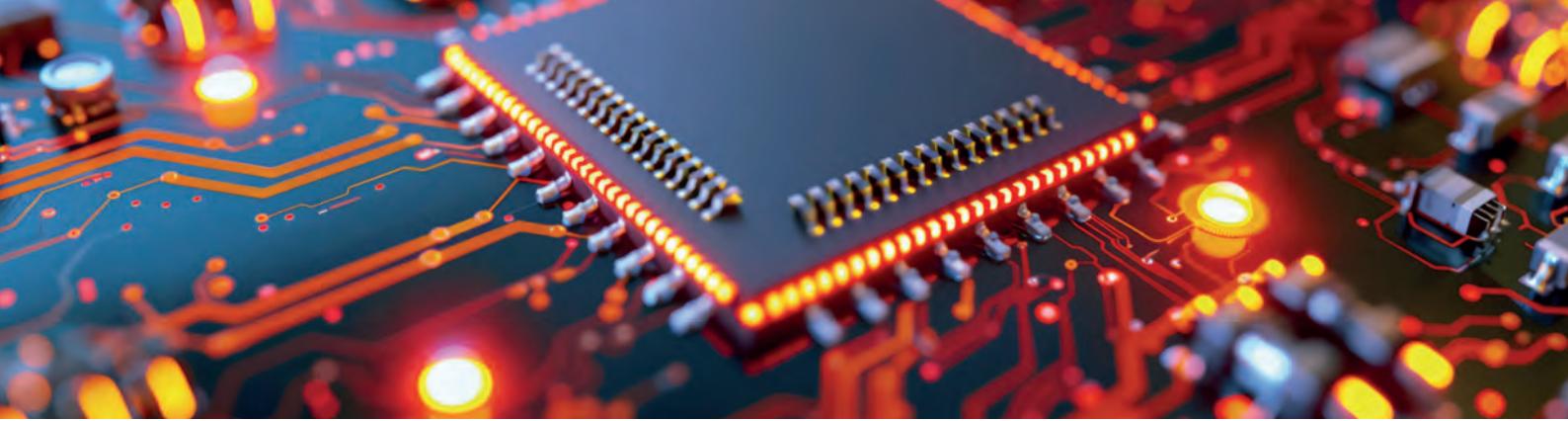
Die Zahl der in Österreich lebenden Menschen wächst dynamisch an. 1960 lebten rund sieben Millionen Menschen im Land, vierzig Jahre später im Jahr 2000 acht Millionen und nur weitere zwanzig Jahre später im Jahr 2020 schon beinahe neun Millionen. Für den Zuwachs ist zuletzt Zuwanderung praktisch allein verantwortlich – mit einem großen Anteil illegaler Zuwanderung. Die Folgen sind nicht nur für unser Sozialsystem dramatisch, sondern auch für die Umwelt. Die berechtigte Klage über die massive Bodenversiegelung ist zugleich eine Klage über immer mehr Menschen im Land, die mehr Wohnraum, breitere Straßen und zusätzliche Gebäude für Einrichtungen aller Art – vom Spital bis zum Kindergarten – benötigen. Vor allem in den Ballungsräumen droht eine „Überfüllung“ Österreichs. Dieser Trend sollte umgekehrt werden. Das ist ohne Verlust an Lebensqualität für die Österreicher möglich.

■ DEMOGRAFISCHER WANDEL VERSCHÄRFT FACHKRÄFTEMANGEL

Die Arbeitslosigkeit, insbesondere unter Jugendlichen und Migranten, ist hoch und steigt an. Dafür verantwortlich ist der massenweise Zuzug unqualifizierter und teils völlig unwilliger Arbeitskräfte, während gleichzeitig Fachkräfte fehlen. Dieses Missverhältnis führt insbesondere im Bereich der hochqualifizierten technischen Berufe zu einem Personalmangel, was dem Standort Österreich schadet.

■ EXPLODIERENDE STAATSSCHULDEN SCHRECKEN UNTERNEHMEN AB

Die hohe öffentliche Verschuldung und ineffiziente Staatsausgaben bedrohen die fiskalische Stabilität und die langfristige Nachhaltigkeit der Staatsfinanzen. Österreichs Verschuldungsquote hat sich trotz extrem hoher Inflationsraten nicht deutlich reduziert. Sie steht 2023 bei ca. 78 Prozent des Bruttoinlandsprodukts und wird laut Prognose auch in den kommenden Jahren nicht sinken. Die Planungssicherheit wird dadurch beeinträchtigt, weil unklar bleibt, wie mit diesen Problemen umgegangen werden soll.



= REALISIERTE UMWIDMUNGSGEWINNE ABSCHÖPFEN UND BAULAND FÜR SOZIALEN WOHNBAU SICHERN

Es ist unser erklärtes Ziel, leistbares Wohnen für alle Österreicher zu schaffen. Erschwingliche Mieten decken nicht nur das Grundbedürfnis nach Wohnraum ab, sondern sind auch eine Grundvoraussetzung dafür, um für einen späteren Eigentumserwerb ansparen zu können. Spekulation im gefördert errichteten gemeinnützigen Wohnbau etwa durch Anlegerwohnungen darf nicht möglich sein. Durch Spekulation erzielte und realisierte Gewinne auf Basis von Umwidmungen, sollen steuerlich abgeschöpft und zweckgebunden dem sozialen Wohnbau zur Verfügung gestellt werden. Auch ist es erforderlich, dass Bund, Länder und Gemeinden dem sozialen Wohnbau mehr Bauland sichern.

= MODERNE ARBEITSPLÄTZE SCHAFFEN

Wissenschaft und Wirtschaft müssen vermehrt Hand in Hand arbeiten und attraktive Arbeitsplätze in unserem Land schaffen. Wir müssen weiter in den Bereich Wissenschaft und Forschung investieren, um Innovationskraft zu schaffen – für den Wohlstand von morgen.

= TECHNOLOGISCHE ENTWICKLUNG VORANTREIBEN

Im Bereich der Wissenschaft möchten wir ganz bewusst ansetzen: Keine Förderungen nach dem Gießkannenprinzip, sondern gezielte Schwerpunktsetzung in bestimmten Handlungsfeldern, um nationale und internationale Sichtbarkeit zu erreichen. Gesundheit und Ernährung, Umwelt, Klima und Ressourcen, intelligente Produktion und Materialien sowie Gesellschaft und Kultur sind die großen gesellschaftlichen Herausforderungen. Zukunftstechnologien mit Weitblick – beispielsweise die Speicherung von CO₂ – sollen die Antworten auf drängende Fragen finden.

= FORSCHUNG MIT VERANTWORTUNG FÜR KÜNSTIGE GENERATIONEN

Die Forschungsergebnisse haben an der gesellschaftlichen Verantwortung für künftige Generationen gemessen zu werden. Experimentellen Einsatz von Forschung, etwa in den Bereichen Nuklearenergie, Genmanipulation, Laborfleisch oder bei Impfstoffen, lehnen wir kategorisch ab.

= FREIE FORSCHUNG, FREIE LEHRE

Wir bekennen uns zu einer freien Entwicklung der Wissenschaft im Rahmen des Gemeinwohls. Gezielte Forschungs- und Entwicklungsarbeit sind Säulen einer positiven Zukunft unseres Heimatlandes. Der Staat hat sich ideologischer Eingriffe in die Autonomie der Wissenschaften zu enthalten. Betriebliche Forschung soll durch eine Erhöhung der Forschungsprämie gefördert werden.

■ KÜNSTLICHE INTELLIGENZ SOLL MENSCHEN UNTERSTÜTZEN UND SIE NICHT ERSETZEN

Die enormen Fortschritte im Bereich der Künstlichen Intelligenz (KI) bedürfen eines verantwortungsvollen Umgangs durch die Politik. KI kann den Menschen in vielen Bereichen unterstützen, soll ihn aber nicht ersetzen und millionenfach Arbeitsplätze vernichten. Auch muss sichergestellt werden, dass KI-Technologien nicht zu noch intensiverer Überwachung der Bürger – ob durch den Staat oder Konzerne – missbraucht werden. Besondere Gefahr besteht auch durch den bereits angelaufenen KI-Einsatz im Bereich der Zensur, insbesondere in sozialen Medien. Strikt abzulehnen ist auch, dass autonome, KI-gesteuerte Waffensysteme im Kriegseinsatz über Leben oder Tod entscheiden.

■ DIGITALE REVOLUTION FÜR EUROPA

Die EU ist der erste Rechtsraum mit einem dem Vorsichtsprinzip entsprechenden Rechtsrahmen für die Künstliche Intelligenz. Dies soll Vertrauen stärken und den Bürger vor riskanten Anwendungen schützen. Doch man belastet damit auch die KI-schaffende europäische Industrie, die bereits seit langem von amerikanischen und asiatischen Mitbewerbern abgehängt wurde. Damit nehmen leider weitgehend nicht-regulierte Anwendungen eine globale Vorreiterstellungen ein.

■ WISSENSCHAFTLICHKEIT STATT „SOCIAL ENGINEERING“

Die Wissenschaft leidet darunter, dass sie zunehmend ideologisiert wird. Anstatt eines pluralistischen Klimas der Meinungsvielfalt und der Offenheit der Forschung herrscht an unseren Universitäten ein repressives Klima. Das haben all jene zu spüren bekommen, die während der Corona-Krise impfkritisch waren, aber auch all jene, die nicht ins Weltbild von Wokeness und Gender-Mainstreaming passen.

■ FÖRDERUNG DER MEINUNGSFREIHEIT – KAMPF GEGEN ZENSUR

Eine freie Meinungsäußerung und das Fehlen von Zensur sind essenzielle Voraussetzungen für eine florierende Innovationskultur. Ideen müssen offen in alle Richtungen diskutiert und weiterentwickelt werden können. Dies schafft ein Umfeld, in dem Kreativität und Innovation gedeihen. Diese Innovation ist wiederum eine Voraussetzung für eine Steigerung der Produktivität.



KEIN TRANSFER VON VOLKSVERMÖGEN INS AUSLAND

■ SACHLEISTUNGEN STATT BARGELD FÜR ASYLANTE

Asylwerber und auch Asylberechtigte sollen Sozialleistungen generell in Form von Sachleistungen erhalten. Dadurch wird verhindert, dass Geld in die Herkunftsländer überwiesen wird.

■ INVESTIEREN STATT SPENDIEREN IN DER ENTWICKLUNGZUSAMMENARBEIT

Die Entwicklungszusammenarbeit soll ausschließlich in Form von konkreten Projekten stattfinden, die nachhaltige Investitionen in die Empfängerländer darstellen. Geld versickert allzu oft in dunklen Kanälen oder wird von korrupten Regierungen an die eigenen Freunde verteilt.

■ ÄRZTE FÜR ÖSTERREICH'S KRANKE AUSBILDEN

Das Ärzte-Ausbildungssystem an den Medizinischen Universitäten ist dringend reformbedürftig. Allzu oft wandern Absolventen ins Ausland ab, weil sie dort bessere Bedingungen für die Facharztausbildung oder bessere Entlohnung vorfinden. Viele Studenten kommen nur zur Ausbildung nach Österreich, um beispielsweise Zugangsbeschränkungen in Deutschland zu umgehen. Es sind genügend Plätze für Studenten zu reservieren, die künftig in Österreich das Gesundheitssystem aufrechterhalten werden. Damit diese auch in Österreich bleiben, braucht es finanzielle und andere Anreize – insbesondere in jenen Fächern, in denen jetzt schon Mangel herrscht und nicht einmal Kassenstellen nachbesetzt werden können.





HILFE FÜR KRANKE, BEHINDERTE UND PFLEGEBEDÜRFIGE MENSCHEN

Pro Jahr belaufen sich die Gesundheitsausgaben in Österreich auf etwa 55 Milliarden Euro (11 Prozent des BIP), wovon knapp 80 Prozent die öffentliche Hand trägt. Dennoch treten im Gesundheitssystem immer mehr Probleme

zutage (siehe ZAHLEN UND FAKTEN). Immer mehr Menschen setzen auf teure Zusatzversicherungen, um im Krankheitsfall eine bessere und schnellere Behandlung zu bekommen.

ZAHLEN UND FAKTEN



GESUNDHEITSSYSTEM: TEUER, ABER INEFFIZIENT

Österreich gibt für sein Gesundheitssystem deutlich mehr aus als der Durchschnitt der EU-Länder, nämlich 11,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts gegenüber 9,1 Prozent im EU-Mittel. Jedoch sind die Österreicher deshalb nicht gesünder – im Gegenteil: Der durchschnittliche EU-Bürger verbringt 63,7 Jahre bei bester Gesundheit, der durchschnittliche Österreicher nur 61,4 Jahre.

Auch der Ärztemangel sorgt für immer mehr Probleme, die einerseits an zu wenig Studienplätzen für Mediziner, andererseits an schlechten Rahmenbedingungen liegen, weshalb kontinuierlich Ärzte ins Ausland abwandern. Zuletzt kam es auch häufig zu Medikamentenengpässen. Es bedarf also umfassender Anstrengungen, um das Gesundheitssystem wieder auf jenes Niveau zu

heben, das sich die Bürger angesichts hoher Zahlungen in die staatliche Krankenversicherung erwarten dürfen.

Dringend einer Lösung harrt auch die Pflegekrise. Der Umstand, dass die Menschen immer älter werden, führt zu einem weiterhin massiv ansteigenden Personalbedarf, der unterschiedliche Lösungsansätze erfordert.

GESUNDHEIT DARF KEINE FRAGE DES GELDES SEIN

■ ZENTRALE ZIELSTEUERUNG UND VERANTWORTUNG IN DER GESUNDHEITS- UND PFLEGEPOLITIK

Finanzierung und gesundheitspolitische Steuerung sollten aus einer Hand erfolgen und damit die Entscheidungs-, Leistungs- und Finanzierungsebenen im österreichischen Gesundheitswesen endlich zusammengeführt werden. Dadurch soll die Gesundheitsversorgung vor Ort sowohl in den Spitätern als auch im niedergelassenen Bereich (Allgemeinmedizin und Fachärzte) sichergestellt werden.

■ RECHT AUF EINEN WAHLARZT IM BEDARFSFALL

Wenn eine Behandlung durch einen Kassenarzt nicht innerhalb zumutbarer Frist möglich ist, dann sollen bei dringendem Bedarf einer Behandlung die Kosten einer Wahlarztbefehlung durch die Sozialversicherung zu 100 Prozent ersetzt werden.

■ ARZNEIMITTELVERSORGUNG IN ÖSTERREICH SICHERSTELLEN

Wir brauchen einen Masterplan zur Verfügbarkeit von Medikamenten und Medizinprodukten. Eine strategische Krisenvorbereitung für die Versorgungssicherheit der Bevölkerung mit Arzneimitteln ist unerlässlich, um beispielsweise Lieferengpässen zu begegnen. Gleichzeitig sollten Anreize zur heimischen Fertigung von Medikamenten etabliert werden.

■ MOBILE ORDINATIONEN

Die wohnortnahe medizinische und/oder pflegerische Versorgung könnte mit mobilen Ordinationen beispielsweise in dünn besiedelten Regionen oder bei nicht besetzten allgemeinmedizinischen Kassenstellen deutlich verbessert werden. Damit würden die niedergelassenen Arztpraxen und Spitäler unterstützt und entlastet. Damit verbunden ist eine medizinische und pflegerische Versorgungssicherheit der Bevölkerung.

■ PATIENTENSTRÖME ORGANISIEREN

Damit Patienten die richtige medizinische bzw. pflegerische Leistung erhalten, muss eine bessere Koordination der Anlaufstellen stattfinden. Telemedizinische Konsultationen und Beratungen oder digitale Gesundheitsleistungen gehören hier ebenfalls dazu. Nur so können die knappen personellen Ressourcen im Gesundheitssystem bestmöglich und zielgenau eingesetzt werden.





PERSONALOFFENSIVE IM GESUNDHEITS- UND PFLEGEBEREICH

■ MEDIZINISCHE VERSORGUNG FÜR ALLE ÖSTERREICHER

Das öffentliche Gesundheitswesen dient den Staatsbürgern zur hochwertigen medizinischen Vorsorge, Versorgung und Pflege. Menschen, die in Gesundheitsberufen arbeiten, sollen in Österreich bestmöglich ausgebildet werden und ihre verantwortungsvolle Aufgabe mit gerechter Entlohnung und ausreichenden Ruhezeiten erfüllen können.

■ VERBESSERTE ARBEITSBEDINGUNGEN IM GESUNDHEITSBEREICH

Ärzte und Krankenpfleger arbeiten schon viel zu lange am Limit. Es kann nicht sein, dass medizinisches Personal bis zum Umfallen arbeiten muss. Das ist nicht nur unfair, sondern auch gefährlich für die Patientenversorgung. Wir brauchen nachhaltige und durchdachte Lösungen, um den Personalmangel in den Spitäler zu beheben und die Arbeitsbedingungen für Ärzte und Pflegekräfte zu verbessern.

■ FLEXIBLE FORMEN DER ÄRZTLICHEN BERUFSAUSÜBUNG ERMÖGLICHEN

Der Wiener Gesundheitsstadtrat Hacker hat angekündigt, Spitalsärzten die Nebenbeschäftigung als Wahlarzt zu verbieten. Diese Einschränkung der Berufsfreiheit würde jedoch nicht dem öffentlichen Gesundheitssystem zugutekommen, sondern vielmehr dazu führen, dass viele Ärzte ihre Beschäftigung im Krankenhaus aufgeben. Wir müssen im Gegenteil flexible Formen der ärztlichen Berufsausübung fördern. Beispielsweise soll ein Kassenarzt in seiner Ordination in einem Zweitfach auch als Wahl- oder Privatarzt tätig sein dürfen.

= BINDUNG VON MEDIZINSTUDENTEN AN ARBEIT IN ÖSTERREICH

Die durchaus kostspieligen Medizin-Studienplätze sollen nicht dazu dienen, die Ausbildung von Ärzten zu finanzieren, die dann ins Ausland abwandern. Um künftige Absolventen für die Tätigkeit in Österreich zu gewinnen, sollen Studienanwärter, die eine entsprechende Verpflichtung eingehen, bei der Vergabe der Studienplätze vorgereiht werden. Darüber hinaus könnten auch Stipendien ein Anreiz dafür sein, sich zur Berufsausübung in Österreich zu verpflichten.

= FOKUS AUF SELBST AUSGEBILDETE PFLEGEKRÄFTE

Die Rahmenbedingungen für junge Menschen, die sich für den Pflegeberuf entscheiden, müssen attraktiv genug sein, um möglichst viele dafür zu begeistern. Das wird die Pflegelehre hoffentlich erfüllen. Mit dem Importieren von 24-Stunden-Pflegern aus dem Osten, die oftmals nicht einmal die deutsche Sprache beherrschen und auch keine fundierte Pflegeausbildung haben, werden wir das Personalproblem im Pflegebereich nicht lösen.

= FAIRE ENTLOHNUNG FÜR PFLEGEKRÄFTE

Die medizinische Versorgung ist stark von der Pflege in den Spitäler, der Alten- und Behindertenversorgung abhängig. Unsere bewährten Pflegekräfte haben sich Wertschätzung verdient, und dazu gehört auch eine entsprechend gute Bezahlung. Überstundenleistungen dürfen nicht länger von der Lohsteuer aufgefressen werden, und die Möglichkeit der Auszahlung der Mehrleistungen muss gesetzlich verankert werden. Bei einer weiteren Verschärfung der Pflegekrise sollen Gehälter für Pflegekräfte vorübergehend gänzlich steuerfrei gestellt werden.

= RÜCKKEHR ZUR BEWÄHRTEN AUSBILDUNG UND ABSICHERUNG DER PFLEGESCHÜLER

Die „Akademisierung“ der Ausbildung zur Pflegekraft hat die Personalnot nur noch weiter verschärft. Wir brauchen eine Ausbildungsoffensive mit einem Umstieg auf das alte System mit einer vernünftigen Bezahlung und einer Wohnmöglichkeit während der dreijährigen Ausbildung, denn das hat gut funktioniert und macht diese Ausbildung auch Jugendlichen aus sozial schwächeren Schichten möglich. Analog zu Polizeischülern soll es die Garantie einer finanziellen sozialen Absicherung von Personen in der Pflegeausbildung geben. Auch die Entlohnung der Absolventen soll sich an diesem Vorbild orientieren.

= GESUNDHEITSTOURISMUS ABSTELLEN – VORRANG FÜR ÖSTERREICHER

Unser Gesundheitssystem ist nicht dazu da, Kranke aus aller Welt zu versorgen, die eigens zur Behandlung ihrer Leiden nach Österreich kommen. Auch wenn es sich dabei um zahlungskräftige Kundschaft handelt, verbrauchen diese Ausländer hier Ressourcen und verlängern die Wartezeiten österreichischer Patienten. Auch hier ansässige Fremde, die nicht in unser Sozialsystem einzahlen, haben keinen Anspruch auf gesundheitliche Vollversorgung, sondern nur auf eine Elementarversorgung und die Betreuung von Schwangeren. Die Kosten für die Versorgung von Nicht-Österreichern haben in Relation zu den erzielten Einnahmen transparent kundgemacht zu werden.

PFLEGE FÜR ALLE, DIE SIE BENÖTIGEN

■ PFLEGE UND BETREUUNG ALS ZUKUNFTSTHEMA ERNSTNEHMEN UND LÖSEN

Österreichweit werden aktuell bis zu 100.000 zusätzliche Pflegekräfte benötigt, bis 2050 müssen sogar 200.000 Stellen besetzt werden. Menschen, die im Pflegebereich arbeiten, stoßen daher jeden Tag an die Grenzen ihrer Belastbarkeit. Pflegende Angehörige entlasten das System und haben sich umfassende Hilfestellung, ein faires Entlohnungsmodell und Steuererleichterungen dringend verdient. Eine Zuwanderung ins Sozialsystem lehnen wir dezidiert ab – keine Pflege(geld)leistungen für Illegale oder Asylsuchende.

■ ERSATZ VON KOSTEN DURCH PFLEGESCHECK ALS ERGÄNZUNG ZUM PFLEGEGELD

Wenn ältere Menschen zu Hause von ihren Familienangehörigen gepflegt werden, entstehen hohe Kosten, die nicht zur Gänze erstattet werden. Wir fordern daher einen bundesweiten Pflegescheck, mit dem zusätzliche Leistungen wie etwa mobile Dienste oder Aushilfen in Anspruch genommen werden können.

■ ABBAU VON BÜROKRATIE UND DOKUMENTATIONSWÄNGEN UND MEHR KOMPETENZEN FÜR GUT AUSGEBILDETES PFLEGEPERSONAL

Gut ausgebildete Pflegekräfte sind in der Lage, mehr Verantwortung gegenüber den Patienten zu übernehmen, als ihnen derzeit zugetraut wird. Im Gegenzug für mehr Arbeit mit den Patienten sollen sie von überflüssigen Dokumentationszwängen und überbordender Bürokratie befreit werden.





■ STÄRKERE ANREIZE IM FAMILIÄREN UMFELD – ABSCHAFFUNG DES FAKTISCHEN REGRESSES IN DER HÄUSLICHEN 24-STUNDEN-PFLEGE

Bei der 24-Stunden-Pflege gehen die tatsächlichen Kosten aktuell weit über die öffentliche Förderung hinaus. Deshalb herrscht hier weiterhin ein realer Pflegeregress. Es bedarf daher einer umfassenden und gerechten Förderung der 24-Stunden-Betreuung in den eigenen vier Wänden, damit die Möglichkeit der Betreuung daheim keine Frage der persönlichen finanziellen Leistungsfähigkeit der zu Pflegenden oder ihrer Angehörigen ist.

■ VALORISIERUNG UND RECHTSTAATLICHKEIT BEIM PFLEGESEGELD

Die Valorisierung des Pflegegeldes muss für die Zukunft garantiert werden. Ansonsten landen Pflegebedürftige und ihre Angehörigen durch die hohe Inflation in der Armutsfalle. Gleichzeitig muss bei der Zuerkennung der Pflegegeldinstufung endlich ein objektives rechtsstaatskonformes Verfahren stattfinden, das die Willkür sozialversicherungsnaher Gutachter für die Zukunft ausschließt.

■ ERICHTUNG EINER BUNDESGENOSSENSCHAFT DER PFLEGEBEDÜRFТИGEN

Die 24-Stunden-Betreuung soll durch eine Bundesgenossenschaft für Pflege und Betreuung neu organisiert werden. Pflegebedürftige Personen können der Genossenschaft als Nutzungsberechtigte beitreten, wodurch ihre Rechte gegenüber Pflegeagenturen und 24-Stunden-Betreuungseinrichtungen wesentlich gestärkt werden und die Qualitätskontrolle auf ein Mitbestimmungsmodell umgestellt wird.

VOLLE ANERKENNUNG FÜR BEHINDERTE MENSCHEN

= DAZUGEHÖREN UND SELBST BESTIMMEN

Inklusion ist der Schlüssel zu einer behindertengerechten Gesellschaft. Barrierefreiheit schafft Möglichkeiten und nimmt Sorgen. Es ist unsere Verantwortung, an einer Gesellschaft zu arbeiten, in der jeder Mensch – unabhängig von seinen körperlichen oder mentalen Voraussetzungen – die gleichen Chancen auf Selbstbestimmung erhält und nicht auf Almosen angewiesen ist.

= NACHHALTIGE RECHTE FÜR MENSCHEN MIT BEHINDERUNG

Die selbstbestimmte Teilnahme am gesellschaftlichen Leben, Eigenverantwortung und Selbstverwirklichung sind nach unserer freiheitlichen Überzeugung zentrale Persönlichkeitsrechte. Die Gleichberechtigung in allen Lebensbereichen, einschließlich Arbeit, Bildung, Wohnen und Freizeit, muss von Menschen mit Behinderungen jedoch unter erschwerten Bedingungen hart erkämpft werden. Wir verlangen, dass Österreich endlich seiner Verpflichtung zur vollumfänglichen Inklusion, wie es die UN-Konvention verlangt, nachkommt.

= SCHAFFUNG EINES INKLUSIONSFONDS, DER ENDLICH MENSCHENWÜRDIGE ENTLOHNUNG ERMÖGLICHT

Das Leben von Menschen mit einer Leistungsfähigkeit unter 50 Prozent ist mehr als frustrierend. Wenn sie überhaupt einen Platz in einer Beschäftigungstherapiewerkstatt bekommen, erhalten sie ein Taschengeld – angestellt werden sie aber nicht. Es ist eine Schande, dass behinderten Menschen kein selbstbestimmtes Leben ermöglicht wird. Wir treten mit Nachdruck für Arbeitnehmerschutz, Urlaub, Krankenstand sowie einen Pensionsanspruch für Betroffene ein. Dies kann durch einen Inklusionsfonds sichergestellt werden, aus dem darüber hinaus Ausgaben für Barrierefreiheit und Bildung finanziert werden sollen.



“**SOLIDARITÄT AUCH FÜR UNSERE MITGESCHÖPFE**

Den Fortschritt einer Gesellschaft kann man daran messen, wie sie mit den Tieren umgeht. Die Solidarität soll und muss daher auch unsere Mitgeschöpfe einschließen. Sie sollen durch

einen respektvollen Umgang und durch einen naturnahe, artgerechte Haltung vor Leid und Qualen geschützt werden.

WERTSCHÄTZENDER UMGANG MIT UNSEREN NUTZTIEREN

≡ GEHT'S DEM BAUERN GUT, GEHT'S DEM TIER GUT

Unsere Bauern beweisen jeden Tag, dass sie mit der Natur gut umgehen können – auch mit ihren Nutztieren. Das Tierwohl verpflichtet sie zu einem zeitgemäßen und wertschätzenden Umgang mit allen Tieren als Mitgeschöpfen. Durch hochwertige Fütterung, verantwortungsvolle Aufzucht und ausreichend Auslauf stellen sie sicher, dass die Nutztiere natürlich, gesund und stressfrei aufwachsen und beste Fleischqualität liefern.

≡ VERMEIDUNG INTERNATIONALER LEBENDTIER-TRANSPORTE

Die unnötigen Schlachtviehtransporte auf Europas Straßen müssen endlich minimiert werden. Fleisch soll nur noch gekühlt oder gefroren importiert bzw. exportiert werden. Regionale Verarbeitung ist im Interesse der österreichischen Qualitätslandwirtschaft das Ziel.

≡ VERBOT DES RITUELLEN SCHÄCHTENS

Das Schächten, bei dem die Tiere ohne Betäubung, also bei vollem Bewusstsein aufgehängt und durch Kehlschnitt getötet werden, ist eine grausame Todesfolter. Es kann Minuten dauern, ehe das Tier ausgeblutet und verendet ist. Tierschutz hat alle uns anvertrauten Tiere zu umschließen. Ansonsten ist er einer inakzeptablen Situationsethik unterworfen. Sonderrechte für bestimmte Weltanschauungen darf es nicht geben, um die Trennung von Staat und Religion zu gewährleisten. Deshalb ist eine Änderung des Tierschutzgesetzes notwendig, um das rituelle Schächten zu verbieten.





KLARE REGELN FÜR ZUCHT UND IMPORT VON HAUSTIEREN

■ AUS FÜR DEN ILLEGALEN TIERHANDEL

Während die österreichischen Tierschutzvorgaben laufend verschärft werden, unterlaufen kriminelle Geschäftemacher mit illegalem Tierhandel, vor allem bei Hundewelpen aus anderen EU-Staaten und Drittstaaten, die strengen Standards. Das muss mit konsequenteren Kontrollen durch alle zuständigen Behörden und entsprechende Strafen endlich unterbunden werden.

■ KONTROLLE UND VERBOT DER QUALZUCHT MIT FACHVERSTAND

Tierleid, das durch Qualzucht verursacht wird, muss verhindert werden. Dazu braucht es Fachverstand und Sachkenntnis. Deshalb muss der Qualzucht unter Einbeziehung der Tierzüchter und Tierhalter Einhalt geboten werden. Vor allem muss dem illegalen Import von Tieren nach Österreich, die aus offensichtlicher Qualzucht stammen, ein Riegel vorgeschenken werden.

■ SCHUTZ UND ERHALTUNG DES GEBRAUCHSHUNDESPORTS

Der Gebrauchshundesport und die Gebrauchshundeausbildung sind in all ihren Facetten in Österreich zu erhalten. Bei allfälligen Änderungen von Gesetzen betreffend den Hundesport sind die Fachexperten aus den kynologischen Fachverbänden in Österreich anzuhören und zu berücksichtigen.







FPO

Für den Inhalt verantwortlich:
Freiheitliche Partei Österreichs
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3A
1080 Wien

